

04.2011

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	9
Globalisierung & Eine Welt	11
Klima & Energie	13
Konsum & Verbraucherschutz	17
Landwirtschaft & Gentechnik	17
Naturschutz & Biodiversität	20
Stadt & Region	22
Tierschutz & Ethik	22
Umweltpolitik & Umweltrecht	23
Verkehr & Tourismus	24
Wasser & Meere	26
Wirtschaft & Ressourcen	28

THEMEN DES MONATS

Jahr der Wälder

Waldstrategie vor dem Scheitern?

Umweltverbände fordern eine Neuausrichtung der Wald- und Jagdpolitik in Deutschland

Seite 2

Stuttgart 21

Warum überhaupt bauen?

Bei der Stuttgart-21-Schlichtung kamen wichtige Auswirkungen des Projekts gar nicht zur Sprache

Seite 4

Kurzumtriebsplantagen

Mehr Chancen als Risiken

Schnell wachsende Baumarten liefern echte Ökoenergie, wenn Naturschutzstandards beachtet werden

Seite 6

EU-Klimaziel

Weniger CO₂, mehr Gewinn

Immer mehr Unternehmen erkennen die Potenziale höherer Treibhausgasreduktionsziele

Seite 7

Interview: Energieeffizienz

„Das schadet innovativen Firmen“

Die EU ist von ihrem Effizienzziel weit entfernt, doch ihr Maßnahmenplan bleibt verbindlich

Seite 15

VERBÄNDE



Thema: Umweltgerechtigkeit	30
DNR intern	31
Ehrenamt	31
Preise & Ausschreibungen	31

SERVICE

Rezensionen	32
Internet	33
Neu erschienen	34
Termine	34
Impressum	35

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	36
Kultur und Nachhaltigkeit:	
Das Projekt Über Lebenskunst	
Schwerpunkt: Natur als Kulturgut	

Jahr der Wälder

Waldstrategie vor dem Scheitern?

Umweltverbände fordern eine Neuausrichtung der Wald- und Jagdpolitik in Deutschland

Das Bundeslandwirtschaftsministerium und einige Lobbyverbände machen sich in ihrer nun vorerst verschobenen Waldstrategie 2020 mehr Sorgen um das Holz als um die nachhaltige Waldentwicklung. Das Gegenprogramm zur deutschen Biodiversitätsstrategie will den Wald als Holzfabrik entwickeln. Doch Wälder können mehr und müssen deshalb besser geschützt und ökologischer bewirtschaftet werden. ■ VON LÁSZLÓ MARÁZ, FORUM UMWELT & ENTWICKLUNG

Im UN-Jahr der Wälder will sich die Bundesregierung besonders um den Wald kümmern. Doch das für die Forstwirtschaft zuständige Bundeslandwirtschaftsministerium blamiert sich gerade mit seinem wichtigsten walddpolitischen Vorhaben, der sogenannten Waldstrategie 2020. Die für den Internationalen Tag der Wälder am 21. März geplante Veröffentlichung musste vertagt werden. Vermutlich schafft man es nicht einmal bis zur Generalprobe, der Kabinettsabstimmung. Ein von dem Ministerium finanziertes Kampagnenbüro⁽¹⁾ bemüht sich um frohe Botschaften und will die Öffentlichkeit über die Bedeutung des Waldes aufklären. Akteure aus der Forst- und Holzwirtschaft üben sich im gegenseitigen Schulterklopfen und werden nicht müde zu betonen, wie segensreich die Forstwirtschaft für den Wald sei. Umweltverbände sehen das anders. Sie lehnen die Waldstrategie in ihrer jetzigen Form ab und fordern einen Neuanfang.

Blamable Vorstellung

Schon im Vorgängerprozess, dem Nationalen Waldprogramm Deutschland, mussten Umweltverbände erst kritische Analysen und transparente Verhandlungsregeln einfordern, um eine Basis für politische Abwägungs- und Entscheidungsprozesse zu schaffen. Nur so konnten konstruktive Handlungsempfehlungen erarbeitet und im Konsens verabschiedet werden. Vielen Beteiligten ging der Kompromiss dann offenbar doch zu weit: Das Landwirtschaftsministerium und Akteure aus Forst- und Holzwirtschaft wollten die Maßnahmen nicht umsetzen. Während die Bundesre-

gierung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit andere Länder bei der Erarbeitung nationaler Waldprogramme unterstützt, schlummert das eigene Nationale Waldprogramm seit Jahren in der Schublade.

Biologische Vielfalt oder Holzfabrik?

Dann doch ein Lichtblick für die Wälder: Ende 2007 wurde die Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt einstimmig vom Bundeskabinett beschlossen. Danach verpflichtet sich Deutschland, bis zum Jahre 2020 die Wälder auf mindestens fünf Prozent der Fläche der natürlichen Entwicklung zu überlassen. Derzeit ist in Deutschland nur etwa ein Prozent der Waldfläche streng geschützt. Zwar fordern Umweltverbände deutlich mehr Schutzgebiete, sie unterstützen aber auch dieses Zwischenziel. Doch viele Akteure aus der Forst- und Holzwirtschaft beklagen bis heute, sie seien damals zu wenig beteiligt worden. Je mehr Holz geerntet werde, umso besser für den Wald, die Artenvielfalt und den Klimaschutz, sagen sie. Auch im Bundeslandwirtschaftsministerium war man über die Pläne nicht erfreut. Und so begann man im Jahr 2008 damit, auf eigene Faust eine Art Gegenprogramm zur Biodiversitätsstrategie zu entwerfen: eine Waldstrategie 2020.

Das Bundeslandwirtschaftsministerium und einige Forst- und Holzwirtschaftsverbände machen sich mehr Sorgen um das Holz als um den Wald, der ihnen sowie so langsam wächst. Denn um die Ziele des Nationalen Aktionsplans Erneuerbare Energien zu erreichen, will man noch mehr Holz verheizen, und auch der Papierver-

brauch steigt. Zudem unterstützt die Branche das Ziel der bereits 2005 vom Landwirtschaftsministerium veröffentlichten Charta für Holz, den Holzverbrauch der Bundesbürger noch zu steigern. Weil aber schon 2020 gut 34 Millionen Kubikmeter Holz pro Jahr zu viel verbraucht würden, planten die Verantwortlichen im Bundeslandwirtschaftsministerium, für einige Jahrzehnte den wichtigsten Grundsatz der Nachhaltigkeit über Bord zu werfen. Man könne ja 20 bis 30 Jahre lang mehr Holz einschlagen als nachwächst, um die sogenannte „Holzlücke“ zu schließen. Das war offenbar selbst einigen Verbänden und Landesforstverwaltungen zu viel des Guten. Sie erhoben Widerspruch. Publik geworden war das Ansinnen erst durch eine Akteneinsicht, deren Ergebnisse der Verfasser nicht nur an die Umweltverbände, sondern auch an Ministerien, Abgeordnete im Bundestag und an Verbände der Forst- und Holzwirtschaft versandt hatte, um für mehr Transparenz zu sorgen. Die Pläne sind inzwischen wieder vom Tisch. Übrig geblieben ist eine Art Beschleunigungsprogramm für die Holzproduktion.

Schutz und ökologische Waldnutzung

Die Umweltverbände BUND, DNR, Forum Umwelt und Entwicklung, Greenpeace, NABU und WWF fordern das Bundeslandwirtschaftsministerium auf, eine Strategie für den Wald zu entwickeln, anstatt sich nur um die Beschaffung von noch mehr Holz zu kümmern.⁽²⁾ Wichtiger wäre es, mehr Schutzgebiete einzurichten und im forstlich genutzten Wald ökologischer zu wirtschaften. Da aber die Holzerzeugung und der Schutz der auf die

Alters- und Zerfallsphasen von Wäldern angewiesenen Artengemeinschaften miteinander konkurrieren, können viele der wichtigsten Schutzziele nicht im Rahmen der Holznutzung erreicht werden. Wer auf den Holzverkauf angewiesen ist, will die Bäume fällen, bevor sie vermodern. Um bis zum Jahre 2020 das Ziel, fünf Prozent der Waldflächen dauerhaft aus der forstlichen Nutzung zu nehmen, zu erreichen, müssen dringend neue Schutzgebiete eingerichtet werden. Um den naturnahen Waldbau weiter zu fördern, müssten klare Grundsätze einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung im Gesetz verankert werden. In vielen Regionen liegen die Wildbestände beim Acht- bis Zehnfachen der natürlichen Dichte! Sie müssen dringend so weit reduziert werden, dass die Naturverjüngung im Wald wieder aufwachsen kann. Immerhin hat sich Deutschland im letzten Oktober auf der zehnten Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über biologische Vielfalt im japanischen Nagoya verpflichtet, 17 Prozent seiner terrestrischen Ökosysteme unter effektiven Schutz zu stellen und seine Wälder so zu bewirtschaften, dass die biologische Vielfalt keinen Schaden nimmt.

Verantwortung für Buchenwälder und die Reduzierung des Papierverbrauchs

Deutschland beherbergt etwa ein Viertel des natürlichen Verbreitungsgebietes der Rotbuche. Kein anderes Land hat einen vergleichbar hohen Anteil an diesem Areal und viele Buchenwaldtypen kommen nur hier vor. Doch nur noch kleine Reste sind erhalten. Alte, naturnahe Buchenwälder zählen heute zu den am meisten bedrohten Lebensräumen. Deutschland trägt daher eine besondere globale Verantwortung für das weltweit einzigartige Naturerbe Buchenwälder. Darum muss die Erhaltung und die großflächige Entwicklung natürlicher und naturnaher Buchenwälder in Deutschland durch geeignete Maßnahmen sichergestellt werden.

Frei nach dem Motto „Verbraucht du noch oder nutzt du schon?“ sind der nachhaltigen Nutzung des nachwachsenden Rohstoffs Holz Grenzen des Wach-

tums gesetzt. Deshalb sollte die Charta für Holz nicht das Ziel verfolgen, den Holzverbrauch pro Kopf zu steigern, sondern zu einer intelligenten Nutzungsstrategie für Holz weiterentwickelt werden. Hilfreich wäre zum Beispiel der Abbau indirekter Subventionen für energieintensive Baustoffe, denn die Klimaschutzwirkung von Holz lässt sich vor allem durch den Ersatz solcher Produkte fördern. Stoffliche Nutzung und das Holzrecycling bringen mehr für den Klimaschutz als die Verbrennung von Holz. Außerdem könnte viel Holz gespart werden, indem wir beispielsweise unseren Papierverbrauch halbieren. Jeder Bundesbürger verbraucht jährlich 250 Kilogramm Papier! Abzulehnen sind die Steigerung des Holzeinschlags, der verstärkte Anbau exotischer Baumarten und die tendenzielle Abkehr von der Wertholzproduktion zugunsten billiger Massensortimente.

Deutsche Wälder könnten mehr Kohlenstoff speichern

Der Wald in Deutschland war noch 1990 eine bedeutende Senke für das Treibhausgas CO₂. Die Holzvorräte sind stetig auf 320 Kubikmeter pro Hektar angestiegen. In natürlichen Wäldern würde aber weit mehr als das Doppelte gespeichert und naturnah wirtschaftende Forstbetriebe erzielen auch bei Vorräten um 550 Kubikmeter pro Hektar hohe Erträge. Doch mit den von der Bundesregierung vorgesehenen und an das UN-Klimasekretariat gemeldeten Holzeinschlagsmengen würden die Holz- und Kohlenstoffvorräte im deutschen Wald massiv abgebaut werden. Die dadurch verursachten CO₂-Emissionen können nicht durch langlebige Holzprodukte oder durch den Ersatz fossiler Energieträger ausgeglichen werden. Damit der Wald nicht selbst zum Verursacher des Klimawandels wird, darf nicht so viel Holz geerntet werden. Mit der flächendeckenden Erhöhung der Vorräte könnten die Wälder wieder zu einer bedeutenden Senke für CO₂ werden.

Geht es den Wäldern wirklich so schlecht?

Der Druck auf die Wälder nimmt zu. Die endlichen fossilen Rohstoffe werden knap-

per und der Holzverbrauch steigt. Und der Raubbau findet nicht nur in Entwicklungsländern statt. Zwar werden immer noch riesige Tropenwaldflächen gerodet, um Holzplantagen anzulegen oder Palmöl zu produzieren. Doch auch in den nördlichen, den borealen Wäldern, steigt der Nutzungsdruck. Ein Beispiel ist zurzeit in Schweden zu beobachten. Wie der größte schwedische Naturschutzverband SSNC (Swedish Society of Nature Conservation) dokumentiert, bewahren weder das dortige Forstgesetz noch freiwillige Verpflichtungen der Waldbesitzer zur Einhaltung von Zertifizierungsstandards die wenigen noch in ihrer Ursprünglichkeit erhaltenen Waldgebiete vor der Zerstörung durch Kahlschlag.⁽³⁾ Mehr als 20 Prozent des Zellstoffs für das in Deutschland verwendete Papier stammen aus schwedischen Wäldern.

In der durch jahrzehntelange Kahlschlagwirtschaft geprägten schwedischen Waldlandschaft sind nur noch etwa zehn Prozent der Waldfläche in einem naturnahen Zustand erhalten geblieben. Lediglich ein Bruchteil davon steht unter gesetzlichem Schutz. Die Erhaltung dieser Überreste an naturnahen Waldstandorten ist die wichtigste Forderung schwedischer Umweltverbände, damit die jetzt schon erschreckend lange Rote Liste der bedrohten Arten nicht noch länger wird.

Anmerkungen

- (1) Kontakt zum Kampagnenbüro in Bonn: Tel. +49 (0)228 / 9968457330, Fax 68457111, E-Mail: kampagnenbuero@wald2011.de
- (2) Waldstrategie 2020 – Entwurf des BMELV. Stellungnahme in 10 Punkten von BUND, DNR, Forum Umwelt & Entwicklung, Greenpeace, NABU und WWF. www.kurzlink.de/ngo-wald2020.pdf
- (3) www.robinwood.de/577.0.html

Der Forstwirt und Experte für nachhaltige Biomasse László Maráz koordiniert von Berlin aus die Arbeitsgruppe Wald im Forum Umwelt und Entwicklung.



Kontakt:
Tel. +49 (0)30/ 6781775-89,
E-Mail: maraz@forumue.de,
www.forumue.de/41.html

Stuttgart 21

Warum überhaupt bauen?

Bei der Stuttgart-21-Schlichtung kamen wichtige Auswirkungen des Projekts nicht zur Sprache

Bei der Schlichtung wurde deutlich, was Kritiker seit Jahren sagen: Stuttgart 21 ist teuer und unausgereift. Was nicht besprochen wurde: Die Zeit des Verkehrswachstums ist vorbei. Die Projektgegner forderten weder einen Straßenbaustopp noch widersprachen sie der Behauptung der Bahn, Stuttgart 21 sei gut fürs Klima. ■ VON RUDOLF PFLEIDERER

In Stuttgart soll der bestehende Kopfbahnhof durch einen um 90 Grad gedrehten Durchgangsbahnhof in Tieflage ersetzt werden. Dazu sollen wesentliche Teile des Stuttgarter Bahnnetzes unterirdisch neu entstehen. Als Gangolf Stocker 1995 die Initiative „Leben in Stuttgart – kein Stuttgart 21“ gründete, um das Megaprojekt zu verhindern, hätte sich niemand träumen lassen, dass 15 Jahre später daraus eine der größten Bürgerbewegungen werden würde, die die Republik je gesehen hat. Unter dem Druck massiver Bürgerproteste mit Zehntausenden von Demonstranten und nach dem Fiasko des Polizeieinsatzes am „schwarzen Donnerstag“, dem 30. September 2010, sah sich die baden-württembergische Landesregierung gezwungen, einer Schlichtung zuzustimmen. Dabei wurden bahntechnische Fragen auf hohem Niveau diskutiert und es kam heraus, dass Stuttgart 21 in der geplanten Form schlechter als das bestehende Bahnsystem wäre. Andere bedeutsame Auswirkungen des Projekts kamen während der Schlichtung jedoch nicht zur Sprache.

Projektgegner als die besseren Fachleute

Bei der Schlichtung durch den Expolitiker Heiner Geißler im Herbst 2010 zeichneten sich die Stuttgart-21-Gegner durch beträchtlichen Sachverstand aus, während die Landesregierung, und hier besonders Umwelt- und Verkehrsministerin Tanja Gönner, eher durch bestechende Rhetorik brillierte. Es wurde offenkundig, dass Stuttgart 21 Murks ist und nicht – wie immer wieder behauptet – das bestgeplante Großprojekt. Schon in der ersten Schlichtungsrunde musste die Bahn eingestehen,

keinen Entwurf eines Fahrplans zu haben, mit dem die Leistungsfähigkeit des geplanten Bahnknotens hätte belegt werden können. Offenbar ist die Bahn einem derart komplexen Projekt trotz Planungskosten von mehr als 430 Millionen Euro (Stand Oktober 2010) nicht gewachsen.

2005 hatte Ullrich Martin, Professor am Verkehrswissenschaftlichen Institut der Uni Stuttgart, die Leistungsfähigkeit des geplanten Tiefbahnhofs auftragsgemäß isoliert bewertet und war zu dem Ergebnis gekommen, dass der Tiefbahnhof die doppelte Kapazität des derzeitigen Kopfbahnhofs hätte. Bahn und Landesregierung rechtfertigten damit das Projekt – und ignorierten wissentlich oder aus Unfähigkeit, dass es im geplanten Bahnnetz eine ganze Zahl von Zwangspunkten und Flaschenhälsen gibt, die die Kapazität des Bahnknotens so weit reduzieren würden, dass das neue Netz schlechter wäre als das heutige. Kritiker hatten darauf schon vor Jahren vergeblich hingewiesen. Vorrangiges Interesse der Bahn sind jedoch Investitionen in Beton. Der pünktliche Transport von Menschen und Gütern ist nachrangig. Erst unter der Regie des Schlichters wurde Klartext gesprochen. Die Bahn musste die Mängel der Planung einräumen und eingestehen, dass das alternative Konzept Kopfbahnhof 21 durchdacht ist und funktionsfähig wäre.

Stuttgart 21 plus

Am 30. November verkündete Heiner Geißler seinen Schlichterspruch: Kopfbahnhof 21 wird als leistungsfähig und billiger als Stuttgart 21 anerkannt. Aber Stuttgart 21 darf weitergebaut werden: Nur hierfür gebe es genehmigte Pläne. Geißler

hatte dabei übersehen, dass für den heiklen Filderbereich mit dem geplanten Flughafenbahnhof noch nicht einmal das Planfeststellungsverfahren eingeleitet war.

Zentraler Punkt des Schlichterspruchs ist der sogenannte Stresstest für den geplanten Bahnknoten. Anhand einer Simulation soll der Nachweis erbracht werden, dass ein Fahrplan mit 30 Prozent mehr Zügen gegenüber dem heutigen Zustand in der Spitzenstunde mit guter Betriebsqualität möglich ist. Die Bahn hat das Ergebnis des Stresstestes erst für Mitte 2011 in Aussicht gestellt.

Falls mit der vorliegenden Planung der Stresstest nicht bestanden werden kann, wovon die Projektgegner und Schlichter Geißler ausgehen, sind mehrere erhebliche Ergänzungen notwendig: zwei zusätzliche Gleise im Tiefbahnhof und eine Anzahl weiterer Gleise und Kreuzungsbauwerke zur Entschärfung der diversen Schwachpunkte. Außerdem muss das Sicherheitskonzept überarbeitet und etwas für die Barrierefreiheit getan werden. Die Mehrkosten schätzen die Projektgegner auf über 500 Millionen Euro. Falls neue Planfeststellungsverfahren erforderlich werden, bekommen die Bahnplaner ein Problem.

Die bahntechnischen Schwachpunkte von Stuttgart 21 wurden gründlich diskutiert. Es wurde auch deutlich, dass die an das Bahnprojekt Stuttgart 21 anschließende Neubaustrecke Wendlingen–Ulm längs der Autobahn A8 wegen der Steigungen ungeeignet für den Güterverkehr ist. Der Naturschutz und der Schutz der Stuttgarter Mineralquellen waren ebenso Thema. Die möglichen Kostenüberschreitungen wurden nicht nur bei der Schlichtung, sondern schon davor so intensiv diskutiert, dass später niemand sagen kann, er sei über-

rascht, wenn sich die Kosten erhöhen. Doch mehrere weitere, ebenfalls wichtige Aspekte kamen bei der Schlichtung leider nicht auf den Tisch.

Kopfbahnhof 21 minus

In der dritten Schlichtungsrunde am 4. November legte die Bahn eine Darstellung mit abenteuerlichen Verkehrsprognosen und folgender Aussage vor: „Die Frage ist nicht, ob wir ein Mobilitätswachstum haben, sondern wie viel davon auf der Schiene stattfindet.“ Das ist Unsinn. Es gibt auf der Straße seit fast zehn Jahren keine Verkehrszunahme mehr, außer dort, wo der Verkehr durch Straßenbau attraktiver gemacht wird. Aber leider haben die Stuttgarter Bahngegner versäumt zu fragen, ob es überhaupt notwendig ist, die Kapazität des Stuttgarter Bahnknotens um 30 Prozent zu erhöhen. Es wurde nicht diskutiert, ob man außer einer Renovierung des bestehenden Kopfbahnhofes alles weitgehend so belassen könnte, wie es zurzeit ist, und vielleicht nur die einfachen Bausteine des Konzepts Kopfbahnhof 21 realisieren sollte. Das wäre dann das Projekt Kopfbahnhof 21 minus.

Bei derselben Schlichtungsrunde legte die Bahn ein Diagramm vor, in dem von einer Einsparung von 100.000 Tonnen CO₂ pro Jahr die Rede war. Die Frage des Schlichters, ob diese Zahl richtig sei, beantworteten die Projektgegner mit Ja. Dass die Änderung der CO₂-Emissionen eine wesentliche Auswirkung des Projekts ist, die in den Planfeststellungsunterlagen stehen und nachvollziehbar vorgerechnet werden müsste, wurde nicht kritisiert. Es wurde nicht gefragt, warum Ministerpräsident Stefan Mappus bei seiner Regierungserklärung von 177.000 Tonnen CO₂ gesprochen hatte. Ebenso wurde nicht hinterfragt, wie viel der angeblichen CO₂-Einsparung von welcher Verlagerung – von Auto, Lkw oder Flugzeug – stammt. Schließlich wurde auch nicht bemängelt, dass es wohl kaum zu einer Verringerung des Autoverkehrs kommen kann, wenn parallel zur geplanten ICE-Strecke nach Ulm die Autobahn A8 verbreitert wird. Deswegen steht im Schlichterspruch auch nicht,

dass auf den Bau von neuen Straßen im Bereich der Bahnprojekte Stuttgart 21 und Wendlingen–Ulm verzichtet werden soll.

Kosten-Nutzen-Rechnungen bleiben Herrschaftswissen

Am 11. November veröffentlichte das Bundesverkehrsministerium im Rahmen der „Überprüfung des Bedarfsplans für die Bundesschiene“ ein Dossier der volkswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Analyse für das Bahnprojekt Stuttgart–Augsburg. Solche Bundesverkehrswegeplan-Dossiers sind zwar schöngerechnet und das Rechenverfahren ist undurchsichtig, sodass nur schwammige Informationen über den behaupteten volkswirtschaftlichen Nutzen der Bahnprojekte zu bekommen sind. Es lohnt sich trotzdem, nachzulesen, was in dem Dossier über die CO₂-Emissionen steht: Beim Personenverkehr gibt es gar keine Verringerung. Die Zunahme der CO₂-Emissionen durch die Zunahme des Personenverkehrs auf der Schiene ist größer als die Abnahme der CO₂-Emissionen durch den angeblich weniger werdenden Pkw-Verkehr. Anders beim Güterverkehr: Durch Verlagerung von der Straße auf die Schiene verringern sich hier laut Dossier die Emissionen. Da aber auf der Neubaustrecke Wendlingen–Ulm bekanntlich keine Güterzüge verkehren können, gibt es auch bei diesen CO₂-Emissionen keine Verringerung.

Problembaustelle für 15 Jahre

Was laut Dossier bleibt, sind die CO₂-Einsparungen durch Umsteigen vom Flugzeug auf die Bahn. Es finden sich aber weder in der Kosten-Nutzen-Analyse noch in den Planfeststellungsunterlagen noch in den Aussagen der Bahn bei der Schlichtung konkrete Angaben darüber, wie viele und welche Flüge unterbleiben, wenn die Bahnprojekte realisiert werden. Im Gegenteil: Der Stuttgarter Flughafenchef Georg Fundel hat sich bei der Schlichtung darüber gefreut, dass er durch die geplante bessere Anbindung des Flughafens an die Schiene 1,2 Millionen Fluggäste mehr bekommt. Man weiß also nicht einmal, ob durch die

Bahnprojekte der Flugverkehr mehr oder weniger wird. Die Fakten liegen nicht auf dem Tisch, sondern im Nebel.

Die Schlichtung hat das Bürgerengagement gegen Stuttgart 21 nicht gestoppt. Wer der Meinung ist, dass weniger Geld für Beton und mehr für Bildung, Soziales oder Kultur ausgegeben werden soll oder wer die Staatsverschuldung als Gefahr ansieht oder wer es für wichtiger hält, dass sich die Bahn um ihr Alltagsgeschäft kümmert, statt 26 Minuten schneller von Stuttgart nach Ulm zu fahren, wer dagegen ist, dass der Schlossgarten mit 200 Jahren alten Platanen für viele Jahre zur Baustelle wird oder sich Sorgen um das Mineralwasser macht, hat keinen Grund, jetzt nicht mehr zu demonstrieren.

Gerd Aberle, Professor an der Uni Gießen, hat Stuttgart 21 mehrfach kritisiert. Er schreibt im Oktober 2010 in der Monatszeitschrift Internationales Verkehrswesen: „Für die DB AG besteht die Gefahr, dass sich mit dem Projekt Stuttgart 21 eine langjährige und unerfreuliche zusätzliche Problembaustelle entwickelt, ... die Protestwelle könnte wegen der außerordentlich umfangreichen störenden Auswirkungen auf wichtige Bereiche Stuttgarts während einer Bauzeit von 15 und mehr Jahren sogar noch an Umfang gewinnen.“

Literatur

- Schubert, A. (2010): Lange Wege und starke Worte bei Stuttgart 21 – zugleich ein Plädoyer für K21-minus. Reflexion des Geißlerschen Schlichterspruchs im Zeichen von Klima und Nachhaltigkeit. www.architektinnen-fuer-k21.de (Aktuelles – 9. Dezember 2010)

Der Artikel erschien in einer etwas längeren Fassung in dem verkehrspolitischen Magazin mobilogisch! (www.mobilogisch.de).

Der Elektroingenieur Rudolf Pfeleiderer ist seit 30 Jahren ehrenamtlich bei Umweltverbänden tätig und erarbeitet Stellungnahmen zu Verkehrswegeprojekten. Er lebt in Stuttgart.



Kontakt:
Tel. +49 (0)711 / 881597,
E-Mail: pfeleiderer.stuttgart@t-online.de, www.verkehrswissenschaftler.de

Kurzumtriebsplantagen

Mehr Chancen als Risiken

Schnell wachsende Baumarten liefern echte Ökoenergie, wenn Naturschutzstandards beachtet werden

Durch die neue Energie- und Klimapolitik steigt die Nachfrage nach Energieholz. Dessen Anteil an der landwirtschaftlichen Fläche war bisher sehr gering, wird aber in den nächsten Jahren stark zunehmen. Eine wichtige Rolle spielen dabei sogenannte Kurzumtriebsplantagen, zum Beispiel mehrjährige Pappelkulturen. Mit der Entwicklung sind viele Chancen, aber auch Risiken für den Natur- und Umweltschutz verbunden. ■ VON FLORIAN SCHÖNE, NABU

Die Zeiten billiger fossiler Energieträger sind wohl endgültig vorbei. Deshalb ist die Nachfrage nach Holz zur energetischen Verwertung in den letzten Jahren stark gestiegen. Auch die gesetzlichen Vorgaben zur Förderung erneuerbarer Energien lassen die Bedeutung der Holzerzeugung wachsen. Bisher wurden zur Energieerzeugung überwiegend Rest- und Althölzer sowie Waldrestholz verwendet. In Zukunft ist jedoch mit einer Nachfrage nach holziger Biomasse zu rechnen, die die energetisch verwendbare Altholzmenge und das nachhaltig nutzbare Potenzial aus bundesdeutschen Wäldern erheblich übersteigen wird. Die Bundesregierung schätzt das im Inland für die Energieerzeugung verfügbare Holzaufkommen für 2020 auf rund 42 Millionen Festmeter, während Experten einen Bedarf von über 70 Millionen für möglich halten. Selbst die 42 Millionen Festmeter sind schon mehr als zehn Millionen mehr als das gegenwärtige Aufkommen. Negative Folgen für die biologische Vielfalt oder die Stabilität von Waldökosystemen bleiben bei diesen Rechnungen unberücksichtigt.

Von der Nische in die Fläche

Die prognostizierte „Holzlücke“ von über 30 Millionen Festmetern könnte neben der Erhöhung von Importen vor allem über die Erzeugung von Energieholz im sogenannten Kurzumtrieb auf landwirtschaftlichen Flächen geschlossen werden. Kurzumtriebsplantagen (KUP) bestehen aus schnellwüchsigen und ausschlagfähigen Baumarten – meist Klone von Pappeln oder Weiden – und werden in kurzen Zyklen von zwei bis sieben Jahren geerntet.

Diese Kulturen bringen hohe Trockenmasseerträge je Flächeneinheit und besonders bei thermischer Verwertung, sprich Verbrennung, hohe Treibhausgasinsparungen bei vergleichsweise geringen volkswirtschaftlichen Kosten. Der im letzten Sommer von der Bundesregierung beschlossene Nationale Aktionsplan für erneuerbare Energien sieht bis zum Jahr 2020 eine deutliche Steigerung des Flächenumfangs für Kurzumtriebsplantagen vor. Das Deutsche Biomasseforschungszentrum geht sogar von bis zu 1,3 Millionen Hektar aus – und das bei einem heutigen Umfang von höchstens 3.000 Hektar.

Kurzumtriebsplantagen dürften also in den nächsten Jahren einen erheblichen Aufschwung erleben, vor allem wenn der

Ölpreis, wie zahlreiche Prognosen versprechen, deutlich steigen wird. Mit der jüngsten Novellierung des Bundeswaldgesetzes wurde bereits ein juristisch wichtiger Schritt getan, um die Nutzung von Kurzumtriebsplantagen zu erleichtern, da diese nun eindeutig aus der Definition des Waldbegriffs herausgenommen sind und die Flächen damit weiter als landwirtschaftliche Nutzflächen gelten.

Positive Umweltbilanz

KUPs weisen einerseits eine besonders hohe Flächeneffizienz bei geringen CO₂-Vermeidungskosten auf und sind andererseits im Vergleich zu intensiven, einjährigen Ackerkulturen in der Regel ressour-

Handlungsempfehlungen für Kurzumtriebsplantagen

- ▶ Blöcke mit standortheimischen Gehölzen wie Hainbuche, Esche, Erle, Hasel, Zitterpappel oder Eberesche sowie mit unterschiedlichen autochthonen Weidensorten oder Pappelklonen anlegen;
- ▶ unterschiedliche Schlaggrößen mit hohem Anteil von Randeffekten festlegen;
- ▶ unregelmäßige Strukturen mit Bestandslücken und unterschiedlichen Reihenabständen schaffen;
- ▶ streifenförmige Kurzumtriebsplantagen auf intensiv bewirtschaftetem, artenarmem Grünland in ausgeräumten Grünlandregionen sowie an Gewässerrändern anlegen;
- ▶ Säume, Blühstreifen oder Ackerrandstreifen

anlegen, zum Beispiel Vorgewende und Wegränder;

- ▶ flexible Umtriebszeiten mit Ernten nach drei bis sechs Jahren einplanen („Umtriebsstadienmosaik“);
- ▶ Flächen abschnittsweise beernten, damit eine Altersstruktur innerhalb der Plantagen entsteht;
- ▶ vielseitige Strukturen innerhalb der Plantagen und im Randbereich anlegen oder belassen, wie Hecken, Altholz, Staudensäume, Randstreifen, Wegraine, Lichtungen, Steinhäufen oder Solitäräume;
- ▶ Begleitmaßnahmen wie Nistkästen oder Sitzwarten in oder am Rand der Kurzumtriebsplantagen durchführen.

censhonender und naturverträglicher. So profitiert die Tier- und Pflanzenwelt auf einer Energieholzfläche gegenüber den Anbauflächen von Mais und Raps von der längeren Bodenruhe, dem geringeren Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln und den geringeren Störungen. Eine standortangepasste und extensive Einrichtung und Unterhaltung von Kurzumtriebsplantagen kann deshalb durchaus zu Synergieeffekten zwischen Naturschutz und Bioenergie führen. In ausgeräumten Landschaften trägt die Anlage der Flächen zu einer Strukturierung der Landschaft bei und schafft Lebensräume sowie Verbindungselemente zwischen Einzelbiotopen für Tier- und Pflanzenarten.

Gefährdung sensibler Lebensräume

Angesichts des in Rede stehenden Flächenumfangs von über einer Million Hektar sind jedoch regional auch Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu erwarten. Denn wie alle großflächig angebauten Monokulturen können die KUP-Flächen zur Monotonisierung der Landschaft beitragen, nicht zuletzt auch wegen der begrenzten Zahl an verfügbaren Baumarten. Zudem müssen naturschutzfachlich wich-

tige Gebiete wie Magerrasen, Feuchtwiesen, Bachauen oder Brachflächen sowie Offenlandgebiete mit Wiesenbrütervorkommen von einem Energieholzanbau freigehalten werden.

Fehler der Biogasbranche vermeiden

Um mögliche Konflikte mit dem Natur- und Umweltschutz zu verringern, sind deshalb fachliche Rahmenbedingungen und Mindeststandards für eine naturverträgliche Anlage von Kurzumtriebsplantagen erforderlich, die im Ordnungs- und Förderrecht umzusetzen sind. Dazu gehört die Festlegung von Tabu- und Vorrangflächen und von Mindestabständen zu wertvollen Biototypen. Auch im Hinblick auf den erhöhten Wasserbedarf von schnellwachsenden Hölzern sowie die mögliche Umwandlung von Grünland müssen fachliche Kriterien definiert werden, die Zielkonflikte vermeiden und negative Konsequenzen für Klima, Wasserhaushalt oder Biodiversität ausschließen. Für den Naturschutz besonders förderliche Maßnahmen sollten gezielt genutzt werden. Der NABU hat dazu entsprechende Handlungsempfehlungen erarbeitet (siehe Kasten).

Im Rahmen eines vom Bundesamt für

Naturschutz geförderten Erprobungs- und Entwicklungsvorhabens untersuchen NABU-Experten diese Handlungsempfehlungen zurzeit auf ihre Praktikabilität und Wirksamkeit. In einem nächsten Schritt ist eine praktische Erprobung der Maßnahmen in verschiedenen Regionen vorgesehen. Aus den Ergebnissen und der Berechnung des erforderlichen Aufwands sollen Schlussfolgerungen für die künftige naturverträgliche Anlage und Bewirtschaftung von Kurzumtriebsplantagen abgeleitet werden. Das Projekt soll dazu beitragen, dass Energieholzplantagen im Einklang mit Natur und Umwelt entstehen und die Fehler der Biogasbranche mit ihren Maismonokulturen nicht wiederholt werden.

Der Geobotaniker und Geograf Florian Schöne ist stellvertretender Fachbereichsleiter für Naturschutz und Umweltpolitik beim Bundesverband des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) in Berlin.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 /
284984-1615, Fax -3615
E-Mail:
florian.schoene@nabu.de,
www.nabu.de/biomasse



EU-Klimaziel

Weniger CO₂, mehr Gewinn

Auch immer mehr Unternehmen erkennen die Potenziale höherer Treibhausgasreduktionsziele

Seit Monaten rangeln die Entscheidungsträger um verbindliche Ziele für die Reduktion von Treibhausgasen in der EU. Wirtschaftsverbände wollen als Ziel für 2020 nur 20 statt 30 Prozent Reduktion gegenüber 1990 akzeptieren. Dabei zählt sich ein ehrgeiziger Klimaschutz auch ökonomisch aus. Arbeitsplätze, Gesundheitsschutz, Einnahmen aus dem Emissionshandel: Der Nutzen übersteigt die Kosten bei Weitem. ■ VON MECHTHILD VON KNOBELSDORFF, CAN EUROPE

„Ein EU-Ziel von 30 Prozent weniger Treibhausgasemissionen ist nicht verantwortbar.“ – „Tausende von Arbeitsplätzen werden wegfallen.“ – „Die Wirtschaft wird unter horrenden Mehrkosten leiden.“ Das sind die Positionen einiger großer Wirtschaftsunternehmen im Streit um das europäische Klimaziel.

Dabei zeigen die Berichte gerade aus den letzten Monaten, dass die Realität eine ganz andere ist. Tomas Wyns vom Klimaaktionsnetzwerk CAN Europe hat die überzeugendsten wirtschaftlichen Argumente für ein europäisches Reduktionsziel von 30 Prozent zusammengestellt. ⁽¹⁾ Die Kernaussage: Ökonomisch gesehen ist es

attraktiver, zu einem 30-Prozent-Reduktionsziel zu wechseln, denn die Industrieverbände argumentieren nur mit den Kosten und vernachlässigen den Nutzen. Schon heute erreicht Europa mit gut 17 Prozent Reduktion gegenüber dem Basisjahr 1990 fast das 20-Prozent-Ziel, stellte die Europäische Umweltagentur im

September 2010 fest – zehn Jahre vor dem Stichtag. Ein 20-Prozent-Ziel wäre also nichts anderes als Business as usual und würde die EU auf Dauer teuer zu stehen kommen. Dabei ist es laut einem Szenario der Europäischen Kommission von 2010 für die EU dreimal billiger, 30 Prozent der Emissionen zu reduzieren, als die von China vorgeschlagenen Ziele. ⁽²⁾ Nicht zuletzt müssten die Reduktionen bis 2025 wesentlich stärker ausfallen als bei einem 30-Prozent-Ziel, und damit würden die Kosten ansteigen – wer früh anfängt, legt die Fundamente für morgen.

Die wichtigsten wirtschaftlichen Argumente für ein 30-Prozent-Ziel sollen hier näher beleuchtet werden.

Mehr Einnahmen, mehr Arbeitsplätze

Die von riesigen Haushaltsdefiziten geplagten EU-Mitgliedstaaten würden wichtige Einnahmen verlieren, wenn das Ziel nicht angehoben wird, denn ein ehrgeizigeres Ziel bedeutet einen höheren Preis für CO₂-Zertifikate im EU-Emissionshandelssystem und damit höhere Einnahmen bei der Versteigerung von Zertifikaten. In Deutschland beläuft sich die Summe dieser Verluste auf 15 Milliarden Euro.

Allein im Bereich der erneuerbaren Energien würde die Zahl der Arbeitsplätze mit einem 30-Prozent-Ziel bis 2020 um weitere zwei Millionen steigen. Zusätzlich würden im Effizienzbereich grüne Arbeitsplätze aus dem Boden sprießen. Schon heute verzeichnet die europäische Umweltbranche einen Jahresumsatz von 319 Milliarden Euro und beschäftigt 3,4 Millionen Menschen – zehnmal so viele wie 2007 im europäischen Stahlsektor arbeiteten.

Gestärkte Wettbewerbsfähigkeit

Europa muss eine langfristige Zukunftsvision für seine verarbeitende Industrie entwickeln. Das setzt zukunftsichere Innovationen und damit eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu den Industriesektoren anderer Länder voraus. Mit dem Business-as-usual-Szenario des 20-Prozent-Ziels werden einheimische Sektoren bald schon hinter anderen

Weltregionen herhinken. Dabei existieren diese Innovationen, sie müssten nur weiter unterstützt werden. Ein Bericht des Öko-Thinktanks CE Delft für CAN Europe aus dem Jahr 2010 listet Innovationen im Stahl-, Papier- und Zementsektor auf. Der Bericht zeigt, dass auch in der energieintensiven Industrie die Möglichkeit besteht, auf lange Sicht viel CO₂ einzusparen und damit die Gefahr von Standortverlagerungen zu begrenzen.

Riesiges Energieeinsparpotenzial

Energieeinsparmaßnahmen haben das höchste Potenzial zur Verringerung von Treibhausgasemissionen: Die Hälfte des 80-Prozent-Reduktionsziels bis 2050 könnte allein durch Energieeinsparmaßnahmen umgesetzt werden, und das mit positiver finanzieller Bilanz. Dies würde sich wiederum positiv auf die Arbeitsplätze auswirken und die Gefahr von Energiearmut begrenzen. Leider wird dieses Potenzial wegen der bisher unverbindlichen EU-Ziele zur Energieeffizienz nicht genutzt.

Gesparte Gesundheitskosten

Ein anderes Argument liefert ein vom europäischen Gesundheitsnetzwerk Heal in Auftrag gegebener Bericht ⁽³⁾: Jährliche Kosten zwischen 15 und 30 Milliarden Euro könnten eingespart werden, wenn die EU das Klimaziel anheben würde. Der höhere Betrag ergibt sich, wenn die EuropäerInnen zu Hause reduzieren statt in Entwicklungsländern. Die Einsparungen kommen vor allem durch weniger Atemwegserkrankungen und damit verbundene Kosten durch Arztbesuche und Krankheitsausfälle zusammen. Interne Analysen der EU-Kommission enthielten bisher nicht alle gesundheitlichen Auswirkungen, sodass ihre Prognosen angepasst werden müssen.

Höhere Energiesicherheit

Ohne weitere Maßnahmen wird der Primärenergiebedarf Europas 2020 zu 62 Prozent von Importen abhängen. ⁽⁴⁾ Damit ist die EU besonders anfällig gegenüber inter-

nationalen Konflikten, wie Auseinandersetzungen zwischen Russland und Ukraine in der Vergangenheit gezeigt haben. Außerdem werden wirtschaftliche Entwicklungen von einem tendenziell steigenden Ölpreis gebremst werden. Höhere Reduktionsziele könnten diese Abhängigkeit und Verwundbarkeit drastisch senken.

Energiesicherheit soll ein Hauptthema der polnischen EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte des Jahres sein. Es bleibt zu hoffen, dass unsere polnischen Nachbarn das Potenzial von hohen Reduktionszielen erkennen.

Angesichts all dieser Argumente ist das Zögern der europäischen Entscheidungsträger, sich des 30-Prozent-Ziels endlich anzunehmen, schwer nachvollziehbar. Notwendige Entwicklungen müssen zugelassen werden, anders kann sich eine Gesellschaft nicht weiterentwickeln.

WissenschaftlerInnen sagen übrigens noch etwas ganz anderes: Die Emissionen müssen bis 2020 sogar um 40 Prozent sinken. Zurzeit bewegt sich die Welt auf eine Erwärmung von vier Grad zu. Die Folgen sind nicht auszumalen. Zum Glück gibt es Hoffnung, denn immer mehr Unternehmen erkennen das Potenzial von höheren Reduktionszielen.

Anmerkungen:

- (1) www.die-klima-allianz.de/wp-content/uploads/2011/03/30-Klima1.pdf
- (2) www.eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0265:FIN:DE:PDF
- (3) www.env-health.org/a/3585
- (4) Wesselink, B.; Harmsen, R.; Eichhammer, W. (2010): Energy savings 2020. How to triple the impact of energy saving policies in Europe. Contributing studies to Roadmap 2050

Die Umweltpolitikwissenschaftlerin Mechthild von Knobelsdorff ist Koordinatorin beim Climate Action Network Europe (CAN Europe). Sie arbeitet seit 2009 bei diesem Netzwerk von 141 europäischen Klimaschutzorganisationen in Brüssel.

Kontakt:
Tel. +32 (0)2 / 89446720,
E-Mail:
mechthild@can europe.org,
www.can europe.org



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Mülltrennung**Die ideale Wertstofftonne**

■ Um neue Wege bei der Mülltrennung ging es bei einer Fachkonferenz des deutschen Umweltbundesamts (UBA) Ende Februar in Dessau. Hauptthema war die geplante Umwandlung der gelben Tonne in eine Wertstofftonne. Letztere soll nicht nur Verpackungen, sondern auch Metalle und Kunststoffe sammeln. UBA-ExpertInnen schätzen, dass dadurch etwa sieben Kilogramm Müll pro Kopf und Jahr nicht im Restmüll landen. Das Amt legte Gutachten vor, die sich mit der idealen Abfallzusammensetzung bei der Wertstofftonne, Finanzierungsmodellen sowie der Bewertung der deutschen Verpackungsverordnung beschäftigen. Die Umwandlung der gelben Tonne in eine Wertstofftonne soll durch eine Verordnungsermächtigung möglich werden, die im Entwurf des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes enthalten ist. Umweltverbände wie der NABU setzen sich für eine bundesweite Einführung der Wertstofftonne ein. [jg]

- Idealzusammensetzung der Wertstofftonne: www.uba.de/uba-info-medien/4074.html
- Finanzierungsmodelle der Wertstofftonne: www.uba.de/uba-info-medien/4077.html
- Evaluierung der Verpackungsverordnung: www.uba.de/uba-info-medien/4072.html
- www.nabu.de/themen/mehrwegundrecycling

Elektroschrott**Europas Umweltminister verschmähen Rohstoffe**

■ Die EU-UmweltministerInnen haben Mitte März für ein abgeschwächtes neues Sammelziel für Elektroschrott gestimmt. Sie wollen vier Jahre nach Inkrafttreten (2016) eine Quote von 45 Prozent und 65 Prozent bis 2020 erreichen. Das EU-Parlament hatte höhere Quoten und kür-

zere Fristen gefordert und wird nun voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2011 eine weitere Lesung zur Revision der Richtlinie über Elektro- und Elektronikaltgeräte (WEEE) abhalten.

Ursprünglich war geplant, ein Sammelziel von 65 Prozent bis 2016 einzuführen. Das Parlament hatte in erster Lesung sogar für 85 Prozent gestimmt. Doch in Abfragen ist die EU tief gespalten, einige EU-Staaten wollen überhaupt keine neuen Ziele. Für bestimmte Staaten sollen nach Meinung des Umweltministerrats deshalb Ausnahmen gelten: Tschechien, Ungarn, Malta, Polen, Rumänien, die Slowakei, Lettland und Litauen müssten bis 2016 eine Sammelquote von 40 bis 45 Prozent erreichen und hätten für die 65 Prozent bis 2022 Zeit. Nach dem Verursacherprinzip sollen für die Sammlung und Behandlung der Abfälle die Hersteller bezahlen. Die Regelung soll laut Umweltrat ab 2018 für alle elektronischen und elektrischen Geräte gelten, die Recyclingraten sollen drei Jahre nach Inkrafttreten um fünf Prozent gesteigert werden.

Umweltverbände protestierten gegen die vierjährige Verschiebung der Fristen und die geringeren Sammelquoten von alten Elektrogeräten, die wertvolle Rohstoffe enthielten. Das Europäische Umweltbüro (EEB) kritisierte, dass damit dem illegalen Export von Elektroschrott Vorschub geleistet werde. [jg]

- www.kurzlink.de/pm-rat-weee03-2011
- EEB: www.kurzlink.de/eeb-2011-03-15
- Gesetzgebungsverfahren: www.kurzlink.de/ogv

Chemikalienbewertung**Kritik an EFSA-Leitlinien**

■ Eine „große Enttäuschung“ nannte das Pestizid-Aktionsnetzwerk PAN Europe im März einen Abschlussbericht der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) über die Verwendung wissenschaftlicher Studien bei der Entscheidungsfindung. Für die EFSA zählten Studien durch die Industrie mehr als unabhängige Forschungen, kritisierte PAN Europe. Die

Behörde gebe der Industrie damit die Möglichkeit – etwa bei der Erstellung von Dossiers über ein Pestizid – unabhängige Studienergebnisse zu ignorieren. Dabei hätten EU-Parlament und Ministerrat ausdrücklich betont, dass es eine Balance zwischen Industrie- beziehungsweise GLP-Studien („Gute Laborpraxis“) und unabhängigen Forschungsergebnissen geben soll. Dass die von der Industrie in Auftrag gegebenen Studien möglicherweise aus naheliegenden Gründen verzerrte Ergebnisse darstellten, sei keine Überraschung, so PAN Europe. Die EFSA weise nur mit einem Satz darauf hin, „dass die Einhaltung der GLP-Standards nicht als Garantie für Verlässlichkeit angesehen werden“ könne.

Bei der umstrittenen Chemikalie Bisphenol A seien etwa in einer GLP-Studie veraltete Testmethoden und umempfindliche Bakterienstämme verwendet worden, kritisiert der Umweltverband. Auch andere Ungereimtheiten seien bei der Überprüfung der Industriestudien nicht ins Gewicht gefallen. „Die EFSA zeigt ihr wahres Gesicht und stellt sich auf die Seite der Großindustrie“, kritisierte PAN. [jg]

- www.pan-europe.info/News/PR/110301.html
- EFSA: www.efsa.europa.eu/en/pub/2092.htm

Quecksilber**Spielende Kinder vergiftet**

■ Dem Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) sind 2009 zahlreiche Vergiftungsfälle gemeldet worden, darunter 26 durch Quecksilber. Kinder und Jugendliche hatten auf Industriebrachen Kontakt mit dem hochgiftigen Schwermetall, zum Teil nahmen sie Fundstücke mit nach Hause. Tage oder Wochen später zeigten sich Bewegungsunlust, Appetitlosigkeit und Hautirritationen. Eltern sollten bei solchen Symptomen auch an eine Quecksilbervergiftung denken, besonders wenn sie in der Nähe von stillgelegten Industriegeländen oder kleineren Betriebsstätten wohnten, warnte das BfR. [jg]

- www.bfr.bund.de/cd/54225

EU-Chemikalienverordnung REACH

Erstmals Stoffverbot möglich

■ Sechs besonders besorgniserregende Stoffe werden in den kommenden drei bis fünf Jahren verboten, darunter verschiedene Weichmacher und Moschus-Xylol. Es handelt sich um die ersten gefährlichen Substanzen, die von der Kandidatenliste in den offiziellen Anhang XIV der EU-Chemikalienverordnung REACH aufgenommen wurden und damit strikten Regeln unterliegen. Für jeden der sechs aufgeführten Stoff ist ein Ablauftermin angegeben, der in den Jahren 2014 und 2015 liegt. Allerdings kann das Verbot wiederum durch – wenn auch sehr eingeschränkte – Ausnahmeregelungen umgangen werden.

Umweltverbänden und Gewerkschaften geht die Umsetzung der EU-Chemikalienverordnung viel zu langsam. Sie haben mehrere Hundert Stoffe für die Kandidatenliste und damit für ein baldiges Verbot vorgeschlagen, doch offiziell haben es nur einige Dutzend davon auf diese Liste geschafft. [jg]

► www.europa.eu/rapid (Reference: IP/11/196)

Internationale Chemikalienpolitik

Endosulfan vor dem Aus?

■ Die EU-Kommission hat den Mitgliedstaaten Ende Februar eine Beschlussvorlage zugestellt, um das Pestizid Endosulfan international zu verbieten. Im April treffen sich die Vertragspartner des Stockholmer Übereinkommens über persistente organische Schadstoffe (POP) und entscheiden über den Vorschlag.

Schon 2007 hat die EU-Kommission die Aufnahme von Endosulfan in den Anhang A der POP-Konvention vorgeschlagen. Dieser enthält bereits einige Schadstoffe, für die ein Herstellungs- und Verwendungsverbot gilt, wenn es keine spezifischen Ausnahmeregelungen gibt. Bereits 2009 wurden die Anhänge des Übereinkommens erweitert, nun soll Endosulfan ebenfalls aufgenommen werden. Die Konferenz der Vertragsstaaten ent-

scheidet nach Risikoprüfung, in welchen der drei Anhänge – A, B oder C – die neuen Substanzen aufgelistet werden sollen. Je erheblicher die potenziellen Schädigungen der menschlichen Gesundheit oder der Umwelt sind, desto eher wird der Stoff in Anhang A, der höchsten Gefährungskategorie, gelistet.

In inzwischen 60 Ländern und der EU ist Endosulfan – das als sehr giftig und gefährlich eingestuft ist – zwar verboten. Doch das auch für Menschen bei unsachgemäßem Gebrauch akut toxische Pestizid wird weiter hergestellt, unter anderem in Indien von Bayer CropScience. Auch in Brasilien wird es weiter verwendet. Das Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN) und andere Umweltverbände fordern seit Jahren ein vollständiges Verbot. Immer wieder kommt es zu Todes- und Vergiftungsfällen bei den AnwenderInnen, auch Missbildungen bei Kindern kommen vor. [jg]

► www.eu-koordination.de (EU-News – 23.02.2011)

Gefährliche Chemikalien

Weltweit viele Erkrankungen

■ Eine aktuelle Studie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat die Zahl durch Chemikalien bedingter Krankheiten und Todesfälle untersucht. Danach beträgt der Anteil der durch bestimmte bereits weltweit untersuchte Chemikalien ausgelösten Erkrankungen 5,7 Prozent, gemessen an der Gesamtzahl der Erkrankungen. Ihr Anteil an Todesfällen beträgt 8,3 Prozent. Die Studie berechnet die Zahlen mit dem sogenannten DALY-Konzept, das die durch Krankheit beeinträchtigten Lebensjahre (in disability-adjusted life years) weltweit hochrechnet.

Die Studie fasst alle erhältlichen Informationen zur weltweiten Krankheitsbelastung durch Chemikalien zusammen, die über die Luft, das Wasser, die direkte Nahrungsaufnahme oder berufsbedingt aufgenommen werden. Der größte Teil der Erkrankungen wird durch Luftverschmutzung ausgelöst. Der Anteil von Krankheiten durch landwirtschaftliche

und industrielle Chemikalien beträgt weltweit 1,7 Prozent, der Anteil der Todesfälle zwei Prozent.

Die Studie erfasst lediglich die gesundheitlichen Auswirkungen einer begrenzten Anzahl von Chemikalien, etwa solcher, die akute Vergiftungen hervorrufen, Lungenkrebs erregen oder berufsbezogene Erkrankungen auslösen. Zudem listet sie die Folgen von Pestiziden, Fluoriden, Blei, Quecksilber, Asbest und Arsen auf. Die Belastung durch weitere Chemikalien, die noch nicht weltweit bewertet werden können, bleibt unbekannt. [fl]

► www.ehjournal.net/content/10/1/9

Luftqualität

Strenge Feinstaubwerte können Leben retten

■ Eine Studie des europäischen Aphekom-Projekts hat untersucht, inwiefern eine Reduzierung des Grenzwertes für extrem kleinen Feinstaub Einfluss auf die Lebensqualität hat. Laut den Studienergebnissen könnte die Lebenserwartung der über 30-Jährigen um bis zu 22 Monate verlängert werden, wenn die von der Weltgesundheitsorganisation vorgeschlagenen Grenzwerte von zehn Mikrogramm Feinstaub in der Größe von höchstens 2,5 Mikrometern (PM_{2,5}) pro Kubikmeter Luft eingehalten würden. Das berichtete der Umweltinformationsdienst ENDS Europe Daily Anfang März. Die Überschreitung dieser Werte führe zu 19.000 Todesfällen, davon mehr als 15.000 durch Herz-Kreislauf-Erkrankungen bedingte. Eine Einhaltung der WHO-Grenzwerte würde Kosten von 31,5 Milliarden Euro einsparen.

Die WissenschaftlerInnen stellten auch einen Zusammenhang zwischen Verkehrsbelastungen und Krankheiten wie chronischen Herz- und Lungenerkrankungen bei über 65-Jährigen sowie Asthmafällen bei unter 17-Jährigen her. Demnach können beispielsweise in Barcelona über 30 Prozent der Herz- und Lungenerkrankungen sowie etwa 23 Prozent der Asthmafälle mit dem

Leben an viel befahrenen Straßen in Verbindung gebracht werden. 15 bis 30 Prozent aller neuen Asthmafälle bei Kindern und Jugendlichen und akute Verschlechterungen chronischer Lungenerkrankungen bei Älteren sind auf die Belastungen an viel befahrenen Straßen zurückzuführen. [jg]

- www.aphekom.org
- Zusammenfassung der Ergebnisse:
www.endseurope.com/docs/110302b.pdf

Feinstaubmessung

Leitlinien für Vulkanasche und Winterdienst

■ Die EU-Kommission hat Kriterienkataloge für die Einberechnung von negativen Effekten auf die Luftqualität durch natürliche Ursachen wie Vulkanausbrüche oder durch die Winterstreudienste erarbeitet. Die EU-Mitgliedstaaten dürfen bei der Meldung von Grenzwertüberschreitungen unter bestimmten Umständen natürliche Ursachen von der Luftbelastung abziehen. Die neuen Leitlinien enthalten sechs Schlüsselkriterien, die dabei zu beachten sind, darunter der Nachweis, dass es sich nicht um indirekt oder direkt durch menschliche Aktivitäten verursachte Effekte handelt. Außerdem soll für jeden Stoff einzeln nachgewiesen werden, dass die Überschreitung natürliche Ursachen hat. Dabei geht es unter anderem um Feinstaub in der Größe von 10 und 2,5 Mikrometern sowie um Schwefeldioxid und Kohlenmonoxid.

Auch für die durch das Streuen und Salzen im Winter hervorgerufene Luftbelastung mit Feinstaub und Natriumchlorid gibt es neue Leitlinien. Danach können die Überschreitungstage nach Abzug der winterlich bedingten Belastungen reduziert werden. Beispielsweise wurden aus den 75 Tagen Grenzwertüberschreitung in der Völkermarkter Straße der Stadt Klagenfurt im Winter 2005 noch 66 Tage – was allerdings immer noch zu viel ist. [jg]

- www.eu-koordination.de (EU-News – 22.02.2011)

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Hunger und Klimawandel

Agrarindustrie ist nicht die Lösung, sondern das Problem

■ Oxfam hat eine grundlegende Reform der Nothilfe in Nahrungsmittelkrisen gefordert. Der bisherige Ansatz zur Hilfe sei überholt, erklärte die Hilfsorganisation Ende Februar zum Beginn der Verhandlungen für eine neue Nahrungsmittelhilfekonvention in London. Die Neufassung soll ab 2012 gelten. Oxfam fordert eine Verbesserung kleinbäuerlicher Produktion und Maßnahmen zur Bewältigung der Preisschwankungen auf den Weltagarmärkten. Statt Nahrungsmittelüberschüsse aus Ländern wie den USA zu schicken, müssten Hungernde schnell mit Geldleistungen unterstützt werden, damit sie die durchaus vorhandenen Lebensmittel auf lokalen Märkten selbst kaufen könnten.

Die Lebensmittelpreise sind nach Angaben der Weltbank zwischen Oktober 2010 und Januar 2011 um 15 Prozent gestiegen. Zu den Ursachen zählt nach Ansicht von Experten der Klimawandel. Auch die derzeitigen Aufstände im arabischen Raum seien zu einem Teil auf steigende Lebensmittelpreise infolge veränderter Umweltbedingungen zurückzuführen. Die Ausbreitung von Pflanzenkrankheiten und Lebensmittelvergiftungen aufgrund des wärmeren Klimas stellten weitere Gefahren für die Nahrungsmittelversorgung dar, berichtete das Magazin Telepolis. Zudem erhalte die Nahrungsmittelversorgung immer mehr Konkurrenz: Ein Drittel der weltweiten Getreideproduktion werde zu Tierfutter verarbeitet, weitere elf Prozent zu Agrartreibstoffen. Der weltweite Hunger steige trotz wachsender Produktion.

Der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Olivier De Schutter, fordert in seinem Anfang März vorgelegten Jahresbericht, Welthunger und Klimawandel durch einen kompromisslosen Umstieg auf ökologischen Landbau zu bekämpfen. Umfangreiche Feldversuche in

sezt
Stiftung Entwicklungszusammenarbeit
Baden-Württemberg

Messe Stuttgart
Mitten im Markt

FAIR HANDELN

**Internationale Messe für
Fair Trade und global verantwortungsvolles Handeln**



Von A wie Afrika bis Z wie Zertifizierung

Unser Verhalten und Handeln – als Individuen wie als Gesellschaft – hat weitreichende Auswirkungen auf andere Menschen und auf die Natur. Globale Herausforderungen fordern zu einer breiten gesellschaftlichen Auseinandersetzung und zu einem nachhaltigen und fairen Handeln auf, global wie lokal.

Ausstellungsbereiche:

- Fairer Handel
- Nachhaltiger Tourismus
- Nachhaltiges Finanzwesen
- Entwicklungszusammenarbeit
- Corporate Social Responsibility (CSR)

**Global denken –
verantwortungsbewusst handeln!**

14. – 17. April 2011

www.fair-handeln.com

Vorverkauf KombiTickets:
Zahlreiche Toto-Lotto- und DB-Verkaufsstellen, alle Ticketautomaten der U- und S-Bahn-Haltestellen, Easy-Ticket-Service und www.messe-stuttgart.de/vorverkauf

Messe Stuttgart Öffnungszeiten:
Do. 14 bis 22 Uhr, Fr. – So. 10 bis 18 Uhr

Entwicklungsländern hätten gezeigt, dass mit biologischen Verfahren die Nahrungsmittelproduktion in zehn Jahren verdoppelt oder verdreifacht werden könne, sagte De Schutter der Agentur IPS. Ökolandbau komme ohne teure Chemie und Hybridsaat aus, binde CO₂ im Boden und eigne sich besonders für Kleinproduzenten, die die Mehrheit der Hungernden stellten. Die industrielle Landwirtschaft ist dagegen nach Untersuchungen der Entwicklungsorganisation Grain völlig von fossiler Energie abhängig, zerstört die Böden und ist extrem klimaschädlich. Ähnlich hatten bereits im Februar Agrarexperten auf der BioFach-Messe in Nürnberg argumentiert.

Auch der Bericht „Zur Lage der Welt 2011“ des führenden US-Umweltinstituts Worldwatch weist in die gleiche Richtung: „Lokal angepasste, einfache und ökologisch nachhaltige Innovationen in der Landwirtschaft sind ein Schlüssel zum Abbau von Armut und Hunger.“ Die deutsche Ausgabe des Reports wurde Mitte März in Berlin vorgestellt. Der Bericht plädiert zudem für Investitionen in Agroforstsysteme, mehr Sortenvielfalt und die Wiederbelebung der agrarökologischen Forschung. [sg, mb]

- ▶ www.kurzlink.de/oxfam-2011
- ▶ www.telepolis.de/blogs/2/149337
- ▶ www.kurzlink.de/de-schutter-ips
- ▶ www.kurzlink.de/biofach-tageszeitung
- ▶ www.kurzlink.de/worldwatch-2011-de

Megastaudamm

Kurze Freude über Baustopp

■ Ein Bundesgericht in Brasilien hat Anfang März einen erst wenige Tage alten Baustopp für das Wasserkraftwerk Belo Monte im Amazonasgebiet für nichtig erklärt. Der Richter argumentierte, zum Baubeginn müssten noch nicht alle Umweltauflagen erfüllt sein. Die Bauarbeiten für das drittgrößte Wasserkraftwerk der Welt am Fluss Xingú gehen nun weiter. Ein Großauftragnehmer ist der österreichische Turbinenbauer Andritz AG. Die brasilianische Regierung unter Präsidentin Dilma Rousseff sieht Belo Monte als ein Schlüssel-

Was können Präsidenten tun?

Die arabischen Proteste zielen auf mehr Demokratie, aber auch auf Wohlstand. Doch selbst demokratische und gerechte Regierungen können nicht ändern, dass die Ressourcen und die Tragfähigkeit der Erde begrenzt sind, sagt Saral Sarkar.

Seit dem vergangenen Dezember finden in mehreren arabischen Ländern aufstandsähnliche Demonstrationen von Tausenden unzufriedener Menschen statt. In Libyen ist es zu einem regelrechten bewaffneten Aufstand gekommen. In allen diesen Ländern herrschten oder herrschen Präsidenten oder Monarchen despotisch. Auch die Präsidenten herrschen de facto auf Lebenszeit. Wahlen, wenn es sie überhaupt gibt, werden manipuliert. Unterdrückung der Oppositionsparteien und Dissidenten ist die Regel. Korruption ist allgegenwärtig.

Allerdings hätten die politischen Missstände allein für die Aufstände nicht ausgereicht. Es sind die ökonomischen Missstände, die für die Revolten ausschlaggebend waren: Seit einiger Zeit steigen die Preise von Grundnahrungsmitteln und anderen Lebensnotwendigkeiten wie Benzin. Für die Unterschicht, aber auch für die untere Mittelschicht ist das unerträglich, besonders für die unzähligen Arbeitslosen. Aus diesem Grund hat es auch in der Vergangenheit schon schwere Unruhen gegeben.

Auch bei den aktuellen Unruhen spielt die hohe Jugendarbeitslosigkeit eine besondere Rolle. In Ägypten ist zum Beispiel die Hälfte der Bevölkerung jünger als 30 Jahre und 90 Prozent der Arbeitslosen gehören zu dieser Gruppe. Für die meisten jungen Menschen gibt es keinen Job, keine Wohnung, kein Geld und kein Ausblick. Die Aussichten sind düster. Viele wollen nach Europa. Anders als bei früheren Unruhen gibt es diesmal einen Zusammenhang zwischen den beiden Ursachengruppen. Denn die Demonstranten hoffen, dass eine bessere, demokratische Regierung ihre materielle Lage verbessern wird.

Doch es muss bezweifelt werden, dass diese Hoffnung realistisch ist. Nicht jeder Politiker ist korrupt, und nicht jeder wird korrupt, wenn er an die Macht kommt. Selbst ein hundertprozentig integrierter Präsident, der sogar ein Freund der Unterschicht ist, kann nichts Wesentliches tun, um deren materielle Lage zu verbessern. Ein Beispiel ist Evo Morales, Präsident von Bolivien. Seine Regierung musste

im letzten Dezember den Benzin- und Dieselpreis erhöhen, weil die hohen Subventionen nicht mehr tragbar waren. Prompt gab es Protest. Menschen, die ihn ein Jahr zuvor mit großer Mehrheit gewählt hatten, gingen auf die Straße, demolierten gar Regierungsgebäude. Morales musste schließlich die Preiserhöhungen rückgängig machen.

Aber im Zeitalter von Peak Oil, bei steigenden Rohöl-, Erdgas- und Kohlepreisen kann keine Regierung mehr die Energiepreise auf Dauer hoch subventionieren. Steigende Energiepreise sind auch einer von mehreren Faktoren, die unausweichlich die Lebensmittelpreise in die Höhe treiben. Ein weiterer Faktor, der es unmöglich macht, die Probleme im Sinne der Aufständischen zu lösen, ist die steigende Bevölkerungszahl. In Ägypten leben 85 Millionen Menschen und die Bevölkerungszahl wächst jährlich um 1,9 Prozent. In Bolivien wächst sie um die gleiche Rate. Sinnvolle Arbeitsplätze für eine steigende Anzahl von teils akademisch ausgebildeten jungen Menschen zu schaffen ist besonders schwierig in einer Zeit, in der in den meisten Ländern die Wirtschaft stagniert. Aber bezogen auf die gesamte Menschheit ist auch die Tragfähigkeit der Erde begrenzt. Ja, sie ist längst überschritten. Auch ein „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, die Vision von Evo Morales, kann diese Realitäten nicht aus der Welt schaffen.

Die fetten Jahre sind vorbei – die Griechen, die Iren, die Briten, die Amerikaner und viele andere spüren es schon. Das Gros der Einwohner der unterentwickelten Länder wird sie nie erleben. Freiheit, Demokratie, eine gerechte Gesellschaft sind Ideale, die wir hegen sollen, aber ohne sie mit Wohlstandserwartungen zu verbinden.

Saral Sarkar lebt als Publizist für politische Ökonomie in Köln. 2009 erschien von ihm „Die Krisen des Kapitalismus: Eine andere Studie der politischen Ökonomie“.

Kontakt:
E-Mail: saralsarkar@t-online.de

projekt für die ökonomische Entwicklung des Landes. Das Kraftwerk soll umgerechnet rund 8,5 Milliarden Euro kosten und ab 2015 bis zu elf Gigawatt Strom liefern. Ein Bündnis von Umweltschützern, Menschenrechtlern, katholischen Kirchenvertretern und Ureinwohnern befürchtet die Zerstörung der Umwelt und der Lebensgrundlagen der Indianer und protestiert seit Jahren vehement gegen das Projekt. [mb]

► www.dka.at/?belomonte_start

Ölindustrie

Chevron in Ecuador verurteilt

■ Der US-Ölkonzern Chevron ist im Februar nach fast 20-jährigem Rechtsstreit von einem ecuadorianischen Gericht zu einer Geldstrafe von über acht Milliarden Dollar verurteilt worden. Eine Umweltorganisation hatte im Namen von 30.000 EcuadorianerInnen geklagt. Sie warf dem Konzern Texaco, der 2001 von Chevron gekauft wurde, die Verantwortung für schwere Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden vor. Texaco verließ Ecuador 1992 nach rund 30 Jahren Förderung und hinterließ Hunderte offene Ölbassins.

Die Strafzahlung soll dem Aufbau eines Gesundheitssystems für die Betroffenen, der Reinigung des verseuchten Bodens und dem Schadensersatz dienen. Außerdem wurde Chevron verpflichtet, sich in Zeitungsanzeigen zu entschuldigen. Die Umweltorganisation Klima-Bündnis begrüßte die Entscheidung des Gerichts und sprach von einem historischen Urteil. Chevron bezeichnete das Urteil dagegen als „unrechtmäßig und nicht durchsetzbar“. Dass der Konzern tatsächlich zahlt, gilt als äußerst unwahrscheinlich. [hmp]

► www.kurzlink.de/chevron-umwelt

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de (Rundbriefe)

KLIMA & ENERGIE

Langfristige EU-Klimapolitik

Roadmap liefert Zündstoff

■ Anfang März hat die EU-Kommission ihre sogenannte Klima-Roadmap für eine CO₂-arme Wirtschaft bis 2050 präsentiert. Sie soll die EU auf den richtigen Weg bringen, um 80 Prozent ihrer Treibhausgasemissionen bis 2050 einzusparen. Dafür sieht die Roadmap als kosteneffizienteste Lösung vor, dass die EU ihre Emissionen bis 2020 um 25 Prozent gegenüber 1990 reduziert. Bisher hatten sich die EU-Mitgliedstaaten nur auf 20 Prozent geeinigt.

Die weitergehenden Reduktionen sollen vor allem durch die Umsetzung des gleichzeitig veröffentlichten Energieeffizienzplans erreicht werden (siehe Beitrag rechts). Außerdem sieht die Strategie der Kommission vor, Zertifikate aus dem Emissionshandelssystem stillzulegen, damit dieses – trotz der angesparten Zertifikate der Industrie aufgrund der Wirtschaftskrise und trotz Effizienzsteigerungen – nach 2012 ein effektives Klimaschutzinstrument bleibt. Die Roadmap nennt aber keine Zahlen. Nach Ansicht von Nichtregierungsorganisationen müssten mindestens 1,4 Milliarden Zertifikate gelöscht werden.

Die Roadmap geht davon aus, dass der Energiesektor bis 2050 so gut wie CO₂-frei ist. Dabei sollen sogenannte CO₂-arme Technologien eine zentrale Rolle spielen. Der Begriff schließt allerdings auch umstrittene Technologien wie die CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) und die Atomenergie ein. Im Verkehrsbereich sind Einsparungen zwischen 54 und 67 Prozent vorgesehen. Eine für den Herbst geplante Energie-Roadmap 2050 und ein „Weißbuch Verkehr“, das noch für den März angekündigt war, sollen detaillierte Pläne darüber liefern, wie diese Ziele erreicht werden können. Im Agrarsektor berücksichtigt die Roadmap nur Nicht-CO₂-Emissionen wie Methan und Lachgas, die bis 2050 fast halbiert werden sollen. [am]

► www.kurzlink.de/lowcarbonrm2050

Energieeffizienz

EU-Plan ohne Aktion

■ Zusammen mit der Klima-Roadmap (siehe Beitrag links) hat die EU-Kommission Anfang März ihren Energieeffizienzplan vorgestellt. Das Dokument, das nicht mehr wie zuerst vorgesehen das Wort „Aktion“ im Titel trägt, listet Maßnahmen auf, mit denen die EU ihr Ziel erreichen will, 20 Prozent am Energieverbrauch bis 2020 einzusparen. Berechnungen der Kommission hatten ergeben, dass die bisherigen Maßnahmen nur etwa neun Prozent Ersparnis bringen können.

Der Energieeffizienzplan sieht eine starke Rolle beim Staat, der als Auftragsgeber Effizienzkriterien vorschreiben und jährlich mindestens drei Prozent des öffentlichen Gebäudebestands energetisch sanieren soll. Wie auch für den großen Bestand privater Gebäude Anreize geschaffen werden können, lässt der Plan weitgehend offen und sieht hier die Mitgliedstaaten in der Pflicht. Die Kommission ermutigt diese jedoch, sogenannte Weiße Zertifikate einzuführen. Das System, das bereits in einigen EU-Staaten existiert, weist Energieversorgern eigene Einsparziele zu. Für jede Einheit eingesparter Energie erhalten sie dann handelbare Zertifikate. Verbindliche nationale Effizienzziele beinhaltet der Plan nicht (siehe auch Interview S. 15).

Europäische Umweltverbände kritisierten den Effizienzplan scharf. Dass selbst die Generaldirektion Energie der Kommission nicht davon ausgeht, dass der Plan das Erreichen des Energieeffizienzziels garantiert, liefert den Verbänden eine Steilvorlage für ihre vernichtenden Urteile, zumal die Klima-Roadmap dem Plan eine zentrale Rolle zum Erreichen der erhöhten Reduktionsziele zuweist. Das Klimaaktionsnetzwerk CAN Europe nannte den Plan „extrem schwach“ und gab dafür Energiekommissar Günther Oettinger die Verantwortung. Das Europäische Umweltbüro (EEB) sprach von einem „Plan mit wenig Richtung und ohne Aktion“. [am]

► www.kurzlink.de/eep-08032011

► www.caneurope.org (Home – 08 March 2011)

► www.eeb.org (News – March 8, 2011)

EU-Emissionshandel**Bedingungen für Flugverkehr**

■ Die Europäische Kommission hat Anfang März die Berechnungsgrundlage für die Einbeziehung des Flugverkehrs in das EU-Emissionshandelssystem bekannt gegeben. 2012 soll der Sektor demnach rund 213 Millionen Zertifikate erhalten. Das entspricht 97 Prozent der durchschnittlichen historischen Emissionen des Sektors im Referenzzeitraum von 2004 bis 2006. Von 2013 bis 2020 soll die Emissionsobergrenze für den Flugverkehr bei 95 Prozent der historischen Durchschnittsemissionen liegen. [ej]

► www.kurzlink.de/flugverkehr-ets-com

Klima und Wirtschaft**Klimaschutz zahlt sich aus**

■ Ende Februar hat das Bundesumweltministerium (BMU) eine Studie über ökonomisches Wachstum in einer CO₂-armen Wirtschaft veröffentlicht. Danach würde die EU-weite Senkung der CO₂-Emissionen um 30 Prozent bis 2020 zu einer Wiederbelebung der europäischen Wirtschaft durch gewaltige Investitionen in grüne Technologien führen. Das aktuelle EU-Ziel ist eine Emissionsreduktion um 20 Prozent bis 2020, ausgehend von dem Niveau von 1990. Laut der Studie würde eine Aufstockung auf 30 Prozent das jährliche Wirtschaftswachstum um 0,6 Prozent erhöhen und sechs Millionen zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.

Kurz vor der Veröffentlichung der BMU-Studie hat auch das Klima-Aktionsnetzwerk CAN in einer Studie die Notwendigkeit eines 30-prozentigen Emissionsreduktionsziels für die EU aufgezeigt. Dies würde das Wirtschaftswachstum ankurbeln, neue Jobs schaffen, Innovationen fördern und zu besserer Energiesicherheit in Europa beitragen (siehe S. 7). [fl]

► Studien von BMU und CAN (PDF, je 1,7 MB):
www.kurzlink.de/bmustudie
www.kurzlink.de/can-dt-30proz0211

EU-Energieministerrat**Gegen stärkere Effizienzziele**

■ Bei ihrem Treffen Ende Februar in Brüssel haben sich die EU-Energieminister Ende Februar über die europäische Energiestrategie bis 2020 verständigt. Sie folgten dabei weitestgehend den Vorschlägen der EU-Kommission vom November.

Der Energieeffizienz komme in der Energiestrategie EU eine Schlüsselrolle zu, betonte der Ministerrat, ging jedoch nicht über das Ziel einer Energieeinsparung von 20 Prozent hinaus. „Die Setzung zusätzlicher Ziele ist momentan nicht gerechtfertigt“, heißt es dazu im Abschlussdokument. Die Mitgliedstaaten wollen nach eigenen Angaben mit der Festlegung auf verbindliche Ziele warten, bis eine einheitliche Methode zur Messung von Einspareffekten erarbeitet ist. Die Umsetzung der Energiestrategie soll 2013 überprüft werden. Dann sollen gegebenenfalls weitere Maßnahmen beschlossen werden.

Die Minister einigten sich außerdem darauf, die Integration des europäischen Energiemarktes voranzubringen. Zudem beschlossen sie einen weiteren Ausbau der Infrastruktur für Strom, Gas sowie Öl. Auf die in den letzten Monaten diskutierte Harmonisierung der nationalen Erneuerbare-Energien-Gesetze verzichteten die Regierungsvertreter zugunsten eines verbesserten Austauschs über Best-practice-Maßnahmen. [em]

► www.kurzlink.de/resminrat
 ► Energiestrategie: www.kurzlink.de/estrat

Biomasseförderung**Streit um Energiepflanzen**

■ Nach einer Studie der Umweltstiftung WWF hat die Förderung von Biomasse über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in den letzten fünf Jahren deutschlandweit zu einem rapiden Anstieg des Anbaus von Energiemais geführt. Dies sei schädlich für Wasser, Artenvielfalt und Boden und gefährde die internationalen Biodiversitätsziele. Der NABU kritisierte,

Energiemais sei damit einer der Haupttreiber des klimaschädlichen Umbruchs von Grünland.

Interessenvertreter der Biogaswirtschaft wiesen die Vorwürfe zurück. Sie sehen die Verantwortung bei der Massentierhaltung. Diese verschärfe die Konkurrenz um Flächen. In einem Brief an den Bundesumweltminister Norbert Röttgen forderte der Bundesverband Biogene und Regenerative Kraft- und Treibstoffe (BBK) eine „Versachlichung“ der Debatte und argumentierte, das Potenzial von Reststoffen sowie landwirtschaftlichen Exkrementen werde weit überschätzt. Das politische Ziel, bis 2030 jährlich 20 Millionen Kubikmeter Biogas in die Leitungen einzuspeisen, könne ohne Energiepflanzenanbau nicht erreicht werden.

Die Debatte wird vor dem Hintergrund der anstehenden Novellierung des EEG geführt. Umweltschutzorganisationen fordern, dass die „falschen Anreize“ für den Anbau von Energiepflanzen im Zuge der Neuformulierung geändert werden. Vor allem müsse Biogas Nachhaltigkeitsregeln unterworfen werden, wie das bei Biokraftstoffen der Fall sei, erklärte der WWF. Der NABU forderte, Biomasse künftig nur noch über einen Umweltbonus für den Anbau von Mischkulturen und Klee gras sowie einen Reststoffbonus für Bioabfälle und Exkremente zu fördern. [am]

► www.kurzlink.de/wwf-biogas-220211
 ► www.nabu.de (Pressemitteilungen – 16.02.2011)
 ► www.kurzlink.de/bbk-brief-170211

Agrosprit**Chaos bei Einführung von E10**

■ Im Februar ist das neue Benzin E10 mit einem zehnprozentigen Anteil an sogenanntem Biosprit in Deutschland eingeführt worden. Die Einführung geht auf eine EU-Richtlinie zurück. Diese schreibt vor, die Treibhausgasemissionen von Kraftstoffen um zehn Prozent zu reduzieren, überlässt aber die Wahl der Instrumente den Mitgliedstaaten. Die VerbraucherInnen nehmen den neuen Kraftstoff allerdings ►

„Der EU-Energieeffizienzplan ist ambitionslos und schadet innovativen Unternehmen“

Elf Prozentpunkte fehlen der EU an ihrem Ziel von 20 Prozent Energieeinsparung bis 2020. Doch ihr Maßnahmenplan enthält keine verbindlichen Ziele. Dabei sind beim Energiesparen alle gefragt: die EU, die einzelnen Mitgliedstaaten und die VerbraucherInnen. Das sagt Christian Noll von der Deutschen Unternehmensinitiative Energieeffizienz (Deneff).

umwelt aktuell: Herr Noll, die EU hat ihren lang erwarteten Energieeffizienzplan veröffentlicht. Was steht drin und erreicht sie damit ihr Ziel von 20 Prozent Energieeinsparung bis 2020?

Christian Noll: Die spannendere Frage lautet: Was hätte drin sein können? Vom ersten bekannt gewordenen Entwurf an hat die Kommission das Papier immer weiter verwässert. Erst 2013 will Energiekommissar Oettinger nun in Erwägung ziehen, verbindliche Energieeinsparziele festzuschreiben. Im letzten Schritt wurde sogar noch Brüssels eigene Vorbildrolle bei der Sanierung der EU-Gebäude gestrichen. Immerhin steht noch drin, dass die öffentliche Hand künftig jährlich drei Prozent ihrer Gebäude sanieren soll – allerdings mit sehr schwammigen Vorgaben. Daneben will die Kommission nationale Einsparverpflichtungen für Energielieferanten vorschlagen und uns mit intelligenten Stromzählern beglücken. Das ist aber alles nichts Neues und kaum ausreichend, um die noch fehlenden elf Prozent zum 2020-Ziel wettzumachen.

Wie verbindlich ist denn dieser Plan?

Der Plan muss noch rechtlich umgesetzt werden: zunächst im Rahmen der Energiedienstleistungsrichtlinie, die zeitgleich zu einer Effizienzrahmenrichtlinie ausgebaut werden soll. Ob hier zusätzliche und verbindlichere Maßnahmen kommen, bleibt leider nur zu hoffen. Zudem haben sich die Bundesregierung und die anderen EU-Regierungen schon mit der Umsetzung der bestehenden Richtlinie mehr als schwergetan – das Gleiche gilt für diverse Appelle an die Vorbildrolle der öffentlichen Hand. Jetzt scheint es, dass sich die Kommission bei Vorgaben an die Mitgliedstaaten ganz zurückziehen will.

Wie ambitioniert ist ein Energieeffizienzaktionsplan, aus dem zwischendurch das Wort „Aktion“ klammheimlich gestrichen wurde?

Aus Sicht der Energieeffizienzbranche, aber auch für energieintensive Mittelständler wird Energieeffizienz zum Überlebensfaktor im globalen Wettbewerb. Während China und Südkorea ambitionierte Pakete zur Verbesserung ihrer Energieproduktivität schnüren, gehen Europa der Mut und die Ideen aus. Der

Erfolg der erneuerbaren Energien hat eindrucksvoll gezeigt, wie wichtig zuverlässige Zielvorgaben und Instrumente sind, um lukrative Märkte für grüne Technologien zu schaffen. Der Energieeffizienzplan ist in diesem Sinne nicht nur ambitionslos, er schädigt sogar innovative Wachstumsträger, die schon viel zu lange auf verbindliche politische Unterstützung warten.

Welche Ziele verfolgt die Deneff, um wenigstens Deutschland energieeffizienter zu machen?

Mit ihrem aktuellen Energiekonzept hat sich die Bundesregierung vorgenommen, einen Sanierungsfahrplan umzusetzen, der den Energiebedarf des Gebäudebestandes bis 2050 um 80 Prozent senkt. Dazu müssen eine ganze Menge größerer und kleiner Räder gedreht werden, wobei wir die Bundesregierung konstruktiv unterstützen wollen. Zuerst muss die Frage beantwortet werden, wie die notwendigen Sanierungsmaßnahmen finanziert werden können – das ist das diesjährige Schwerpunktthema der Deneff. Neben dem Gebäudebereich wollen wir unsere Aktivitäten auch auf Energieeffizienz in der industriellen Produktion ausweiten. Und natürlich wollen wir auch als Initiative weiterwachsen. Aus den zehn Unternehmen, die im November letzten Jahres die Deneff gegründet haben, sind inzwischen rund 30 geworden. Bis Jahresende wollen wir eine breite Basis von Vorreiterunternehmen aus allen Bereichen der Energieeffizienzbranche vertreten, um diesem wichtigen Wirtschaftszweig eine starke politische Stimme zu geben.

Effizienzsteigerung kann durch Mehrverbrauch wieder aufgeessen werden. Wie kann man den sogenannten Rebound-Effekt verhindern?

Mit Effizienzmaßnahmen allein können wir die globalen Verbrauchstrends nicht komplett umkehren. Es wäre jedoch fatal, hieraus den Schluss zu ziehen, dass wir uns darum Effizienzmaßnahmen sparen könnten – denn dann explodierten die Verbräuche erst recht. Auch die Vorstellung, dass der Verbraucher die eingesparte Kilowattstunde direkt und bewusst in die Anschaffung zusätzlicher Geräte investiert, ist absurd. Wäre ein solches Energiebewusstsein vorhanden,

müssten wir uns über zusätzliche Instrumente weniger Gedanken machen. Wenn wir es geschafft haben, die Effizienzdiskussion in diesen Fragen zu versachlichen, müssen wir uns überlegen, wie wir den noch schwierigeren Begriff der Suffizienz vermarkten können. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Klimakochbuch, das zeigt, wie der Schutz von Klima und Ressourcen mit Spaß und Genuss funktionieren kann.

Was können VerbraucherInnen selbst tun?

Darüber informieren unzählige Ratgeber und Einkaufsführer. Mit mäßigem Erfolg. Auch in den Energieverbrauch von Gebäuden spielt Verbraucherverhalten nicht unerheblich hinein. Selbst im Niedrigenergiehaus kann, wer will, ungestraft zum Fenster hinaus heizen. Aber auch zur Senkung des theoretischen Energiebedarfs eines Gebäudes will niemand von uns die Energiepolizei auf den Plan rufen. Die Politik muss attraktive Marktbedingungen für Dienstleistungen schaffen, die Effizienzlösungen zum Verbraucher bringen. Wir träumen da – auch das muss erlaubt sein – von Rundum-sorglos-Paketen, die es dem Einzelnen so leicht wie möglich machen, die für ihn optimale Kombination von Effizienzmaßnahmen und Erneuerbaren empfohlen, geplant, finanziert und umgesetzt zu bekommen. Wer keinen Dreck und Handwerkerlärm im Haus haben will, kann den Öko-Urlaub gleich mitbuchen. Die Politik kann also noch viel tun, damit Herr und Frau Verbraucher so wenig wie möglich tun müssen, um keine Energie mehr zu verschwenden.

[Interview: Juliane Grüning]

Der Kommunikationswirt Christian Noll ist Mitinitiator und geschäftsführender Vorstand der Deutschen Unternehmensinitiative Energieeffizienz (Deneff) mit Sitz in Berlin. Zuvor war er BUND-Effizienzexperte.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30/21232517,
E-Mail: christian.noll@
deneff.org,
www.deneff.org



bisher nicht an, weshalb seit Anfang März eine politische Debatte über das Thema geführt wird. Im Zentrum steht dabei, welche Fahrzeugtypen E10 vertragen. Umweltverbände sehen die Zurückhaltung der VerbraucherInnen allerdings auch in der zweifelhaften Umweltbilanz begründet. Dies blende die Bundesregierung aber bisher aus und habe deshalb keine Umweltorganisationen zu ihrem sogenannten Benzingipfel Anfang März eingeladen, kritisierte der NABU. Hintergrund des Chaos sei das Versäumnis, über einfache Maßnahmen wie eine streng am Verbrauch orientierte Kfz-Steuer oder ein Tempolimit die Emissionen im Verkehr zu senken. [am]

► www.nabu.de (Pressemitteilungen – 08.03.2011)

CO₂-Speicherung

Streit um Gesetzentwurf

■ Ende Februar hat die Bundesregierung einen neuen Gesetzentwurf zur Abscheidung und Verpressung von Kohlendioxid (CCS) veröffentlicht. Das Gesetz soll die unterirdische Speicherung des Treibhausgases in Deutschland regeln. Nach dem Entwurf können die Bundesländer durch Landesgesetze Gebiete bestimmen, in denen die Erprobung und Demonstration der CO₂-Endlager zulässig sind. Sie können aber auch eine CO₂-Verpressung ausschließen, sofern die Nutzung anderer energetischer Optionen – zum Beispiel Druckluftspeicher, Geothermie oder Erdgasförderung – sowie geologische Besonderheiten oder das Wohl der Allgemeinheit dieser entgegenstehen. Eine formalrechtliche Ausstiegsklausel („Opt-out“-Regelung), wie sie etwa von Schleswig-Holstein und Niedersachsen gefordert wird und den Ländern von Bundesumweltminister Norbert Röttgen mehrfach zugesagt wurde, ist im Gesetzentwurf jedoch nicht enthalten.

Während im Bundestag eine Mehrheit für den Gesetzentwurf sicher erscheint, droht dieser, wie schon der erste Entwurf im Jahr 2009, im Bundesrat zu scheitern. Insbesondere die CDU/FDP-regierten Bundesländer Niedersachsen

CO₂-Verpressung auf dem Rückzug

Bei der CO₂-Abscheidung und -Speicherung wollte das Braunkohleland Brandenburg wirtschafts- und klimapolitisch ganz vorn sein. Doch die Rechnung wurde ohne die Bürger gemacht. Es kommentiert René Schuster von der Grünen Liga.

Angela Merkel hatte das geplante Gesetz zur CO₂-Abscheidung und -Verpressung rechtzeitig vor der Bundestagswahl 2009 von der bundespolitischen Tagesordnung abgesetzt. Erst im Sommer 2010 legten die Bundesministerien einen neuen Referentenentwurf vor und hörten dazu Bundesländer und Verbände an. Seitdem führt die Frage, ob einzelne Bundesländer ihr Hoheitsgebiet von „carbon capture and storage“ (CCS) ausschließen können oder nicht, zu einem endlosen Tauziehen im Hintergrund. Die Presse verbreitet im Wochenrhythmus Gerüchte: Länderklausel ja – nein – doch – nein, doch nicht ... Bürgerinitiativen fordern, ganz Deutschland von der CO₂-Verpressung auszunehmen. Die EU-Richtlinie zu CCS würde das erlauben. Länder wie Schleswig-Holstein haben starken Bürgerprotest im Nacken, wollen in ihrem Hoheitsgebiet nicht verpressen müssen und fordern eine Länderklausel. Das Braunkohleland Brandenburg will dagegen unbedingt verpressen, aber damit nicht allein dastehen.

Für die Brandenburger Haltung sind zwei Gründe denkbar. Zum einen will die Landesregierung vielleicht bei Protesten gern mit dem Finger auf die Bundesregierung zeigen können. Zum anderen plant der Betreiber Vattenfall noch mehr als nur die Demonstrationsanlage mit Verpressung in Beeskow oder Neutrebbin, beides rund 60 Kilometer westlich Berlins gelegen. Der Konzern will danach auch ein kommerzielles Kraftwerk mit etwa 2.000 Megawatt Leistung bauen, für das weitere Endlager nötig wären. Vielleicht liegen die ja auch außerhalb von Brandenburg? Das Planverfahren zur Förderung der Kohle für dieses Kraftwerk hat bereits begonnen, die Lausitzer Dörfer Grabko, Atterwasch und Kerkwitz müssten dafür umgesiedelt werden.

Kurzzeitig schien das Tauziehen ein Ergebnis zu haben, als nicht länger nur „gut unterrichtete Kreise“ zitiert werden mussten, sondern Bundesumweltminister Norbert Röttgen selbst eine Einigung verkündete. Doch eine Art halbe Länderklausel fand niemand unter den Beteiligten rechtssicher genug, sodass der gefeierte Kompromiss Anfang

März erneut auf der Tagesordnung des Bundeskabinetts fehlte.

Der Widerstand der Bürgerinnen und Bürger ist über diese zwei Jahre nicht erlahmt. Er scheint eher noch zu wachsen. Angefeuert wurde der Protest durch ungeklärte Vorfälle in einem Verpressungsgebiet in Kanada und durch das wachsende Bewusstsein der Bürger dafür, dass die ganze norddeutsche Tiefebene mit potenziellen Endlagerstandorten gespickt ist. Auch in der Fachwelt nimmt die Skepsis zu. Die weltweiten Vorzeigeprojekte dienen meist nicht dem Klimaschutz, sondern sollen die Öl- oder Gasförderung steigern – wodurch sie auch ökonomisch ganz anders aufgestellt sind, als es reine Endlagerprojekte jemals sein können.

Selbst im CCS-Lobbyparadies Brandenburg sind nun Absatzbewegungen zu verzeichnen. Die regierende SPD, wegen deren Braunkohlepolitik das Bekenntnis zu CCS im Koalitionsvertrag steht, versucht abzutauchen und dem linken Wirtschaftsminister Ralf Christoffers die Drecksarbeit zu überlassen. Der ließ sich nicht lumpen und genehmigte den Hauptbetriebsplan zur Erkundung des möglichen Endlagers bei Beeskow. Rücktrittsforderungen aus den eigenen Reihen konnte er zwar beschwichtigen, aber die Landtagsfraktion musste der Parteibasis versprechen, man werde so hohe Hürden aufbauen, dass CCS in der Praxis nicht mehr zur Anwendung komme. Ob die aufgestellten Kriterien dafür ausreichen, ist umstritten. Aber ein Protest bei der Brandenburger SPD gegen dieses Versprechen blieb aus. Möglicherweise ist er selbst dort inzwischen ausgeträumt, der Traum von der ewigen Braunkohleliverstromung dank Zauberkraftwerk.

René Schuster von der Umweltgruppe Cottbus ist Vorstandsmitglied beim Netzwerk Grüne Liga. Er vertritt die Umweltverbände im Braunkohleausschuss des Landes Brandenburg.

Kontakt: E-Mail: umweltgruppe@web.de, www.lausitzer-braunkohle.de (Argumente – Klima/CCS)

und Schleswig-Holstein, in denen nach einer im Februar von Greenpeace veröffentlichten Studie der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe viele der potenziellen Endlagerstätten liegen, haben immer wieder ihre ablehnende Haltung zu CCS deutlich gemacht. Das rot-rot regierte Brandenburg fordert hingegen ein bundesweites CCS-Gesetz. Sollten die Nordländer eine Opt-out-Klausel durchsetzen, droht auch Brandenburgs Landesregierung mit Ablehnung (siehe Kommentar S. 16). [jgl]

- www.kurzlink.de/ccs-gesetzentwurf
- www.kurzlink.de/pot.ccs-standorte

Atomlaufzeiten I

Ausstieg aus dem Ausstieg aus dem Ausstieg?

■ Als erste Konsequenz aus der Atomkatastrophe in Japan, deren Folgen zum Redaktionsschluss noch nicht absehbar waren, hat die Bundesregierung Mitte März die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke zunächst für drei Monate ausgesetzt. Die Sicherheit aller deutschen AKW müsse in dieser Zeit vorbehaltlos überprüft werden. Die sieben deutschen Reaktoren, die vor 1980 gebaut wurden – Biblis A und B, Neckarwestheim I, Brunsbüttel, Isar I sowie Unterweser und Philippsburg I – werden demnach vorerst vom Netz genommen.

Die Fraktion der Grünen kündigte an, als Reaktion auf die Ereignisse in Japan einen Antrag im Bundestag einzubringen, der die Aufhebung der Laufzeitverlängerung und die sofortige Stilllegung der sieben ältesten AKW sowie des AKW Krümmel, das besonders anfällig sei, vorsieht.

In der Bevölkerung hat unterdessen die Nachfrage nach Ökostrom stark zugenommen. [am]

- www.kurzlink.de/br-akw-moratorium-03
- www.kurzlink.de/gruene-morat-140311
- Aktuelle Informationen: www.bund.net/atom
- Ticker: www.twitter.com/atomausstieg
- Ökostrom: www.atomausstieg-selber-machen.de

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Strahlungsgrenzwerte für Nahrungsmittel

Höher als nach Tschernobyl

■ Das Europäische Parlament hat im Februar – vor der Fukushima-Katastrophe – über die Verordnung zur Festlegung von Höchstwerten für Radioaktivität in Nahrungs- und Futtermitteln im Fall eines Atomunfalls abgestimmt. Der Vorschlag, der sogenannte Belet-Bericht, fällt unter die Euratom-Gesetzgebung, bei der das EU-Parlament nur eine beratende Rolle hat. Daher forderten die Abgeordneten, die Rechtsgrundlage zu ändern, um voll in das Gesetzgebungsverfahren einbezogen zu werden. Es sei nicht akzeptabel, dass die Festlegung zulässiger radioaktiver Belastung von Lebensmitteln unter Ausschluss des Parlaments verhandelt werde, sagte die Vorsitzende der Fraktion Grüne/EFA Rebecca Harms. Weiter kritisierten die Grünen, dass in im Verordnungsvorschlag die Grenzwerte für Radioaktivität in Lebensmitteln nicht herabgesetzt wurden. Die Werte erlaubten eine unzumutbar hohe radioaktive Belastung der Bevölkerung. Die Grenzwerte liegen zum Teil höher als die Werte nach der Tschernobyl-Katastrophe. Die Grünen appellierten an die Kommission, 2012 eine überarbeitete Version vorzulegen, die sich am Schutz der anfälligsten Bevölkerungsgruppen, vor allem der Kinder, orientiert. [mbu]

- www.kurzlink.de/beletbericht02.2011

Produktsicherheit

Importe besser kontrollieren

■ Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments wollen strengere Regeln für gefährliche Produkte in der EU. Dafür sollten unter anderem die Zollkontrollen an den Häfen verschärft werden, damit keine Waren auf den europäischen Markt kommen, die nicht den Sicherheits- und Umweltstandards der EU entsprechen.

Das forderte das Parlament im März in einer Entschließung. In diesem Jahr will die EU-Kommission die Novellierung der Richtlinie über Produktsicherheit einleiten. Vor allem die Marktüberwachung müsse verbessert werden, sagte Parlamentsberichterstatterin Christel Schaldemose (Sozialdemokraten, Dänemark). Hier müsse die Kommission eine aktivere Rolle bei der Koordinierung der Kontrollbehörden der Mitgliedstaaten übernehmen. Außerdem solle ein Rechtsrahmen geschaffen werden, der eine schnellere Rücknahme gefährlicher Produkte und härtere Maßnahmen dagegen ermöglicht.

Aus Sicht der EU-ParlamentarierInnen ist auch eine stärkere internationale Zusammenarbeit notwendig, um die Sicherheit von Produkten zu gewährleisten. Die Abgeordneten äußerten sich besorgt darüber, dass die Zahl der im Rapex-Schnellwarnsystem gemeldeten Produkte aus China immer weiter ansteigt. Der Öffentlichkeit müsse eine Datenbank über die Sicherheit von Verbrauchsgütern zur Verfügung gestellt werden. [mbu]

- Entschließung:
www.kurzlink.de/parl-sichereprodukte

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarreform

Agrarausschuss will mehr Umwelt- und Klimaschutz

■ Nach der Veröffentlichung des Initiativberichts von Albert Deß (CSU) zur Reform der EU-Agrarpolitik haben Mitglieder des Landwirtschaftsausschusses des Europäischen Parlaments Impulse von den Abgeordneten gefordert. Der Deß-Bericht enthält Vorschläge, wie die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) künftig „grüner“ gestaltet werden kann.

Die Ausschussmitglieder waren sich einig darüber, dass das Zwei-Säulen-Modell der Agrarpolitik beibehalten werden

ÖKOLOGIE & LANDBAU

Zeitschrift für
ökologische Landwirtschaft

Schwerpunkt in Heft 157

Bioprodukte und Gesundheit

- **Gesundheit: Was ist das eigentlich?**
- **Welchen Mehrwert hat eine ökologische Ernährung?**
- **Bio und Vollwert: Ein unzertrennliches Paar?**

Themen in Heft 157

aus Forschung, Praxis und Beratung

**Biokaninchen: Marktlücke
für Spezialisten?**

**EU-Agrarpolitik: Jetzt ist
Einmischen angesagt!**

**Forschungsevaluierung: Die
Praxis einbinden!**

Herausgeber: Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) |

Bestellen Sie jetzt Ihr Probeabo*
(zwei Ausgaben für nur 13,30 Euro) bei:
oekolandbau@oekom.de oder +49 (0)89/54 41 84-25

* Sie erhalten ein vergünstigtes Probeabo, beginnend mit der aktuellen Ausgabe. Wenn Ihnen Ökologie & Landbau gefällt und Sie nicht bis spätestens 10 Tage nach Erhalt des zweiten Heftes schriftlich kündigen, erhalten Sie Ökologie & Landbau automatisch im regulären Abonnement.



soll. Allerdings dürfe eine Stärkung der Umweltmaßnahmen in der ersten Säule – den Direktzahlungen für Agrarbetriebe – nicht zu einer Schwächung der zweiten Säule mit den Maßnahmen zur Entwicklung der ländlichen Räume führen, sagte Martin Häusling, Sprecher der Fraktion Grüne/EFA im Agrarausschuss. Der Deß-Bericht sieht aber den Transfer einiger Subventionen aus der ersten in die zweite Säule vor.

Häusling kritisierte dies als „Greenwashing“. Statt eines grünen Mäntelchens müssten Regelungen geschaffen werden, um direkte Zahlungen an landwirtschaftliche Betriebe wirklich an ökologische Bedingungen zu knüpfen. Die Grünen setzen sich unter anderem für eine verbindliche Fruchtfolge ein. Bisher schreibe die EU nur vor, dass ein Bauer auf 15 Prozent seiner Fläche die Frucht wechseln müsse, bemängelte die BUND-Agrarexpertin Reinhild Benning. Friends of the Earth Europe kritisierten, dass sich der Deß-Bericht nicht mit Intensivtierhaltungsanlagen befasse, die für 85 Prozent der landwirtschaftlichen Emissionen verantwortlich seien. Der vermehrte Sojaimport für Viehfutter, den Deß befürwortet, schade der biologischen Vielfalt und dem Wald. [mbu]

- Deß-Bericht: www.kurzlink.de/dessbericht-2011
- Martin Häusling MdEP, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 284-5820, Fax -9820, E-Mail: martin.haeusling@europarl.europa.eu, www.martin-haeusling.de
- BUND, Reinhild Benning, Tel. +49 (0)176 / 65098341, E-Mail: reinhild.benning@bund.net, www.bund.net/agrarwende

Saatgut

Mehr Bauernrechte verlangt

■ Am 17. und 18. April finden in Brüssel Aktionstage gegen die neue EU-Saatgutgesetzgebung statt. Die von der Saatgutkampagne veranstalteten Aktionstage werden unter anderem vom Notkomitee für die Erhaltung der Weizenvielfalt, der Buko-Kampagne gegen Biopiraterie und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) unterstützt. Die

InitiatorInnen wollen damit gegen die Überarbeitung der Saatgutgesetze in Europa protestieren. Ihrer Ansicht nach sind die Neuregelungen zu sehr geprägt vom Interesse der Saatgutindustrie, weltweit die Kontrolle über das Saatgut auszuüben. Die Saatgutkampagne will erreichen, dass die Landwirte ihr eigenes Saatgut wiederverwenden dürfen, wie es seit Jahrhunderten Tradition ist. [sg, mbu]

- www.saatgutkampagne.org

Globales Bienensterben

Weniger Ackergifte gefordert

■ Weltweit gibt es immer weniger Bienen. Vor allem im industrialisierten Norden verschwinden jedes Jahr große Teile der Bienenvölker, in manchen Regionen sogar 85 Prozent. Das berichtete das UN-Umweltprogramm UNEP im März.

Ohne nachhaltigere Formen der Bewirtschaftung stehe die Nahrungsversorgung auf dem Spiel, heißt es in dem UNEP-Bericht. Von den 100 Pflanzenarten, die über 90 Prozent der Welternährung sicherstellen, würden 71 von Bienen bestäubt. In Europa seien es 84 Prozent der Getreide- und Gemüsearten. Auch wenn die genauen Ursachen für das Bienensterben noch unklar sind, wissen die Experten, dass Schädlinge wie Pilze, Milben oder Viren, Agrarchemikalien sowie die Luftverschmutzung mitverantwortlich sind. Auch der Rückgang der Biodiversität spiele eine Rolle. Als Gegenmaßnahme fordern die Autoren des UNEP-Berichts Prämien für bienenfreundliche Bauern. Wer etwa Blütenpflanzen am Feldrand anbaut, soll dafür belohnt werden. Außerdem müsse auf den Äckern deutlich weniger Chemie eingesetzt werden.

Ende 2010 hatte die EU-Kommission ein Diskussionspapier veröffentlicht, in dem sie gemeinsame Maßnahmen der EU-Länder zum Bienenschutz anregt. [mbu]

- Bericht: www.kurzlink.de/unep-bienensterben
- Papier der EU-Kommission (PDF, 15 S., 1,5 MB): www.kurzlink.de/eu-bienen-2010.pdf

EU-Statistik

Weniger Genpflanzen gezählt

■ Was die ISAAA (International Service for the Acquisition of Agri-biotech Applications), eine Lobbyorganisation für Pflanzenbiotechnologie, als Erfolg meldet, wird von Kritikern der Agrogentechnik anders interpretiert. Laut der ISAAA-Statistik für 2010 ist der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen weltweit gestiegen. Das wirke positiv auf Nachhaltigkeit und Klima und nütze vor allem Kleinbauern in Entwicklungsländern. Nach einem Bericht von Friends of the Earth Europe (FoEE) sind die Folgen des Anbaus von Genpflanzen dagegen gravierend. Besonders die Bevölkerung Südamerikas habe darunter zu leiden. Untersuchungen aus Argentinien zeigten, wie gesundheitsschädlich etwa das Pestizid Glyphosat sei, das beim Anbau des Großteils der Genpflanzen verwendet wird. Brasiliens Regierung hat ein Programm gestartet, damit Landwirte Zugang zu gentechnikfreiem Sojasaatgut haben.

Während die Biotechnikindustrie versucht, den afrikanischen Markt zu erschließen, geht der Anbau in Europa seit Jahren zurück. Auf nur 0,06 Prozent der europäischen Anbaufläche wachsen genmanipulierte Pflanzen. Selbst in Spanien, dem Hauptanbaugebiet von Genmais in Europa, wurden 2010 im Vergleich zum Vorjahr zehn Prozent weniger Gentechnpflanzen angebaut.

In Deutschland sehen Kritiker für die gentechnisch veränderte Kartoffel Amflora von BASF keine Zukunft. Nach Angaben der Bürgerinitiative „Müritzregion gentechnikfrei“ wird offenbar die gesamte Ernte der Anbausaison 2010 vernichtet. Weder eine von BASF erwartete Anbaufläche von 1.000 Hektar noch Einnahmen von 100 Millionen Euro in der gesamten Wertschöpfungskette seien erreicht worden. Nach dem erfolgreichen Protest in Mecklenburg-Vorpommern soll Amflora dieses Jahr nur noch auf zwei Hektar in Sachsen-Anhalt wachsen. [mbu]

- Bericht ISAA: www.kurzlink.de/isaaabericht2010
- Bericht FoEE: www.kurzlink.de/foee-gm-crops
- Statistik: www.keine-gentechnik.de/dossiers

Zulassung von Genpflanzen

Liste der erlaubten Gründe

■ Weil künftig die EU-Mitgliedstaaten selbst entscheiden sollen, ob sie den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen erlauben oder nicht, hat die EU-Kommission nach Aufforderung durch die EU-Agrarminister eine Liste von Gründen vorgelegt, die Voraussetzung für ein nationales Anbauverbot sein könnten. Demnach dürfen die Staaten den Anbau auch verbieten, wenn er „die öffentliche Ordnung gefährdet“. Philosophische oder religiöse Gründe will die Kommission ebenfalls akzeptieren. Der Schutz von Ökosystemen gehört genauso zu den Verbotgründen wie der Wunsch eines Landes, Produkte vor gentechnischer Verunreinigung zu bewahren.

Umweltverbände sehen die Kommissionsinitiative kritisch. So befürchtet der BUND einen „krummen Deal“. Die Gentechnikexpertin des BUND, Heike Moldenhauer, sieht hinter den Plänen der Kommission einen Trick, mit dem künftig Genpflanzen schneller zugelassen werden sollen. Ihrer Ansicht hat die Autonomie, die die Kommission den Mitgliedstaaten übertragen will, den Preis, „in Brüssel Ruhe zu geben“. Das solle den Durchbruch für die Gentechnikindustrie bringen. [mbu]

- www.kurzlink.de/eu-parl-genpflanzen
- BUND zu Gentechnik: www.bund.net/gentechnik

Futtermittel

Ein bisschen Gentechnik

■ Der Ständige Ausschuss für Futtermittel der 27 EU-Mitgliedstaaten hat im Februar dafür gestimmt, die sogenannte Nulltoleranz für gentechnisch veränderte Organismen aufzuheben. Künftig gilt dann nicht mehr ein hundertprozentiges Reinheitsgebot etwa bei Sojaliefernungen. Stattdessen dürften importierte „gentechnikfreie“ Futtermittel unter bestimmten Bedingungen bis zu 0,1 Prozent genmodifizierte Bestandteile enthalten, hieß es bei der EU-Kommission. Umweltverbände und Gentechnikkritiker kritisierten, die

EU habe sich dem Druck der Futtermittelindustrie gebeugt, die immer wieder behaupte, dass wegen der bisher geltenden Nulltoleranz die Futtermittel knapp würden. Dem Informationsdienst Gentechnik zufolge hat es in den vergangenen Jahren aber kaum Lieferungen mit nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Organismen in die EU gegeben. Es wurden lediglich Einfuhren aus den USA verweigert, die selbst eine Nulltoleranz für nicht zugelassene Gentech-Sorten haben.

Laut einem Rechtsgutachten des BUND verstößt die Aufhebung der Nulltoleranz gegen EU-Recht. Martin Häusling, Mitglied des Agrarausschusses und Koordinator der Grünen im Europäischen Parlament, nannte den Grenzwert von 0,1 Prozent einen „Freifahrtschein für diejenigen, die Gentechnik gegen den Wunsch der Bürger einführen wollten“. Das EU-Parlament muss der Regelung noch zustimmen. [mbu]

- Grüne/EFA: www.greens-efa.org
- BUND: www.bund.net/gentechnik

Initiative gegen Gentechnik

Vielfalt auf Acker und Teller

■ Vertreter des Bündnisses „Vielfalt erleben“ haben im März zwei Aktionen gegen die Agrogentechnik gestartet: zum einen eine Unterschriftensammlung gegen Gentechnik und für mehr Vielfalt, zum anderen eine Bundestagspetition für einen Gentech-Anbaustopp. Für eine öffentliche Anhörung im Petitionsausschuss des Bundestages sind innerhalb von drei Wochen 50.000 Unterschriften nötig. Nach Angaben des Bündnisses Vielfalterleben, zu dem auch große Naturschutzorganisationen wie DNR, NABU und WWF gehören, verlassen sich die Behörden bei der Prüfung der Genpflanzen allein auf die Tests der Agrarindustrie. Langzeituntersuchungen der Risiken für Natur und Gesundheit fehlten. Gegenwärtig laufen in der EU 28 Zulassungsverfahren. Eine Reform des Verfahrens wird zurzeit diskutiert. [fl, mbu]

- www.vielfalterleben.info (Presse – 15 Feb)

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

LIFE+

267 Millionen für die Umwelt

■ Im Februar hat die EU-Kommission ihre jährliche Aufforderung für das Einreichen von Projektanträgen im Rahmen des europäischen Finanzierungsinstrumentes LIFE+ veröffentlicht. Insgesamt 267 Millionen Euro können zur Kofinanzierung von neuen Projekten in den Teilbereichen Natur und biologische Vielfalt, Umweltpolitik und Verwaltungspraxis sowie Information und Kommunikation beantragt werden. Bewerbungsschluss ist der 18. Juli. Wegen des Auswahlverfahrens können die ersten Projekte frühestens am 1. Juni 2012 starten.

Das EU-Förderprogramm LIFE+ ist das europäische Finanzierungsinstrument für die Umwelt. Dieses Jahr ist es erstmals möglich, Projekte für größere Regionen in Form von kombinierten Programmen und Projektansätzen einzureichen. Auch kann erstmalig eine Kofinanzierung für grüne Infrastrukturprojekte, Projekte zu Ökosystemleistungen, Boden, Bewirtschaftungspläne zu Flusseinzugsgebieten oder Fischereimanagement beantragt werden. Derzeit erarbeitet die EU-Kommission die

Kriterien für das Finanzinstrument LIFE+ für Natur und Biodiversität 2014. Die europäischen Umweltverbände haben Ende Februar hierzu ein Positionspapier veröffentlicht. [fl]

- www.kurzlink.de/lifeplus2011
- www.kurzlink.de/ngo-life-2014-2020
- www.kurzlink.de/life-consultation

Rechtsverletzung

NGO-Beschwerde-Datenbank

■ Drei europäische Umweltverbände, das Europäische Umweltbüro (EEB), BirdLife und der WWF, haben eine Datenbank zur Sammlung von Beschwerden über Verstöße gegen EU-Naturschutzrecht erarbeitet. Sie soll den Umgang der EU-Kommission mit Verstößen gegen EU-Recht dokumentieren und den Informationsaustausch innerhalb der Umweltverbände verstärken. Damit wollen die Verbände ihren Einfluss und ihr Handeln in Rechtsverletzungsverfahren verbessern. Verbände, die solche Fälle bearbeiten, wurden aufgerufen, diese in die Datenbank einzuspeisen. [bv]

- EEB, Sarolta Tripolszky, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 28910-93, E-Mail: sarolta.tripolszky@eeb.org, www.eeb.org

Alpenkonferenz

20 Jahre Alpenkonvention

■ Anfang März haben sich die MinisterInnen der Alpenstaaten in Brdo in Slowenien getroffen, um während der 11. Alpenkonferenz eine Bilanz aus 20 Jahren Alpenkonvention zu ziehen und künftige Prioritäten abzustecken. Auf der Tagesordnung standen außerdem die Verabschiedung des 3. Alpenzustandsberichts zur nachhaltigen Entwicklung, der Klimawandel in den Alpen, ein Beschluss über gemeinsame Leitlinien für die Kleinwasserkraftnutzung im Alpenraum sowie die Verabschiedung von grenzübergreifenden Leitlinien für Großraubtiere.

Deutschland setzte sich für eine europäische Alpenstrategie ein. EU-Strategien für weitere sogenannte Makroregionen gibt es bereits für die Ostsee und den Donauraum.

Die Möglichkeiten der Alpenkonvention würden bei Weitem nicht ausgeschöpft und der Ratifizierungsprozess stockte, kritisierte die Alpenschutzorganisation Cipra. Die Organisation forderte die Vertragsparteien auf, der Konvention mit konkreten Umsetzungsprojekten endlich ein Gesicht zu geben. [bv]

- www.cipra.org/de
- www.alpconv.org



Pioniere, die Mut machen

Sie gehen voran. Kreativ und selbstbewusst beschreiten sie neue Wege, setzen Krieg und Armut, Wachstumswahn und blindem Konsum ein besseres Lebensmodell entgegen. Ausgezeichnet wurden sie dafür mit dem Alternativen Nobelpreis. In diesem Buch finden sich Porträts von aktuellen Preisträger(inne)n, etwa der Ärztin Monika Hauser oder des kanadischen Umweltaktivisten David Suzuki, sowie von 16 weiteren Pionier(inn)en für die Nachhaltigkeit.

G. v. Lüpke, P. Erlenwein

Projekte der Hoffnung

Der Alternative Nobelpreis: Ausblicke auf eine andere Globalisierung

3. aktualisierte u. erweiterte Auflage, 272 Seiten, 19,80 EUR, ISBN 978-3-86581-192-9
Erhältlich bei www.oekom.de, kontakt@oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft



Biodiversität

Grüne Infrastruktur in der EU

■ Die Europäische Kommission entwickelt derzeit im Rahmen ihrer Biodiversitätspolitik nach 2010 eine Strategie für eine EU-weite grüne Infrastruktur. Diese soll bestehende Naturgebiete wieder miteinander verbinden und die ökologische Qualität der Landschaft insgesamt verbessern. Bis Ende März konnten sich Interessengruppen an einer Konsultation beteiligen und dazu beitragen, wie die Strategie aufgebaut sein sollte. [sg]

- EU-Factsheet (PDF):
www.kurzlink.de/gruene-infrastruktur

Dauergrünland

Erhaltungsverordnungen stoppen Verlust

■ In Deutschland gibt es immer weniger Grünlandflächen. Auch im letzten Jahr hat die Grünlandfläche wieder etwas abgenommen. Seit 2003 betrug der Schwund 3,8 Prozent. Diese Zahlen hat die Sprecherin für ländliche Entwicklung der Grünen, Cornelia Behm, auf Nachfrage von der Bundesregierung erhalten.

Bundesweit verläuft die Entwicklung der Statistik zufolge unterschiedlich. Die Bundesländer, die in der Vergangenheit eine Dauergrünland-Erhaltungsverordnung erlassen haben, verzeichneten keinen weiteren Verlust an Grünlandfläche.

Weil in Nordrhein-Westfalen seit 2003 5,2 Prozent der Grünlandfläche verloren gingen, hat die Landesregierung ein Umbruchverbot für Dauergrünland erlassen. Die Verordnung ist verbindlich für alle Landwirte, die Direktzahlungen oder bestimmte Agrarumweltmaßnahmen beantragen. „Damit wird dem dramatischen Verlust von Wiesen und Weiden in Nordrhein-Westfalen nun hoffentlich ein Riegel vorgeschoben und die letzten Grünlandflächen vor der Vernichtung bewahrt“, sagte Joseph Tumbrinck vom NABU. Mit solchen Verordnungen setzen die Lan-

desregierungen europäisches Recht um. Danach darf die Grünlandfläche gegenüber dem Zustand im Referenzjahr 2003 nie mehr als fünf Prozent zurückgehen. [fl]

- www.kurzlink.de/pm-gruene240211
- www.kurzlink.de/pm-nabunrw0211
- www.kurzlink.de/lwk-nrw032011

Nationales Naturerbe

Erbstreit dauert an

■ Der Streit um die Sicherung des ehemaligen „Bombodroms“ auf der Kyritz-Rupiner Heide als Nationales Naturerbe setzt sich fort. Die von der Bundesregierung geforderte Aufnahme der 12.000 Hektar großen Heidelandschaft nordwestlich von Berlin in den 25.000 Hektar großen Pool für Naturerbeflächen würde bereits sorgsam ausgewählte Flächen verdrängen. Die Regierung war bisher nicht bereit, die gesamte Flächengröße entsprechend aufzustocken, wie es Umweltverbände gefordert hatten (umwelt aktuell 2011/03 S. 21).

Cornelia Behm, Bundestagsabgeordnete der Grünen, kritisierte den Umgang der Regierung mit wertvollen Naturflächen: „Die zwischen dem Bundesamt für Naturschutz und den Naturschutzverbänden vereinbarten Flächen sind keine haushaltspolitische Verfügungsmasse, sondern wertvolle Naturareale, die es verlässlich zu schützen gilt. Naturschutzpolitik nach Kassenlage ist verantwortungslos.“ [fl]

- www.kurzlink.de/pm-gruene280211
- DNR-Strategiegruppe Naturschutzflächen, Koordinator Adrian Johst, Erfurt, Tel. +49 (0)179 / 5110449, www.kurzlink.de/pm_dnr-nerbe0211

Invasive Arten

EU soll gegen Aliens rüsten

■ Der internationale Naturschutzverband BirdLife hat im Februar eine Broschüre veröffentlicht, in der er Maßnahmen gegen die Ansiedlung gebietsfremder invasiver

Arten vorschlägt. Dazu gehören:

- die Vorbeugung mit Weißen und Schwarzen Listen invasiver Arten;
- das Identifizieren und Beachten vorrangiger Einwanderungswege;
- die Risikobewertung und darauf aufbauende Maßnahmen;
- Frühwarn- und Informationssysteme;
- die Eindämmung, Kontrolle und Tilgung invasiver Arten und die Wiederherstellung betroffener Ökosysteme;
- Finanzierungsmechanismen.

Eine EU-weite Strategie zur Bekämpfung nicht einheimischer Arten sei dringend nötig, so BirdLife. Die heutigen Regelungen seien unangemessen, schwer umsetzbar und variierten zwischen den einzelnen EU-Ländern stark.

Gebietsfremde Arten gelten als eine Hauptursache für den Verlust der biologischen Vielfalt. Sie schaden einheimischen Ökosystemen, sozioökonomischen Interessen und der menschlichen Gesundheit. BirdLife will mit der Broschüre das Bewusstsein zu diesem Thema in den EU-Mitgliedstaaten schärfen und eine entsprechende Gesetzgebung in Brüssel vorantreiben. [sg]

- Broschüre: www.kurzlink.de/birdlife-leaflet-11

Naturprivatisierung

Seen und Wälder für alle

■ Der Deutsche Bundestag hat im Februar einen von der Fraktion Die Linke eingebrachten Antrag gegen die weitere Privatisierung von Äckern, Seen und Wäldern in den neuen Ländern abgelehnt. Bei Enthaltung von SPD und Grünen zählte die namentliche Abstimmung 313 Nein- und 69 Jastimmen bei 196 Enthaltungen. Die Linksfraktion hatte gefordert, Seen aus Bundeseigentum kostenlos an zugehörige Länder und Kommunen zu übertragen. Das soll die langfristige Sicherung der Gewässer und Flächen in öffentlichem Eigentum gewährleisten. [sg]

- www.kurzlink.de/antrag-linksfraktion
- www.kurzlink.de/bundestag-2402

STADT & REGION

Kommunaler Klimaschutz

Umweltministerium fördert

■ Auf einer gemeinsamen Klimaschutzkonferenz im Februar haben das Bundesumweltministerium und der Deutsche Städte- und Gemeindebund die Bedeutung lokaler Aktivitäten für den Klimaschutz betont. Das Klimaziel von minus 40 Prozent CO₂-Ausstoß bis 2020 könne nur mithilfe der Kommunen erreicht werden, die dafür allerdings auch die notwendigen Finanzhilfen bräuchten. Das Ministerium schätzt, dass in diesem Jahr etwa 600 Projekte mit Geldern aus der Nationalen Klimaschutzinitiative gefördert werden könnten. [jg]

- Städtebund: www.dstgb.de
- www.bmu-klimaschutzinitiative.de

Siedlungs- und Verkehrsplanung

Kosten besser kalkulieren

■ Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat ein kostenloses Berechnungsinstrument für Kommunen herausgegeben, mit dem vor Planungsentscheidungen die

Verkehrsinfrastrukturkosten geschätzt werden können. Ermittelt werden die direkten, verkehrsbezogenen Kosten, die mit einer bestimmten Siedlungsweise verbunden sind. Neben den Verkehrsmengen unterschiedlicher Art und der Berechnung von Investitions-, Betriebs- und Instandhaltungskosten bei der Straßenerschließung können auch die Kosten der ÖPNV-Infrastruktur kalkuliert werden. [jg]

- www.kurzlink.de/bbsr-kalkulator
- Difu, Dr. Wulf-Holger Arndt, Tel. +49 (0)30 / 39001-252, E-Mail: arndt@difu.de, www.difu.de

EU-Strukturhilfen

Interreg nach 2013

■ Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung will über den Stand der 2014 beginnenden Förderperiode aus den EU-Strukturfonds aufklären. Auf einer neuen Internetseite sollen Stellungnahmen und Entwürfe zur Zukunft der territorialen Zusammenarbeit in Europa gesammelt werden. Interregionale Zusammenarbeit wird in der EU vom Programm Interreg gefördert. Der neue Programmzuschnitt wird zurzeit diskutiert. [jg]

- www.interreg.de (INTERREG nach 2013)

TIERSCHUTZ & ETHIK

Tierschutzgesetz

Für Sachkundenachweise

■ Schärfere Regeln für die Haltung von Nutz- und Haustieren haben ExpertInnen auf einer Tierschutztagung Mitte März in der Evangelischen Akademie Bad Boll gefordert. Tiermedizinerinnen und Tiergeschützer diskutierten drei Tage lang in dem württembergischen Kurort, ob und wie ein artgerechter Umgang angesichts von Massentierhaltung und Haustierboom möglich ist.

Bisher herrsche im Gesetz das Prinzip der reinen Schadenvermeidung vor, kritisierte Reinhart Kluge vom Deutschen Institut für Ernährungsforschung. Nutztierhaltung betrachte das einzelne Tier häufig nur als Betriebsmittel. Amtstierärzten seien oft die Hände gebunden, weil bestehende Regeln nicht ausreichen. Die Experten empfahlen, Sachkundenachweise für alle Tierhalter einzuführen, auch um gegen Auswüchse bei der Haustierhaltung vorzugehen. Wo Haustieren aus optischen Gründen unnatürliche Merkmale angezüchtet würden, sei eine Grenze überschritten. Ob die Würde des Tieres ausdrücklich in das Tierschutzgesetz oder sogar ins Grund-

politische ökologie

Die Buchreihe für Querdenker und Vordenkerinnen

**Post-Oil City**

Die Stadt von morgen

Die Zukunft der Menschheit entscheidet sich maßgeblich in der Stadt. Hier bündeln sich wie in einem Brennglas die Schwierigkeiten, die uns Klimawandel sowie zur Neige gehende Ölvorräte und Ressourcen bereiten. Gleichzeitig finden in Städten schon heute soziale, wirtschaftliche und ökologische Experimente statt, die sich bewusst den Herausforderungen des postfossilen Zeitalters stellen – es gilt, das System Stadt unter regenerativen Vorzeichen neu zu erfinden.

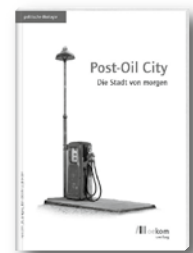
Die Autor(inn)en von »Post-Oil City« schauen sich auf den verschiedenen Baustellen der Post-Oil City um und malen ein faszinierendes Bild von der Stadt von morgen.

Mit Beiträgen von R. Fücks, N. und B. Paech, S. Wolfrum, C. Müller, H. Girardet, M. Adler, A. Holm u.v.m.

„Post-Oil City – politische ökologie (Band 124) | 144 Seiten | 16,90 EUR (zzgl. Versand)
_ISBN 978-3-86581-255-1 | Erhältlich bei: www.oekom.de, kontakt@oekom.de

Jetzt als
Buchreihe

oekom
verlag



gesetz aufgenommen werden sollte, blieb unter den ExpertInnen umstritten. Einige waren sich die Tagungsgäste darin, dass ein Verbot sexueller Handlungen an und mit Tieren ins Tierschutzgesetz gehört. [mb]

- Evangelische Akademie Bad Boll, Tel. +49 (0)7164 / 79-300, www.ev-akademie-boll.de/tagungen/details/520411.pdf

Massentierhaltung im Baurecht

Allein gegen die Agrarlobby

■ Nur sieben Abgeordnete anderer Fraktionen haben Ende Februar einen Antrag der Grünen im Bundestag unterstützt, um mit einer Änderung im Baugesetzbuch gegen die Massentierhaltung vorzugehen. Der Antrag für ein Verbot neuer Mastställe im Außenbereich von Gemeinden bekam dadurch nur 65 Stimmen. Neben den Grünen waren unter anderem Josef Göppel (CSU) und Peer Steinbrück (SPD) dabei.

„Das ist ein schlechter Tag für alle, die sich gegen die Expansion von Agrarfabriken einsetzen“, sagte der agrarpolitische Sprecher der Grünen Friedrich Ostendorff. Nach Gesprächen mit SPD- und Linken-Abgeordneten habe er auf mehr Unterstützung gehofft. Ostendorff verwies auf 900 vorliegende Anträge für weitere Mastställe in Deutschland. Bereits heute seien weite Teile etwa des Münsterlandes mit Großmästereien auf der grünen Wiese überzogen, davon rund 85 Prozent mit Ausnahmegenehmigungen. Die Grünen würden weiter gegen die Ausbreitung der Massentierhaltung im ländlichen Raum kämpfen, versprach der Politiker.

Unterdessen versucht das brandenburgische Landesumweltamt mit einem Moorgutachten, eine geplante Mastanlage für 68.000 Schweine bei Hasleben nördlich der Schorfheide noch zu verhindern. Seit 2004 läuft das Genehmigungsverfahren. Bürgerinitiativen, Naturschützer und der Deutsche Tierschutzbund laufen Sturm gegen das „Killerprojekt“. [mb]

- www.kurzlink.de/pm-gruene-baugb
- www.tierschutzbund.de/4504.html

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

UN-Reform

Für eine bessere Weltumweltpolitik

■ Das UN-Treffen der UmweltministerInnen hat sich im Februar für die weltweite Förderung von Green Economy (siehe S. 29) und eine bessere Regierungsführung in Umweltangelegenheiten ausgesprochen. Dazu müsse die Struktur der Vereinten Nationen reformiert werden.

Das 26. Treffen des Verwaltungsrates des UN-Umweltprogramms UNEP, verbunden mit dem globalen Umweltministerforum (GC-26/GMEF), fand vom 21. bis 24. Februar in der kenianischen Hauptstadt Nairobi statt. UmweltministerInnen und Delegationen aus 130 Ländern nahmen teil. Die wichtigsten Themen auf der Agenda waren die Vorbereitung des UN-Gipfels für nachhaltige Entwicklung, der Anfang Juni 2012 in Brasilien stattfinden und unter anderem das Thema Green Economy beleuchten soll, sowie eine Reform der globalen Umweltpolitik (International Environmental Governance – IEG). Die spanische Umweltministerin Rosa Aguilar Rivero wurde zur neuen Präsidentin des Verwaltungsrates gewählt. Sie versprach, während ihrer Amtszeit die Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und Frauen zu fördern.

Die UmweltministerInnen tauschten sich über eine Aufwertung des UN-Umweltprogramms zu einer eigenständigen Organisation – ähnlich der Weltgesundheitsorganisation WHO – aus. Sowohl die EU als auch der deutsche Umweltminister Norbert Röttgen setzten sich für eine Weltumweltorganisation ein, um die einzelnen internationalen Umweltpolitikansätze miteinander zu verbinden und ihre Umsetzung verbessern zu können. Beschlüsse wurden dazu nicht gefasst, jedoch sei die „Dringlichkeit anerkannt“ worden. Die UmweltministerInnen drückten nach Angaben von UNEP ihre Bedenken darüber aus, dass die umweltpolitischen Erfolge der

UN und der einzelnen Staaten „schwach, unterfinanziert und zersplittert“ blieben. Die zuständigen Institutionen müssten gestärkt werden.

In der Schlussitzung nahm das Plenum insgesamt 17 Beschlüsse an, darunter zum Chemikalien- und Abfallmanagement, zu nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern, einer Süd-Süd-Kooperation zu Biodiversität und zum Weltbiodiversitätsrat IPBES (umwelt aktuell 02.2011, S. 19). [lg]

- GC-26/GMEF-Seite: www.unep.org/gc/gc26
- UNEP: www.kurzlink.de/unep-pm-2011-02-24
- Berichte: www.iisd.ca/unepgc/26unepgc

EU-Komitologieverfahren

Neue Entscheidungsregeln

■ Seit März gelten in der Europäischen Union neue Regeln für die politische Entscheidungsfindung. Ähnlich wie das bisher geltende Komitologieverfahren werden bestimmte Detailentscheidungen in Ausschüssen der EU-Mitgliedstaaten unter Vorsitz der EU-Kommission getroffen.

Mit der neuen Verordnung (EU) Nr. 182/2011, die der EU-Ministerrat Mitte Februar beschlossen hat, sollen die durch den Lissabon-Vertrag eingeführten Änderungen in EU-Recht übertragen werden. Es geht dabei um die im Vertrag der Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) in Artikel 292 erwähnten Durchführungsbefugnisse und die in Artikel 290 genannten „delegierten Rechtsakte“. Beide Regelungen finden immer dann Anwendung, wenn es um die konkrete Ausgestaltung von Verordnungen, Richtlinien oder anderen Rechtsakten geht, bei der die EU-Kommission die Befugnis erhält, unter bestimmten Bedingungen „Rechtsakte ohne Gesetzescharakter mit allgemeiner Geltung zur Ergänzung oder Änderung bestimmter nicht wesentlicher Vorschriften des betreffenden Gesetzgebungsaktes zu erlassen“.

Die neue Verordnung enthält zwei Verfahren: das Prüfverfahren (examination procedure) und das Beratungsverfahren (advisory procedure). Der wichtigste Un-

terschied ist, dass ein Beratungsverfahren mit einfacher Mehrheit im Ausschuss vonstattengeht und die EU-Kommission das Ergebnis nur „so weit wie möglich“ berücksichtigen muss. Das Prüfverfahren ist strenger, hier kann die EU-Kommission sich über eine Ablehnung des Ausschusses mit qualifizierter Mehrheit nicht einfach hinwegsetzen. Die EU-Kommission kann nach einer festgesetzten Frist einen neuen Vorschlag vorlegen oder es findet ein Vermittlungsverfahren statt.

Welches der beiden Verfahren angewendet wird, soll im Basisrechtsakt festgelegt werden. Das Prüfverfahren soll unter anderem im Bereich der Agrar- und Fischereipolitik, aber auch bei Durchführungsrechtsakten für Umwelt, Sicherheit oder den Schutz der Gesundheit oder der Sicherheit von Menschen, Tieren und Pflanzen Anwendung finden.

EU-Parlament und EU-Ministerrat haben aber ein Kontrollrecht (Artikel 11) und können intervenieren, wenn ihrer Ansicht nach die Kommission ihre Durchführungsbefugnisse überschreitet.

Das bisher gültige Komitologieverfahren mit seinen Regelungs-, Beratungs- und Verwaltungsausschüssen ist zwar mit dem Lissabon-Vertrag abgeschafft worden. Die neuen Regelungen gelten aber erst für Rechtsakte, die nach dem Inkrafttreten beschlossen wurden. Insofern werden beide Systeme noch für geraume Zeit parallel existieren. [jg]

► www.kurzlink.de/pm-rat-2011-02-14

Umweltschädliche Subventionen

Erinnerung für Barroso

■ 91 europäische Nichtregierungsorganisationen (NGO) haben von der EU-Kommission gefordert, ihre Zusagen zur Abschaffung von umweltschädlichen Subventionen einzulösen. In einem Mitte März veröffentlichten Brief an Kommissionspräsident José Manuel Barroso zeigten sich die NGOs besorgt, dass die Kommission noch keinen Fahrplan für den Subventionsabbau erarbeitet habe und damit die Aufforde-

rungen von EU-Parlament und Ministerrat ignoriere. So würden die EU-Agrarreform und die Fischereireform offenbar ohne eine Analyse der ökologischen Auswirkungen der massiven EU-Subventionen in diesen Sektoren vorangetrieben.

Die Kommission hatte sich 2006 verpflichtet, bis 2008 eine Roadmap zur Beendigung umweltschädlicher Subventionen vorzulegen, und dies später noch mehrmals bekräftigt. Eine 2009 veröffentlichte Studie für die Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission listet Möglichkeiten auf, umweltschädliche Subventionen zu finden und zu bewerten. Die Ergebnisse fanden aber bisher keinen Eingang in offizielle Dokumente. [mb]

► NGO-Brief: www.kurzlink.de/letter-subsidies

► Studie: www.kurzlink.de/ieep-ehs-study.pdf

Europäische Bürgerinitiative

Ab April 2012 möglich

■ Die Regeln für die Europäische Bürgerinitiative sind in einer Verordnung im Europäischen Amtsblatt veröffentlicht worden. Das Einbringen einer Europäischen Bürgerinitiative ist danach ab 1. April 2012 möglich. Hierzu muss ein Bürgerausschuss aus mindestens sieben Personen gebildet werden, der in mindestens sieben EU-Mitgliedstaaten eine Million Unterschriften sammelt. Dazu hat er ein Jahr Zeit. Die notwendige Zahl der Unterschriften pro Land ergibt sich aus der Zahl der EU-Abgeordneten multipliziert mit 750. Um die Ausgestaltung des neuen Instruments, mit dem sich EU-BürgerInnen erstmals direkt mit Gesetzesinitiativen an die EU-Kommission wenden können, war lange gerungen worden.

Die EU-Koordinationsstelle des Deutschen Naturschutzrings hat eine Kurzinformation zur Europäischen Bürgerinitiative erarbeitet, die alle wichtigen Details auflistet. Eine Grafik stellt den zeitlichen Ablauf dar. [fl]

► www.eu-koordination.de (Publikationen – Factsheets)

EU-Umweltrecht

Hypothek für Polen

■ Die Welle von Vertragsverletzungsverfahren im Umweltbereich reißt nicht ab. Die EU-Kommission hat zahlreichen Mitgliedstaaten Mahnschreiben geschickt, weil diese EU-Gesetze nicht einhalten – darunter Polen wegen Nichteinhaltung der Vogelschutzrichtlinie und der Vorschriften zur Luftreinhaltung, zum Meeresschutz und zur Wasserqualität. Polen übernimmt ab 1. Juli die EU-Ratspräsidentschaft.

Irland wird erneut vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt. Weil Irland ein zwei Jahre altes Urteil noch nicht umgesetzt hat, will die EU-Kommission das Land ein weiteres Mal vor dem Europäischen Gerichtshof verklagen. Irland hat immer noch keine Rechtsvorschriften zur Richtlinie über Umweltverträglichkeitsprüfungen erlassen und muss nun mit empfindlichen Geldstrafen rechnen. Auf Empfehlung von Umweltkommissar Janez Potočnik ersuchte die EU-Kommission den Gerichtshof, einen Pauschalbetrag von über 4.000 Euro pro Tag für den Zeitraum zwischen dem ersten und dem zweiten Urteil des Gerichtshofs sowie ein Zwangsgeld von mehr als 33.000 Euro pro Tag für jeden Tag nach dem zweiten Urteil, bis die Vertragsverletzung endet, zu verhängen. [jg]

► www.eu-koordination.de (EU-News – 17.02.2011)

VERKEHR & TOURISMUS

Transeuropäisches Verkehrsnetz

Millionenfinanzspritze

■ Die EU-Kommission will „besonders wichtige Infrastrukturprojekte“ des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) mit 170 Millionen Euro fördern. Darunter sind sogenannte Meeresautobahnen, Informationssysteme für die Binnenschifffahrt und grenzüberschreitende Autobahnen. Aus den 2010 eingereichten Vorschlägen wurden 51 Vorhaben unter Beteiligung von

24 Mitgliedstaaten für Zuschüsse aus dem TEN-V-Fonds ausgewählt. In Deutschland ist die Förderung von drei Projekten mit insgesamt 35 Millionen Euro vorgesehen.

Der größte Anteil davon fließt mit 24,5 Millionen in die Fährstrecke Rostock-Gedser, die als europäische Meeresautobahn gilt. Außerdem soll in Trier für 2,4 Millionen Euro eine zweite Moselschleuse gebaut werden. Mit den Zuschüssen sollen Lücken im Verkehrsnetz geschlossen, Engpässe beseitigt und die Verkehrssicherheit erhöht werden. Im Mittelpunkt stehen dabei die Verknüpfung verschiedener Verkehrsträger, eine schnellere Projektdurchführung und die Unterstützung von öffentlich-privaten Partnerschaften. [jg, mbu]

- Übersicht der ausgewählten Projekte:
www.kurzlink.de/memo-ten-v-2011
- Hintergrundinformationen über TEN-V:
www.ec.europa.eu/transport/infrastructure

Güterverkehr

Riesen-Lkw auf Landstraßen

■ Offenbar sollen 60-Tonnen-Lkw bei den in diesem Jahr in Deutschland geplanten Testfahrten nicht nur über Autobahnen rollen. Das geht aus einem Schreiben des Bundesverkehrsministeriums her-

vor, das der Allianz pro Schiene vorliegt. Demnach meldeten Niedersachsen und Schleswig-Holstein auch zahlreiche Land- und Kreisstraßen für Testfahrten mit den Riesen-Lkw.

Im vergangenen Herbst hatte auf der Konferenz der Länderverkehrsminister die Mehrheit der Länder gegen bundesweite Testfahrten der Megatrucks gestimmt. Sieben Länder schlossen aber eine Beteiligung an einem Testlauf nicht aus. Neben den beiden Nord-Ländern waren das auch Hessen, Sachsen, Thüringen, Bayern und Baden-Württemberg.

Umstritten sind die Testfahrten auch in der Lkw-Branche. Zahlreiche Spediteure und die Gewerkschaft Verdi kritisierten das Konzept als arbeitnehmerfeindlich. Verdi rechnet damit, dass die Arbeitsbelastung der Lkw-Fahrer damit weiter steigt. Der enorme Preisdruck im Straßengüterverkehr führe schon jetzt zur Selbstausbeutung. Kleine und mittlere Speditionsunternehmen wie Paneuropa Rösch befürchten einen harten Verdrängungswettbewerb zwischen großen und mittleren Speditionen. Zudem bleibe ein umweltfreundlicher Transport, der Schiene und Straße miteinander verknüpft, auf der Strecke. [mbu]

- www.bmvbs.de
- www.allianz-pro-schiene.de
- www.nomegatrucks.eu

Alpentourismus

Olympiageegner starten Bürgerbegehren

■ Die Bürgerinitiative Nolympia hat im Februar ein Bürgerbegehren gegen die Olympischen Spiele 2018 in München und Garmisch-Partenkirchen gestartet. Die Initiatoren wenden sich gegen die aus ihrer Sicht zu großen Winterspiele, die massive ökologische Schäden nach sich ziehen würden. Sie befürchten, dass Bergwald gerodet werden muss, damit fehlende Sportanlagen wie Buckelpisten oder eine Halfpipe gebaut werden können. Zudem werde der Verkehr die Alpenregion deutlich belasten, wenn München den Zuschlag bekäme. Es gebe Infrastrukturpläne etwa zum Bau einer Bahnunterführung, die ohne die Winterspiele nicht gebraucht würden.

Ziel des Bürgerbegehrens ist ein Bürgerentscheid. Dafür müssen 1.680 Olympiageegner unterschreiben. Wird dies erreicht, könnte schon vor der offiziellen Vergabe durch das Internationale Olympische Komitee (IOC) im Juli im südafrikanischen Durban eine Vorentscheidung fallen. Unter den Mitbewerbern für die Spiele 2018 gilt Pyeongchang in Südkorea als Favorit. [mbu]

- www.nolympia.de



Über Zäune und Schranken

Elinor Ostrom, die erste Frau, die den Wirtschaftsnobelpreis verliehen bekam, forscht zu Gemeingütern. Was macht sie aus? Unter welchen Bedingungen können sie so genutzt werden, dass wir langfristig von ihnen profitieren? Am Beispiel der Bewahrung von Wäldern und Meeren beschreibt sie Aufbau und Funktion von Institutionen, die Menschen helfen, so zu kooperieren, dass nachhaltige Nutzung gelingen kann. »Ich bin dagegen, bei jedem Problem die Lösung ausschließlich beim Markt oder dem Staat zu suchen. Es gibt auch noch andere Wege.« E. Ostrom

E. Ostrom

Was mehr wird, wenn wir teilen

Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter

ca. 128 Seiten, Hardcover, 14,95 EUR, ISBN 978-3-86581-251-3
Erhältlich bei www.oekom.de, kontakt@oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft

 oekom

Bis zum letzten Tropfen

Erdöl ist Treibstoff und Droge zugleich. Niemand kann davon lassen und jeder verdrängt die wachsenden Risiken seiner Förderung. Die Havarie der Förderplattform Deepwater Horizon im Frühjahr 2010 hat eindrücklich vor Augen geführt, welche Gefahren wir einzugehen bereit sind, um die fossil befeuerte Weltwirtschaft am Laufen zu halten. Für Jörg Schindler ist die Ausbeutung der Tiefseevorkommen und das Desaster am Golf von Mexiko ein untrügliches Zeichen für das Ende des Ölzeitalters.

J. Schindler

Öldämmerung

Deepwater Horizon und das Ende des Ölzeitalters

128 Seiten, Klappenbroschur, 12,95 EUR
ISBN 978-3-86581-246-9



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de



WASSER & MEERE

Korallenriffe

„Ozeanregenwälder“ im Hitzestress

■ Über die Auswirkungen des Klimawandels auf die Korallenriffe berichtet das Washingtoner World Resources Institute in seinem im Februar veröffentlichten Bericht „Reefs at Risk Revisited“. Drei Viertel aller Riffe sind demnach bereits durch Überfischung und Verschmutzung gefährdet. Spätestens 2050 seien alle auch durch die wärmeren Ozeantemperaturen bedroht, so der Bericht. Als Reaktion auf die Erwärmung stoßen die Riffe zum Beispiel lebenswichtige abgelagerte Mikroalgen ab oder verlieren durch die Korallenbleiche ihre Farbe. Ein weiterer Gefährdungsfaktor ist dem Bericht zufolge die Versauerung der Ozeane: Da rund ein Viertel des globalen Treibhausgasausstoßes von den Weltmeeren aufgenommen wird, sinkt der pH-Wert des Wassers.

In ozeanischen Ökosystemen dienen die Korallenriffe als Lebensraum für viele Arten und auch als Schutz für die Küstengebiete. Zudem sind sie Tourismusmagnet für mehrere Länder und damit ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. [sg]

- www.kurzlink.de/klima-korallen-2502
- www.wri.org/publication/reefs-at-risk-revisited

Ölkatastrophe im Golf von Mexiko

Forscherin widerspricht BP

■ Die langfristigen Folgen der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko für die Meeresbiodiversität sind weiterhin unklar. So gibt es widersprüchliche Befunde darüber, wie schnell der Abbau des Öls durch Mikroorganismen in der Tiefsee vor sich geht. Das US-Energieministerium hatte im Dezember mitgeteilt, die Mikroben würden das Öl recht schnell abbauen. Das Projekt, mit dem der Abbau des Öls untersucht wird,

wird laut Medienberichten von BP finanziert. Den Ergebnissen widersprechen nun Befunde der renommierten Meereswissenschaftlerin Samantha Joye. Demnach kommen die Mikroben nur sehr langsam mit dem Abbau des Öls voran – warum, ist bisher unklar. Die unterschiedlichen Befunde führt die Wissenschaftlerin darauf zurück, dass an unterschiedlichen Orten gemessen wurde.

Weiterhin sind die langfristigen direkten und indirekten Folgen der Ölverschmutzung noch immer nicht abschätzbar. So benutzte BP riesige Mengen des Lösungsmittels Corexit, um ein Absinken des Öls zu verhindern. Zwar seien die vorhandenen Konzentrationen der Chemikalie noch nicht toxisch, erklärte der Geochemiker David Velantine von der University of California. Die Tiefsee sei allerdings ein sensibles Ökosystem und an Chemikalieneinflüsse nicht gewöhnt, deshalb seien die Folgen schwer abzusehen. [am]

- Samantha Joye: www.gulfblog.uga.edu
- University of California: www.kurzlink.de/pr-univ-cal-2601

Internationale Fischbestände

Meere als Futtertrog

■ Weltweite Fischbestände sind nicht nur durch den Fang zum Verzehr bedroht, sondern zunehmend auch durch den Fischfang zur Verfütterung an fleischfressende Fische in Zuchten. Zu diesem Schluss kommt eine Studie des Zentrums für Fischerei an der University of British Columbia in Kanada. Die Studie, die beim Jahrestreffen der nordamerikanischen Forschervereinigung AAAS präsentiert wurde, zeigt, dass Raubfische am stärksten von der Überfischung betroffen sind. Dies gefährde das Gleichgewicht der marinen Ökosysteme, da die natürlichen Feinde kleinerer Fische fehlen. Allerdings seien auch letztere Arten aufgrund der steigenden Zahl der Fischfarmen zunehmend durch Überfischung bedroht. [am]

- www.kurzlink.de/aaas-decl-fisheries

EU-Fischereipolitik

Damanaki will Rückwürfe verbieten

■ Die EU-Kommissarin für Fischerei und maritime Angelegenheiten Maria Damanaki hat Anfang März in einer Rede auf dem erstmals stattfindenden Gipfel zu Rückwürfen im Fischfang ein Ende dieser umstrittenen Praxis gefordert. Die Kommissarin bezeichnete dies als zentrale Herausforderung für die EU-Fischereipolitik.

Rückwürfe von sogenanntem Beifang machen nach Zahlen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) weltweit acht Prozent des gesamten Fischfangs aus. In manchen Fischbeständen werden bis zu 70 Prozent der gefangenen Fische wieder ins Meer geworfen, wo sie zumeist verenden. Die EU-Kommission will Rückwürfe deshalb schrittweise im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik verbieten. Mit welchen Instrumenten sie dieses Verbot umsetzen will, sei dabei noch nicht entschieden. Eine Möglichkeit sei, anstelle der Fangmengen die Zeit, die große Fischerboote auf See verbringen dürfen, zu begrenzen. Alternativ könnte die Kommission die Fangquoten durch Quoten für den Beifang ergänzen. Zentral für beide Vorschläge wäre die Überwachung der Fischer mithilfe von Kameras ab einer bestimmten Schiffsklasse, um die Einhaltung des Rückwurfverbots zu überprüfen. [am]

► Rede: www.kurzlink.de/damanaki-discard0103

Ostseever Verschmutzung

Bericht sieht viele Fortschritte

■ Die Helsinki-Kommission für den Schutz der Meeresumwelt im Ostseeraum (Helcom) hat auf ihrer Jahreskonferenz Anfang März einen Überblick über den Stand der Umsetzung des Ostseeaktionsplans gegeben, der die Verschmutzung der Ostsee radikal reduzieren soll.

Das verabschiedete Dokument zeigt unter anderem sogenannte prioritäre Be-

reiche auf, die den Prozess vereinfachen sollen. Alle Ostseeanrainer, so heißt es in dem Papier, hätten nun nationale Umsetzungsprogramme für den Aktionsplan erarbeitet. So hätten viele Anrainer Anstrengungen wie eine bessere Klärung von Abwässern unternommen, um den Eintrag in die Ostsee zu reduzieren. Dazu gehörten auch die diffusen Quellen etwa aus der Landwirtschaft. Viele Länder hätten auch schon Phosphate in Waschmitteln verboten. Zudem machten die Schutzgebiete inzwischen über zehn Prozent der Ostseefläche aus. Die Pläne zur Stärkung der Kontrolle von Stickoxiden (NO_x) aus Schiffen wurden verschoben, da keine Einigung erzielt werden konnte. [bv]

► www.kurzlink.de/helcom-march9-2011

Ostseeregion

Entwicklungsperspektiven

■ Eine Studie des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts analysiert die Entwicklungsperspektiven der Ostseeregion. Schwerpunkt ist dabei die wirtschaftliche Entwicklung durch den Ausbau der Wissensgesellschaft in den Anrainerstädten und verstärkten Handel. Als zentrale Herausforderung für die Region sieht die Studie den demografischen Wandel. Zwar werden die Auswirkungen des Klimawandels auf die Region nicht behandelt, regionale Klimaschutzmaßnahmen werden aber diskutiert. Außerdem beinhaltet die Studie zwar kein Kapitel zu Umweltschutz, integriert das Thema aber in die jeweiligen Politikfelder. [am]

► www.kurzlink.de/ostsee-entw-rep16

Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie

Fischwanderhilfen ohne Plan

■ Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort auf eine kleine Anfrage der Grünen ihre Pläne zur Wiederherstellung der Durchgängigkeit der Bundeswasserstra-

ßen für wandernde Fischarten dargelegt. Die Grünen hatten nach den konkreten Schritten und Finanzierungsplänen zur Umsetzung der Vorgaben in der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) gefragt. Die WRRL schreibt das Erreichen eines guten ökologischen Zustands der Gewässer bis 2015 vor. Dazu müssen Oberflächengewässer auch für Fische durchgängig sein.

Die Bundesregierung will jedoch erst 2015 Empfehlungen und Umsetzungskonzepte zur Durchgängigkeit in die Gewässerbewirtschaftungspläne aufnehmen. Sie macht in ihrer Antwort auch keine Angaben darüber, woher die für den Umbau der Staustufen benötigten Gelder kommen sollen. Darüber werde erst entschieden, wenn haushaltsreife Unterlagen vorlägen. Im Haushalt für 2012 werden demnach zunächst keine Investitionsmaßnahmen für die Durchgängigkeit der Wasserstraßen veranschlagt. [am]

► www.kurzlink.de/kl-anfrage-ds17/4363

► www.kurzlink.de/eu-wrml

Klimawandel

Häufige Starkniederschläge

■ Zwei neue Studien, die Mitte Februar in der Fachzeitschrift Nature veröffentlicht wurden, zeigen, dass die globale Erwärmung nicht mehr nur wahrscheinlich, sondern substanziell zu häufigeren und intensiveren Starkniederschlägen und Überflutungen beiträgt. Das berichtet der EU-Infodienst Euractiv.

In einer Studie, die Ursachen des Herbsthochwassers in Großbritannien im Jahr 2000 untersuchte, konnte über Computersimulationen nachgewiesen werden, dass das Hochwasserrisiko infolge des Klimawandels um mehr als 20 Prozent gestiegen war. In weiteren Fällen wurde sogar ein um 90 Prozent erhöhtes Hochwasserrisiko ermittelt. Besonders Industrieländer werden laut der Studie von Starkniederschlägen und Überflutungen betroffen sein. [jgl]

► www.kurzlink.de/hochwasserrisiko

Globale Wasserversorgung

Gipfel der Privatisierer

■ Am 18. und 19. April findet in Berlin ein globaler Wassergipfel statt. Dabei treffen sich Investoren, Politikerinnen, Führungspersonen mächtiger Versorgungsunternehmen und großer industrieller Wasserverbraucher sowie Technologiefirmen. Sie wollen sich laut Programm über neue Finanzierungs- und Investitionsmöglichkeiten im Wassergeschäft als Ausweg aus der Wirtschaftskrise austauschen.

Die nach eigenen Angaben „wichtigste Veranstaltung im internationalen Wasserkalender“ stößt aber auch auf Kritik. „Durch ‚Inspiration, Interaktion und persönlichen Kontakt‘ sollen in Zeiten knapper öffentlicher Kassen Auswege aus der Wasserkrise aufgezeigt werden, sprich: Werbung für die Privatisierung gemacht werden“, interpretierte Uwe Hoering vom kritischen Themendienst Globe Spotting das Treffen.

Als Höhepunkt der Konferenz ist ein Dinner mit Kofi Annan angesetzt. Der ehemalige Generalsekretär der Vereinten Nationen tritt als Ehrenredner auf. [fl]

- Offizielle Webseite: www.watermeetsmoney.com
- Kritische Webseite: www.watermakesmoney.com
- Globe Spotting: www.globe-spotting.de (Themen – Weltwassertag – News – 15. Februar 2011)

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

Nachhaltiges Wachstum/UN

UNEP stellt eigenen Wachstumsbericht vor

■ In Vorbereitung der Diskussion über „grünes Wirtschaften“ beim 26. globalen Umweltministerforum vom 21. bis 24. Februar in Nairobi (siehe Beitrag S. 23) hat das Umweltprogramm der Vereinten Nationen UNEP einen Bericht vorgelegt. Darin listen die UN-Experten zehn Schlüsselbereiche auf, in die zwei Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) investiert werden müssten, um den ökologischen Fußabdruck der Menschheit bis 2050 zu halbieren und gleichzeitig Beschäftigung zu garantieren wie auch die Armut zu bekämpfen. Die rund 1,3 Milliarden US-Dollar jährlich müssten in die Bereiche Abfallmanagement, Land- und Forstwirtschaft, Energieversorgung, Fischerei, Bauwesen, Industrie, Tourismus, Verkehr und Wasserversorgung fließen. Darüber hinaus hält der UNEP-Bericht politische Reformen auf nationaler und internationaler Ebene für nötig. Insgesamt stünden Wachstum und nachhaltiger Umweltschutz in einer ökologischen Marktwirt-

schaft nicht im Gegensatz zueinander, so die Autoren. Laut einer Modellrechnung könne vielmehr mit einem Zugewinn an Ressourcen und einem höheren BIP gerechnet werden. Außerdem würden die negativen Folgen des Klimawandels, die zunehmende Wasserknappheit und der Verlust der Artenvielfalt bekämpft. Die UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung Rio+20 im kommenden Jahr sei „eine hervorragende Gelegenheit, um den Weg zu einer nachhaltigeren, sichereren und gerechteren Welt einzuschlagen“, heißt es in der Zusammenfassung.

„Die in dem UNEP-Bericht beschriebene ökologische Marktwirtschaft ermöglicht eine zielgerichtete und pragmatische Bewertung des bisherigen Übergangs von Ländern, Gemeinden und Unternehmen zu einem nachhaltigeren Konsum und einer nachhaltigeren Produktion“, sagte UNEP-Direktor Achim Steiner. Man habe aber auch berücksichtigt, „dass die grundlegenden Signale, die eine Wirtschaft lenken, sich im Rahmen einer öffentlichen Ordnung und einer Resonanz des Marktes entwickeln müssen“.

[jg]

- UNEP-Bericht: www.unep.org/greeneconomy
- Kurzfassung der Schlussfolgerungen (deutsch): www.kurzlink.de/greeneconomy-de.pdf
- Genauere Angaben zu einzelnen Sektoren: www.kurzlink.de/unep-88-deutsch.pdf

**Besser statt mehr**

Was garantiert uns Wohlstand und sozialen Frieden? Wie ein Mantra kommt die Antwort aus Politik und Wirtschaft: Wachstum. Aber dürfen wir das angesichts der jüngsten Wirtschaftskrisen noch glauben? Der britische Ökonom Tim Jackson fordert rigoroses Umdenken und die Entwicklung einer neuen Wirtschaftsordnung, die auf einem anderen Wohlstandsbegriff beruht. Im Mittelpunkt seiner Überlegungen stehen eine nachhaltige Ökonomie und die Vision einer blühenden Gesellschaft innerhalb bestehender ökologischer Grenzen.

T. Jackson

Wohlstand ohne Wachstum

Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt

240 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 22,95 EUR, ISBN 978-3-86581-245-2

Erhältlich bei www.oekom.de, kontakt@oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft

oekom

Nachhaltiges Wachstum/EU

UNEP und EU in neuer strategischer Kooperation

■ Eine neue strategische Vereinbarung haben EU-Umweltkommissar Janez Potočnik und UNEP-Direktor Achim Steiner während des Globalen Umweltministerforums im Februar in Nairobi (siehe S. 23 und 28) getroffen. Das multilaterale Abkommen beinhaltet Finanzzusagen über 50 Millionen Euro für etwa 60 Projekte.

Bis 2013 will die EU-Kommission das UN-Umweltprogramm UNEP aus Mitteln der „thematischen Strategie für Umweltschutz und nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen einschließlich Energie“ unterstützen. Die in dieser Strategie enthaltenen Ziele und die in der Europa-2020-Strategie verankerten Ideen für ein „intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ sollen mit dem Geld gefördert werden. Wofür genau die EU-Mittel fließen, soll in den nächsten Monaten besprochen werden. Darüber hinaus wollen die EU-Kommission und UNEP den kenianischen Mau-Wald schützen und dafür Gelder bereitstellen. Im Mau-Wald entspringen zwölf Flüsse.

Die strategische Vereinbarung fand im Rahmen des globalen Umweltministerforums zum Thema Green Economy statt (siehe den vorhergehenden Beitrag). In einer Rede stellte EU-Umweltkommissar Janez Potočnik unter anderem fünf Thesen vor, die seiner Meinung nach alle bisherigen Ansätze für eine umweltfreundliche Wirtschaft – von UNEP, der OECD, der G8 oder der G20 – aufweisen.

Erstens, so Potočnik, sei eine Strategie für „Grünes Wirtschaften“ nur einer von vielen Wegen und könne das umfassendere Ziel einer nachhaltigen Entwicklung nicht ersetzen; es sei allerdings wichtig, um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Zweitens müsse eine solche Strategie Wachstum und Arbeitsplätze bringen, um Armut zu bekämpfen; allerdings brauche man dafür Zeit, natürliche und finanzielle Ressourcen – und die Probleme der Übergangsphase müssten aktiv bearbeitet werden. Drittens müsse eine derartige Strategie

das Naturkapital in den Mittelpunkt stellen und die Ökosystemdienstleistungen entsprechend wertschätzen. Viertens könne die Förderung der Green Economy nicht nur Aufgabe der Umweltressorts auf den verschiedenen Ebenen sein: Die Verantwortung liege auch bei der Wirtschaft selbst und dort müsse ebenfalls gehandelt werden. Fünftens könne es kein globales Modell geben, sondern nur nationale und regionale Ausgestaltungen der Strategie – was nicht heiße, dass es keinen Raum für internationale Kooperationen gebe.

Als Beispiel für die EU-Politik in Sachen „Grünes Wirtschaften“ nannte Potočnik die Europa-2020-Strategie und deren Ziel, die Ökonomie CO₂-ärmer und ressourceneffizienter zu machen. Auf der globalen Ebene solle der UN-Gipfel für Nachhaltige Entwicklung 2012 in Brasilien (Rio+20) für die Verabschiedung eines Rahmens für Ressourcenpolitik genutzt werden. [jg]

- UNEP-Seite zum Treffen: www.unep.org/gc/gc26
- Vereinbarung: www.kurzlink.de/ec-unesp.pdf

Nachhaltiges Wachstum/OECD

„Bedenklich schwache“ Wachstumsstrategie

■ Ende Januar hat der Rat der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) einen Bericht zur „grünen Wachstumsstrategie“ veröffentlicht. Die OECD erarbeitet – ähnlich wie die UN (siehe Meldung auf der vorhergehenden Seite) – zurzeit eine Strategie zu „Green Growth“.

Bis Ende Februar konnten interessierte Gruppen den OECD-Synthesebericht und die darin enthaltenen Indikatoren kommentieren. Umweltorganisationen unter Federführung des Europäischen Umweltbüros (EEB) nannten das Dokument nicht hinreichend lösungsorientiert und bedenklich schwach. Schon die Grundannahme, die Menschheit lebe noch innerhalb der ökologischen Grenzen, sei falsch. Um Schlimmeres zu verhindern, sei schnelles Handeln notwendig. Dafür

fehle jedoch ein genauer Zeitrahmen, kritisieren die Umweltverbände. Zudem fehle eine Kalkulation der Kosten, die entstehen würden, wenn angemessenes Handeln unterbleibt. Außerdem mache die Studie die Notwendigkeit grüner Wachstumsstrategien nicht genügend deutlich und hebe die Folgen von Klimawandel und Biodiversitätsverlust nicht ausreichend hervor. Auch die soziale Frage werde nicht ernst genug genommen.

Bis auf einen der vorgeschlagenen Indikatoren für ökologische Effizienz beziehen sich der EEB-Kritik zufolge alle auf die relative Entkopplung vom Wirtschaftswachstum, obwohl der Synthesebericht selbst sage, dass dies keine ausreichende Information über Umweltwirkungen gewährleiste. Indikatoren müssten aber absolute Werte zur Entkopplung liefern. Deshalb müsse die OECD die Indikatoren überarbeiten.

Ende März wollte die OECD einen zweiten Entwurf veröffentlichen, der bis Mitte April für weitere Kommentare offen sein soll. Ende Mai will der OECD-Ministerrat den Synthesebericht und ein zugehöriges Indikatorenpapier verabschieden. [fl, jg]

- www.oecd.org/greengrowth
- EEB, Catherine Pearce, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2891302, E-Mail: catherine.pearce@eeb.org, www.eeb.org

Ökotextilien

Genossenschaft gegründet

■ Kundinnen und Mitarbeiter des Ökomodehauses Hess Natur haben im März in Kassel eine Genossenschaft zur Weiterführung des Unternehmens gegründet. Sie werden vom Netzwerk Solidarische Ökonomie, vom Genossenschaftsverband ZdK, von der Kampagne für Saubere Kleidung sowie von Attac-Aktiven unterstützt. Die Initiative hatte sich formiert, nachdem bekannt geworden war, dass der Privatequity-Fonds Carlyle das Versandhaus übernehmen könnte, das als Vorreiter für öko-faire Textilien gilt. [mb]

- www.hngeno.de

THEMA

Gerechtigkeit durch Umweltschutz

Der Deutsche Naturschutzring möchte ökologische und soziale Fragen stärker miteinander verbinden. Eine neue Internetplattform soll nicht nur über die Hintergründe informieren, sondern vor allem gelungene Projekte vorstellen, die gleichzeitig Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit fördern. Aktive können eigene Projekte vorschlagen, über die berichtet werden soll.

■ Der Deutsche Naturschutzring hat eine neue Internetseite für Nachhaltigkeit und ökologische Gerechtigkeit eingerichtet. Auf www.nachhaltigkeits-check.de informieren DNR, BUND und NABU über ihr Engagement. Der Schwerpunkt des DNR liegt darin, ökologische und soziale Nachhaltigkeitsaspekte miteinander zu verbinden. In einem Blog werden Natur- und Umweltschutzprojekte präsentiert, die gleichzeitig positive soziale Folgen haben. Besucherinnen und Besucher können Kommentare schreiben und eigene Projekte vorstellen, über die berichtet werden soll. Die besten von ihnen werden in einer Broschüre zusammengefasst. Der BUND legt den Schwerpunkt auf die „zukunftsfähige Kommune“. Der NABU und sein Jugendverband NAJU setzen sich mit dem Jugendbildungsprojekt „Grundlos glücklich“ dafür ein, den Flächenverbrauch zu reduzieren.

Es gibt unzählige Beispiele für positive soziale Folgen des Umweltschutzes. Aktivitäten von ehrenamtlichen Natur- und Umweltschützern sind häufig nur dann erfolgreich, wenn viele Menschen gemeinsam aktiv werden. Solche Projekte fördern das Miteinander, statt auszugrenzen. Technische Umweltmaßnahmen tragen dazu bei, weniger Energie und knappe Ressourcen zu verbrauchen, langfristig Kosten zu reduzieren und Arbeitsplätze in Zukunftsbranchen zu schaffen. Der Ausbau des

öffentlichen Nahverkehrs gewährleistet soziale Teilhabe für Junge, Alte, Behinderte und alle Menschen ohne eigenes Auto. Und geringere Umweltbelastung und der Zugang zu Naturressourcen sind wichtige Beiträge zur Gesundheitsvorsorge.

Oft fehlt das Problembewusstsein

Menschen mit wenig Geld, einem niedrigen Bildungsstand und anderen sozial benachteiligenden Merkmalen sind oft auch am stärksten von Umweltbelastungen betroffen. Sie haben weniger Zugang zu Umweltgütern wie sauberer Luft, Grünflächen und Gewässern und sie sind Belastungen wie Lärm und Schadstoffen stärker ausgesetzt. Dennoch sind es vor allem Besserverdienende und Hochgebildete, die dem Umweltschutz eine große Bedeutung beimessen. Zuletzt hat das die Studie des Umweltbundesamtes zum „Umweltbewusstsein in Deutschland 2010“ (umwelt aktuell 03.2011, S. 37) gezeigt. Menschen, die dem sogenannten prekären Milieu zugeordnet werden, sehen Umweltschutz dagegen nur sehr selten als wichtiges politisches Thema an. Die eigenen Möglichkeiten zur Einflussnahme werden in dieser Gruppe kaum gesehen – die Engagementquote liegt bei nur drei Prozent. In einigen anderen Milieus engagiert sich dagegen schon ein Fünftel für Umwelt- und Naturschutz!

Ökologische Gerechtigkeit als Chance für Umweltverbände

Die sozialen Folgen des eigenen Handelns zu bedenken sollte eigentlich selbstverständlich sein. Für Umwelt- und Naturschutzverbände kann dies außerdem eine Möglichkeit sein, neue Zielgruppen zu erreichen und mehr Menschen für ihre Anliegen zu gewinnen. Immerhin ein Viertel der Menschen, die dem prekären Milieu zugeordnet werden, kann sich vorstellen sich für den Umweltschutz zu engagieren. Das Interesse ist also vorhanden, doch oft fehlen die passenden Angebote. Erfahrungen zeigen, dass zum Beispiel türkische Umweltgruppen in Ballungsgebieten auf großes Interesse stoßen. Mit einer kostenlosen Energiesparberatung werden sozial schwache Familien erreicht, die kein Interesse an umfänglichen Broschüren haben, aber sich umso mehr über die niedrigere Stromrechnung freuen.

Wenn Sie weitere Projekte kennen oder selber durchführen, die soziale und ökologische Themen verbinden, würden wir uns über Ihre Nachricht freuen. Wir berichten gerne im Internet und in der geplanten Broschüre darüber. **[Florian Noto]**

► DNR, Nachhaltigkeitsprojekt, Florian Noto, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177584, E-Mail: florian.noto@dnr.de, www.nachhaltigkeits-check.de



Ferien – zu fairen Preisen – im Luxus Natur
www.naturfreunde-ferien.de



DNR INTERN

Projektbericht

Effiziente EU-Koordination

■ Langfristige europäische Umweltpolitik sowie Energieeffizienz waren die inhaltlichen Schwerpunkte der EU-Koordination des DNR im letzten halben Jahr. Im Januar fand ein „EU-politischer Umweltimpuls“ zum 7. Umweltaktionsprogramm (UAP) der EU statt. Die EU-Koordination koordinierte Lobbytermine bei der EU-Kommission und bei der Ständigen Vertretung der Bundesregierung in Brüssel und warb mit Briefen bei Entscheidungsträgern für ein 7. UAP.

Zu Energieeffizienz veranstalteten die Mitarbeiterinnen Fachworkshops und leisteten Lobbyarbeit bei der EU-Kommission, bei EU-Abgeordneten und bei der Bundesregierung. Dabei konnten sie ein breites Bündnis für Energieeffizienz mobilisieren.

Anfang Mai findet ein Workshop zur Klima-Roadmap 2050 (siehe S. 13) statt, um den Druck für ein ehrgeizigeres EU-Klimaziel für 2020 zu erhöhen. Im Sommer organisiert die EU-Koordination eine Lern- und Lobbyfahrt nach Brüssel, bei der die TeilnehmerInnen einen Einblick in den Lobbydschungel erhalten. Termine bei EU-Kommission und Ministerrat, bei EU-Abgeordneten und Brüsseler Umweltverbänden stehen auf dem Programm.

Ressourceneffizienz kommt im Mai als neues Thema hinzu. Geplant sind eine Veranstaltung zu dem für den Sommer erwarteten EU-Ressourceneffizienzfahrplan sowie ein Themenheft. Auch die Energieeffizienzrichtlinie wird begleitet.

Auf ihrer Internetseite informiert die EU-Koordination über ihre aktuellen Arbeitsschwerpunkte. Außerdem veröffentlicht sie täglich Nachrichten aus der EU-Umweltpolitik und versendet wöchentlich einen E-Mail-Newsletter. [Antje Mensen]

- DNR EU-Koordination, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-70, Fax -80, eu-info@dnr.de, www.eu-koordination.de

EHRENAMT

Regionalkonferenz

Naturschutz interkulturell und generationsübergreifend

■ Am 27./28. Juni veranstaltet der Deutsche Naturschutzring die Impulskonferenz „Freiwillige für den Naturschutz – generationenübergreifend und interkulturell“. Der Kongress in Potsdam ist eines von acht deutschen Projekten, die das Bundesfamilienministerium und die EU-Kommission für das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit (EJF) ausgewählt haben. Bundesumweltminister Norbert Röttgen und Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck haben ihre Teilnahme zugesagt.

Der DNR verfolgt mit der Konferenz vor allem zwei Ziele. Zum einen sollen der Erfahrungsaustausch und die Fortbildung von ehrenamtlich Tätigen in den verschiedenen Bereichen des Natur- und Umweltschutzes gefördert werden. Für die entsprechenden Arbeitsgruppen wird um vorherige Anmeldung gebeten. Zum anderen geht es darum, mehr Menschen mit Migrationshintergrund, Ältere, Jugendliche und Frauen zu gewinnen.

Die Übernahme von Reise- und Übernachtungskosten ist möglich. [sl]

- DNR, Dr. Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005. Konferenzorganisation: Sina Lengelsen, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177587, E-Mail: sina.lengelsen@dnr.de, www.dnr.de
- EJF: www.ejf2011.de (Projekte)

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

Stadtentwicklungspolitik

Bürgerstiftungs-Preis

■ Um die Kooperation für die Stadtentwicklung und den sozialen Zusammenhalt sowie die Anerkennungskultur in den

Städten zu fördern, vergeben das Bundesverkehrsministerium, der Deutsche Städtetag und die Länder den Bürgerstiftungs-Preis 2011. Bis zum 30. April können sich Bürgerstiftungen bewerben, die sich erfolgreich um kommunale Problemkreise gekümmert oder sich um zukunftsorientierte Ansätze des bürgerschaftlichen Engagements in der Stadt verdient gemacht haben. [mb]

- www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de (Bürgerstiftungs-Preis)

Umweltfreundliches Arbeiten

B.A.U.M. sucht Büro

■ Der Bundesdeutsche Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M.) kürt wieder das bundesweit umweltfreundlichste Büro. Anfang Februar wurde der Wettbewerb „Büro und Umwelt“ im Rahmen der Paperworld-Messe in Frankfurt am Main eröffnet. Es gibt drei Kategorien je nach Anzahl der MitarbeiterInnen sowie eine Sonderkategorie für Behörden und andere Einrichtungen. Die Teilnahme erfolgt per E-Mail. In einem Fragenkatalog muss Auskunft zu Themen wie Wertstoffe und Entsorgung, aber auch über Büromöbel und -einrichtung gegeben werden. Bewerbungsschluss ist der 31. Mai. [hmp]

- www.buero-und-umwelt.de

Wildtiere

Forschungspreis

■ Die Deutsche Wildtier-Stiftung hat ihren Forschungspreis 2011 ausgeschrieben. Wer zur Ökologie einheimischer Wildtiere oder der Beziehung zwischen Mensch und Wildtier forscht, kann sich bis zum 31. Mai für ein Stipendium bewerben. Über die Vergabe entscheidet eine unabhängige Jury von renommierten Fachwissenschaftlern. [mb]

- www.deutschewildtierstiftung.de

REZENSIONEN

Visionen für eine Ökokratie

Die Grenzen der Belastbarkeit der Ökosysteme müssen unantastbar sein wie die Würde des Menschen. Querdenker Bernhard Pötter plädiert für die Einrichtung einer Zukunftsbank Europa, die darüber wacht, dass staatliche und private Akteure diese Grenzen nicht überschreiten.



Alt Bundeskanzler Helmut Schmidt empfahl, Menschen mit Visionen mögen einen Arzt aufsuchen. Der Umweltjournalist und Taz-Mitarbeiter Bernhard Pötter gibt einen alternativen Rat: „Menschen ohne Visionen sollten einen Psychiater aufsuchen.“ Mit seinem Buch „Ausweg Ökodiktatur?“ möchte er den LeserInnen diesen Gang allerdings ersparen.

Die westlichen Demokratien, so Pötters Beobachtung, sind angesichts der komplexen ökologischen Probleme strukturell überfordert. In Sachen Freiheit, Sicherheit und Wohlstand stellten sie zwar ein Erfolgsmodell dar – „aber sie scheitern an der Zukunft“. Die Mechanismen dafür, warum demokratische Systeme trotz wissenschaftlicher Studien und Zahlen in kollektiver Verhaltensstarre verharren, analysiert der Autor aber leider nur oberflächlich. Pötter verweist auf die Kurzsichtigkeit ökonomischer Quartalszahlen, die Logik permanenten Wahlkampfes und die Verzahnung des politischen mit dem kapitalistischen System. „Wie unsere Demokratie an der Umweltkrise scheitert“ – diese Frage aus dem Untertitel des Buches wird wider Erwarten nicht systematisch beantwortet.

Umso enthusiastischer und dabei sehr überzeugend skizziert Pötter aber den seiner Ansicht nach einzig möglichen Ausweg aus dem paradoxen Dilemma: Was wir brauchen, ist eine Ökokratie, keine Ökodiktatur. Im Gegensatz zu Letzterer sei mit der Ökokratie nicht die Aufgabe jeglicher Mitbestimmung verbunden. Vielmehr stelle sie eine Erweiterung der liberalen Demokratie dar. So wie diese die unantastbare (!) Würde des Menschen und

dessen Grundrechte als nicht verhandelbare Grenzen politischen Handelns akzeptiert, dürften auch die Grenzwerte für Ressourcenverbrauch und Belastbarkeit der Ökosysteme als „Ewigkeitswerte“ nicht zur Debatte stehen. Kurz: „Die Idee von den ‚Grenzen des Wachstums‘ findet in der Ökokratie ihren Niederschlag als Leitfaden der Politik.“ Dem reflexartigen Aufschrei, damit schränke man die Freiheit des Einzelnen ein, begegnet Pötter mit dem Argument, dass es zum Wesen der Demokratie selbst gehöre, ständig die Balance zwischen der Freiheit des Einzelnen und deren Beschränkung um der Freiheit der anderen willen finden zu müssen. Absolute Freiheit sei weder möglich noch wünschenswert. Im Gegenteil, die Option des „Weiter so“ führe zu Hungeraufständen und Massmigration, die unsere Formen ziviler Konfliktauflösung und damit die politische Freiheit des Einzelnen bedrohten.

Institutionelles Herzstück der Ökokratie ist die „Zukunftsbank Europa“ (ZBE). Für die Stabilität des ökologischen Systems soll sie das sein, was die EZB für das Geldsystem ist. Sie soll dafür sorgen, dass staatliches und privates Handeln die ökologischen Grenzen nicht überschreitet. Innerhalb des von ihr gesetzten Rahmens finden wie bisher Mehrheitsentscheidungen und Auseinandersetzungen um soziale Gerechtigkeit statt. Einziger, aber wesentlicher Unterschied: Die ZBE verhindert, dass dies zulasten der anderswo Lebenden, der Nachgeborenen und des Planeten geht. Der Autor, der sich seit Jahren mit den Möglichkeiten der Politik unter den Bedingungen des Klimawandels beschäftigt, formuliert in seinem Buch eine in der Tat alternativlose Vision. **[Eva Mahnke]**

► Pötter, B.: Ausweg Ökodiktatur? Wie unsere Demokratie an der Umweltkrise scheitert. oekom, München 2010, 93 S., 8,95 €, ISBN 978-3-86581-219-3

Diktatur der Wirtschaft

Unsere Demokratie stützt sich auf Werte wie Freiheit und Gleichheit. Doch akzeptieren wir nicht bereits die Herrschaft des Marktes? Ein Plädoyer für eine Regionalisierung.



Die Diktatur der Wirtschaft kommt „nicht mit Pauken und Trompeten, sondern auf Samtpfoten“. So drückt es der Politikberater Hans-Joachim Schemel in seinem kritischen Buch

über den Zustand der Demokratie aus. Diese sieht er gefährdet, denn die neoliberale Globalisierung lässt die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklaffen. Das wird auch in Deutschland immer deutlicher. Der wachsenden Arbeitslosigkeit, dem Zuviel politischer Macht durch angehäuften Eigentum und dem Überschreiten der natürlichen Grenzen versucht der Staat bisher mit drei Prinzipien beizukommen: Sozialstaat, Demokratie und Nachhaltigkeit. Aber schon Demokratie als politisches System ist für eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung keine Bedingung, wie der Autor an den Beispielen China und Singapur zeigt.

Die Möglichkeiten des Staates, mit geeigneten Rahmensetzungen dafür zu sorgen, dass die Wirtschaft dem Menschen dient und nicht umgekehrt, schwinden umso schneller, je mehr die „freien“, unregulierten Kräfte des Marktes Verhaltensweisen stärken, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt untergraben. Schemel nennt hier Wettbewerb, Isolation und Verantwortungslosigkeit. Hinzu kommt das schwindende Interesse der meisten BürgerInnen, sich aktiv politisch zu engagieren. Stattdessen treten „Undercover-Organisationen für Unternehmen“ (Hermann Scheer) wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft mit vermeintlicher Expertise für einen alternativlosen Wirtschaftsliberalismus an. Dabei läuft der globale Standortwettbewerb mit seinen

verschiedenen Phasen „in die falsche Richtung“, denn die herrschende neoliberale Ideologie erpresst inzwischen die Staaten: Entweder retten sie die großen Banken oder sie akzeptieren den Zusammenbruch des Finanzsystems.

Wirkungsvoll engagierte Menschen verfolgten meist altruistische und egoistische Motive. Erstarkende Bürgerbewegungen wie gegen Stuttgart 21 zeigen, dass lokale Aktivitäten sehr erfolgreich sein können. Nicht zuletzt deshalb fordert der Autor als demokratieverträgliche Wirtschaftsordnung eine weltweite Regionalisierung. Sie soll der Politik Vorrang vor der Wirtschaft geben, kleinere Kreisläufe in einer vielfältigen Wirtschaftsstruktur stärken sowie das Prinzip der Subsidiarität verfolgen, sodass Entscheidungen möglichst nahe an der Bevölkerung fallen.

Schemel gibt zu, dass noch viele Fragen offenbleiben. Das gut recherchierte und mit Verweisen gespickte Buch gibt jedoch auch viele Antworten und erklärt die komplexen ökonomischen Vorgänge nachvollziehbar. Schon das macht es lesenswert.

[Juliane Grüning]

- Schemel, H.-J.: Wirtschaftsdiktatur oder Demokratie? Wider den globalen Standortwettbewerb – für eine weltweite Regionalisierung. Publik-Forum, Oberursel 2010, 269 S., 18,90 €, ISBN 978-3-88095-206-5

Elf ökonomische Konzepte für den Weg aus der Krise



► Wie kommt die Gesellschaft aus der Ökokrise? Gründe für das neue Buch von Frank Adler, Soziologe in der Nachhaltigkeitsforschung, und Ulrich Schachtschneider, der als Sozialwis-

senschaftler und Energieberater tätig ist, gibt es genug. Die Gesellschaft muss angesichts von Klimawandel, Arten- und Ressourcenschwund umsteuern und sich

selbst und ihre Gewohnheiten hinterfragen. Viele schließen sich dieser grundsätzlichen Forderung an, aber die Frage, welcher Weg dabei vor allem aus ökonomischer Sicht gewählt werden soll, spaltet die Wissenschaft.

Das vorliegende Buch beschreibt elf zum Teil völlig konträre Konzepte, die in drei Kapitel eingeordnet sind: „Fundamentale Systemwechsel“, „Modernisierung im System“ und „Phasenwechsel mit offenem Ausgang“. Bei den Strategien in der Rubrik Systemwechsel geht es überspitzt formuliert darum, die bisherigen Wertvorstellungen der Gesellschaft abzuschaffen und durch eine „Regentschaft der Natur“ zu ersetzen. Die beiden Konzepte in Kapitel zwei verfolgen den Ansatz der Modernisierung im System. Das Zauberwort lautet hier „Technologie“. Im dritten Kapitel geht es um den sozial-ökologischen Phasenwechsel, der von den Autoren selbst als „tief greifende ... Veränderungen in der Funktionsweise grundlegender Verhältnisse, Dynamiken, Institutionen“ definiert wird. Vieles Beschriebene gleitet ins Abstrakte, aber einige Auswege und Visionen sind auch recht konkret ausgeführt.

Schließlich ziehen die Autoren ein Resümee. Die Positionen und Argumente der verschiedenen Pfade werden noch einmal zusammengestellt, was sehr angenehm ist, denn bei den sehr ausführlichen, manchmal auch ausschweifenden Beschreibungen das wirklich Wichtige im Auge zu behalten, ist schwierig. Die Zahl der Quellen und Denkansätze ist hoch, das Behandelte sicherlich bedeutender als das Buch selbst. Schon allein aufgrund des pink-grünen Taschenbucheinbands ist schwer vorstellbar, dass sich ein Wissenschaftler auf das Buch beruft. Es ist zu wissenschaftlich für den Mainstream, vor allem wegen der gewählten Sprache, und zu unwissenschaftlich für ausgewiesene Experten. Bleibt also ein enger Kreis von Interessierten, für die das Buch dann aber sehr zu empfehlen ist.

[Felix Eick]

- Adler, F.; Schachtschneider, U.: Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise. oekom, München 2010, 320 S., 24,90 €, ISBN 978-3-86581-213-1

INTERNET

Einspruch für die Umwelt

► „Auch die Natur braucht einen Anwalt“, heißt es auf der Seite der Juristen für Umweltschutz. Die Gruppe

will umweltpolitisch aktiven Einzelpersonen und Organisationen mit kostenloser juristischer Beratung zur Seite stehen und damit einen Beitrag zum Schutz der Umwelt leisten. Auf der Internetseite findet man sich gut zurecht und kann rechtliche Unterstützung gegebenenfalls direkt beantragen. Auch Juristen mit Tatendrang haben die Möglichkeit, per Klick einen offenen Fall zu übernehmen. [hmp]

► www.jufum.de

Vereinte Informationen

► Mehr als 60 Millionen Dateneinträge aus allen Staaten der Welt – das ist UNdata, die Datenbank der Vereinten Nationen. Die Themen reichen von Umwelt und Energie über Demografie und volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen bis hin zu Gesundheit. Die Informationen werden von großen UN-Organisationen wie der Weltgesundheitsorganisation WHO oder der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO geliefert. So bietet die Internetseite Zugriff auf Länderprofile und die Möglichkeit, Daten verschiedener Länder zu vergleichen. Der Zugriff ist kostenlos und bedarf keiner Registrierung. [hmp]

► <http://data.un.org>

Nachhaltiges Ressourcenmanagement

► Wer Studien sucht, die sich mit nachhaltigem Ressourcenmanagement beschäftigen, wird bei der EU-Kommission fündig. Analysen zu Bauschutt, Nahrungsabfällen oder Plastikmüll wurden bereits fertiggestellt. Weitere Studien zum Beispiel zu Effizienz und Reboundeffekt oder zu Biomüll sind noch in Arbeit. [jg]

► www.eu-smr.eu

NEU ERSCHIENEN

- ▶ Adler, M.: **Generation Mietwagen. Die neue Lust an einer anderen Mobilität.** oekom, München 2011, 120 S., 12,95 €, ISBN 978-3-86581-238-4
- ▶ Altvater, E.: **Der große Krach. Oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, Politik und Natur.** Westfälisches Dampfboot, Münster 2010, 262 S., 14,90 €, ISBN 978-3-89691-785-0
- ▶ Binswanger, M.: **Sinnlose Wettbewerbe. Warum wir immer mehr Unsinn produzieren.** Herder, Freiburg 2010, 240 S., 19,95 €, ISBN 978-3-451-30348-7
- ▶ Choplin, G. u. a. (Hrsg.): **Ernährungssouveränität. Für eine andere Agrar- und Lebensmittelpolitik.** Mandelbaum, Wien 2011, 120 S., 9,90 €, ISBN 978-3-85476-346-8. www.viacampesina.at
- ▶ Dehoust, G. u. a.: **Erarbeitung der wissenschaftlichen Grundlagen für ein bundesweites Abfallvermeidungsprogramm.** UBA, Dessau 2010, 232 S. www.uba.de/uba-info-medien/4043.html
- ▶ Drechsler, M. u. a. (Hrsg.): **Ein Verfahren zur optimalen räumlichen Allokation von Windenergieanlagen.** Metropolis, Marburg 2010, 194 S., 29,80 €, ISBN 978-3-89518-807-7
- ▶ Folliet, L.: **Nauru, die verwüstete Insel. Wie der Kapitalismus das reichste Land der Erde zerstörte.** Wagenbach, Berlin 2011, 144 S., 10,90 €, ISBN 978-3-8031-2654-2
- ▶ Fritz, T.: **Das große Bauernlegen. Agrarinvestitionen und der Run auf's Land.** FDCLVerlag, Berlin 2010, ISBN 978-3-923020-51-5. Download: www.fdcl-berlin.de/publikationen
- ▶ Fuchs, N.: **Es geht auch anders. Ein nachhaltiger Lebensstil ist möglich – das Beispiel Landwirtschaft. Bericht an das Europäische Parlament.** Medu, Dreieich 2010, 216 S., 16,95 €, ISBN 978-3-941955-20-2
- ▶ Grunwald, A.: **Technikfolgenabschätzung – eine Einführung.** Edition Sigma, Berlin 2010, 346 S., 24,90 €, ISBN 978-3-89404-950-8. www.kurzlink.de/grunwald-ta
- ▶ Hanisch, J. u. a.: **Nachhaltige Raum- und Umweltplanung am Beispiel der Klimapolitik.** SRL, Berlin 2010, 94 S., 18,– €. www.srl.de/publikationen/schriftenreihe
- ▶ Hehn, M. u. a. (Hrsg.): **Abschied vom grünen Rock. Forstverwaltungen, waldbezogene Umweltbildung und Geschlechterverhältnisse im Wandel.** oekom, München 2010, 227 S., 34,90 €, ISBN 978-3-86581-131-8
- ▶ Krug, B.: **Gentechnikrecht und Umwelt. Zum Begriff und den Freisetzungsvoraussetzungen des gentechnisch veränderten Organismus.** Erich Schmidt, Berlin 2010, 280 S., 89,90 €, ISBN 978-3-503-12955-3
- ▶ Pehnt, M.: **Energieeffizienz. Ein Lehr- und Handbuch.** Springer, Heidelberg 2010, 356 S., 69,95 €, ISBN 978-3-642-14250-5
- ▶ Pennekamp, J.: **Wohlstand ohne Wachstum – ein Literaturüberblick.** MPiFG, Köln 2011, 45 S., 6,– €, ISSN 1864-4341. Kostenloser Download: www.mpifg.de/pu/workpapers_de.asp
- ▶ Petrini, C.: **Terra Madre. Für ein nachhaltiges Gleichgewicht zwischen Mensch und Mutter Erde.** Gräfe und Unzer, München 2011, 192 S., 17,90 €, ISBN 978-3-8338-2296-4
- ▶ Ray, F.: **Die Saat.** Thriller. Bastei Lübbe, Köln 2010, 512 S., 8,99 €, ISBN 978-3-404-16411-0
- ▶ Schmieder, F. (Hrsg.): **Die Krise der Nachhaltigkeit. Zur Kritik der politischen Ökologie.** Peter Lang, Frankfurt/M. 2010, 162 S., 29,80 €, ISBN 978-3-631-59824-5
- ▶ Schumann, K.: **Naturschutzstandards für den Biomasseanbau.** Landwirtschaftsverlag, Münster 2010, 198 S., 18,– €, ISBN 978-3-7843-4006-7
- ▶ Umweltbundesamt (Hrsg.): **Daten zur Umwelt. Ausgabe 2011. Umwelt und Landwirtschaft.** UBA, Dessau 2011, 100 S., kostenlos. Download: www.uba.de/uba-info-medien/4056.html
- ▶ Winter, R.: **Widerstand im Netz. Zur Herausbildung einer transnationalen Öffentlichkeit durch netzbasierte Kommunikation.** Transcript, Bielefeld 2010, 168 S., 18,80 €, ISBN 978-3-89942-555-0. www.transcript-verlag.de/ts555/ts555

TERMINE

APRIL

07.–08.04., Freiburg im Breisgau (D)

1. Kongress Energieautonome Kommunen

▶ Fesa und

Enerchange, Tel. +49 (0)761 / 3842100-1, Fax -5, www.energieautonome-kommunen.de

08.04., Potsdam (D)

Die Rechte der Natur. Eine rechtspolitische Initiative zugunsten zukünftiger Generationen

▶ Haus der Natur Hamburg, Hubertus Heintze, Tel. +49 (0)162 / 2189307, E-Mail: info@heintze-consulting.de

08.–10.04., Berlin (D)

25 Jahre Tschernobyl. Zeitbombe Atomenergie – Atomausstieg jetzt. Kongress

▶ IPPNW, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6980740, www.tschernobylkongress.de

11.–12.04., Hofgeismar bei Kassel (D)

Erneuerbare Energien: Ambivalenzen, Optimierungsprobleme, Anwendungsfragen

▶ Evangelische Akademie Hofgeismar, Tel. +49 (0)5671 / 881-0, Fax -154, www.ekkw.de

11.–14.04., Insel Vilm bei Rügen (D)

Naturbewusstsein in Deutschland. Herausforderungen für Kommunikation und Bildung

▶ BfN, Tel. +49 (0)38301 / 86-112, E-Mail: martina.finger@bfn-vilm.de, www.bfn.de

15.04., Berlin (D)

Entwicklungsland Deutschland: Auf dem Weg zur großen Transformation? Symposium

▶ Germanwatch, Ljiljana Djuric, Tel. +49 (0)30 / 2888356-0, Fax -1, E-Mail: djuric@germanwatch.org, www.germanwatch.org/20

15.04., Berlin (D)

Freiwilligen-Management. Fachtagung

▶ Akademie für Ehrenamtlichkeit, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 27-54938, Fax -90126, E-Mail: akademie@ehrenamt.de, www.ehrenamt.de

17.–18.04., Brüssel (B)

Europäische Aktionstage für Saatgut-Souveränität

▶ E-Mail: info@saatgutkampagne.org, www.saatgutkampagne.org

22.04., weltweit

Tag der Erde

► www.earthday.de

25.04., bundesweit

25 Jahre Tschernobyl. Anti-AKW-Demonstrationen

► www.tschernobyl25.de

28.–29.04., Berlin (D)

Water Resources and Climate Change in the MENA Region: Adaptation, Mitigation and Best Practices. Internationale Konferenz

► MediaCompany, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 90966-29, Fax -55, www.menawater-2011-berlin.de

29.04.–01.05., Vöhl/Hessen (D)

Nationalpark Kellerwald-Edersee. Exkursion

► Bundesverband Beruflicher Naturschutz/Hessische Vereinigung für Naturschutz und Landschaftspflege, Frankfurt/M., Tel. +49 (0)69 / 954543-98, Fax -99, E-Mail: info@hvn1.de, www.bbn-online.de

30.04., Bern (CH)

8. Nationaler Elektromog-Kongress

► IG Elektromog, Gisela Kares, Thalwil, Fax +41 (0)447210983, E-Mail: gisela.kares@bluewin.ch, www.gigaherz.ch

MAI

03.–04.05., München (D)

Nutztierhaltung in der Zukunft: Verantwortung für Tiere, Umwelt und Klima

► Internationale Gesellschaft für Nutztierhaltung, Tel. +49 (0)89 / 767589-55, Fax -56, E-Mail: info@make-sense.org

05.–06.05., Salzburg (A)

Radgipfel 2011

► Lebensministerium und Land Salzburg, www.radgipfelsalzburg.at

06.05., Berlin (D)

Ressourcensteuerkonzepte auf dem Prüfstand

► Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft, Damian Ludewig, Tel. +49 (0)30 / 7623991-30, E-Mail: foes@foes.de, www.foes.de

06.–08.05., Osnabrück (D)

Jugend, Zukunft, Vielfalt: Biodiversität 2011. Jugendkongress

► Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Tel. +49 (0)541 / 9633-0, Fax -190, www.jugend-zukunft-vielfalt.de

10.–11.05., Nürnberg (D)

Asphaltstraßentagung 2011

► Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswege, Tel. +49 (0)221 / 93583-0, Fax -73, E-Mail: koeln@fgsv.de, www.fgsv.de

12.–15.05., Jena (D)

Landnutzung und pflanzliche Biodiversität

► Universität Jena, Tel. +49 (0)3641 / 949-254, Fax -252, E-Mail: thomas.rohde@uni-jena.de, www.lanu.de/de/Akademie.html

18.–19.05., Bremen (D)

Urban Mining. Fachkongress

► Messe Bremen u. a.; Jürgen Hömig, Tel. +49 (0)201 / 7200433, E-Mail: j.hoemig@fup.de, www.urban-mining.com/?184

20.–21.05., Gelsenkirchen (D)

Job- und Bildungsmesse Erneuerbare Energien

► Wissenschaftsladen Bonn, Tel. +49 (0)228 / 20161-0, Fax -11, www.wilabonn.de

21.05., Warburg/Westfalen (D)

Frühjahrstagung des Bundesverbandes der Regionalbewegung

► Tel. +49 (0)5643 / 949271, E-Mail: bund-nord@tag-der-regionen.de, www.regionalbewegung.de

21.05., Mainz (D)

10. Mobilfunksymposium

► BUND, Tel. +49 (0)6131 / 62706-0, Fax -66, E-Mail: mobilfunksymposium@bund-rlp.de, www.kurzlink.de/mobilfunksymposium10

20.–22.05., Berlin (D)

Jenseits des Wachstums!? Kongress

► Attac, www.jenseits-des-wachstums.de

27.–28.05., Osnabrück (D)

Boden schreibt Geschichte. Archivfunktionen von Böden. Internationale Jahrestagung

► European Land and Soil Alliance (ELSA), www.bodenbuendnis.org

30.–31.05., Nürnberg (D)

Zweiter Nationaler Radverkehrskongress

► Bundesverkehrsministerium, Antje Krohn, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2008-2625, E-Mail: antje.krohn@bmvs.bund.de, www.nationaler-radverkehrsplan.de

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 40

Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Impressum

umwelt aktuell April 2011
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Koblenzer Str. 65, D-53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de. **Gesellschafter/Anteile:** Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantw.), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantw.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Antje Mensen [am], Marion Busch [mbu], Eric Janáček [ej]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Hans-Magnus Preuß [hmp], Svenja Gräfen [sg], Franziska Lindner [fl], Julia Glahe [jgl], Eva Mahnke [em], Sina Lengelsen [sl]. **Service:** Juliane Grüning, Matthias Bauer. **ökopädNEWS:** siehe S. 40

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg
Fotos: DLR (Titel); Jonas Stoll (S. 15). **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier
Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik GmbH & Co. KG, D-86899 Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-608, Fax -405, E-Mail: oekom@de.rhenus.com

Anzeigen: oekom verlag, Stefanie Ott, München, Tel. +49 (0)89 / 54418435, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungsweise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



Kultur und Nachhaltigkeit

Über Lebenskunst

Im April 2010 startete in Berlin das Projekt Über Lebenskunst. Es will künstlerische und kulturelle Initiativen für nachhaltige Lebensmodelle präsentieren. Mehr als 850 Ideen aus der ganzen Welt wurden eingereicht. Die besten werden in diesem Jahr präsentiert – als Veranstaltungsreihe, Aktionen, Installationen und Festival.

□ Berlin ist eine Metropolregion, in der Menschen aus über 190 Ländern wohnen. Klimawandel und globale Umweltkrise werden hier besonders intensiv wahrgenommen. Berlin könnte zu einer Modellstadt für nachhaltigen Alltag im 21. Jahrhundert werden. Die Kulturstiftung des Bundes rief daher im Jahr 2009 die Initiative „Über Lebenskunst“ ins Leben. Sie soll sich mit den Perspektiven eines wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbaus hin zu einer nachhaltigen Lebensweise befassen und der Frage nachgehen, welche Rolle die Kultur in einem solchen Prozess spielen kann. Die Stiftung stellt dafür bis 2012 insgesamt 3,5 Millionen Euro zur Verfügung.

Über Lebenskunst.Initiativen

Eine internationale Jury wählte im August 2010 nach weltweiter Ausschreibung 14 Initiativen aus. Gesucht waren künstlerische Projekte, soziale Initiativen und Ideen, die neue Formen der Zeitnutzung,

der Organisation und Kooperation erproben, alltagstaugliche Alternativen aufzeigen oder zum Mit-, Nach-, Selber- und Andersmachen einladen. Mehr als 850 Projekte wurden im „Call For Future“ eingereicht und setzten sich auf vielfältige Weise mit der Frage auseinander: Stell dir vor, der Tag hat eine Stunde mehr, wie können wir diese 25. Stunde nutzen, um etwas anders zu machen? Ein Jahr lang werden die ausgewählten Initiativen seit September 2010 mit bis zu 20.000 Euro gefördert. Auf der Über-Lebenskunst-Webseite führen die ProjektträgerInnen Blogs und geben Einblicke in ihre Arbeit.

Über Lebenskunst.Schule

Für die Teilnahme an dem Vorhaben wurden 18 KünstlerInnen und Kulturschaffende aus sieben Bundesländern ausgewählt. Sie arbeiten in verschiedenen Tätigkeitsfeldern wie Bildende Kunst, Fotografie, Design, Theater, Performance, Musik,

Textildesign, Tanz und Stadtforschung. Bis Juli 2011 werden sie in zehn Modulen fachlich umfassend qualifiziert und auf die Arbeit mit SchülerInnen in der Praxis vorbereitet. Gemeinsam mit Partnerschulen entwickeln sie Ideen für Kultur- und Nachhaltigkeitsprojekte. Die Projektideen werden beim Festival Über Lebenskunst im August präsentiert und ab dem kommenden Schuljahr an den Schulen umgesetzt.

Vorratskammer

Das einjährige Projekt „Vorratskammer“ der Künstlerinnen-Initiative Myvillages.org setzt sich mit Nahrungsanbau, Ernährung und Bewirtung in und um Berlin auseinander. Seit Juli sind Kathrin Böhm, Wapke Feenstra und Antje Schiffrers damit beschäftigt, gemeinsam mit Initiativen und einzelnen ProduzentInnen eine Vorratskammer anzulegen, aus der die BesucherInnen des Festivals Über Lebenskunst im August 2011 bewirtet werden. Zum Festival Über Lebenskunst im August werden alle Vorräte in einem großen Lagerraum im Haus der Kulturen der Welt zusammengetragen. Täglich werden verschiedene Speisen für verschiedene Anlässe zubereitet, vom Stehimbiss bis zur gemeinsamen Tafel. Während der Bewirtung erfahren die BesucherInnen Wissenswertes über die geografische und historische Herkunft der Nahrungsmittel.



Grüne Ideen für graue Metropolen

Der Garten als weltabgewandtes Refugium im Privaten war gestern. In diesem Buch ist die Rede von Gärten, die sich der Welt zuwenden. Sie boomen ausgerechnet dort, wo es laut und zuweilen chaotisch zugeht: mitten in der Stadt. Die Autorinnen und Autoren wagen die Diagnose, dass in westlichen Großstädten ein verändertes Verständnis von Urbanität entsteht, in dem die neuen Gärten mit ihren Kulturen des Selbermachens und der Re-Etablierung von Nahbezügen eine besondere Rolle spielen.

C. Müller (Hg.)

Urban Gardening

Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt

352 Seiten, broschiert, mit Bildteil, 19,95 EUR, ISBN 978-3-86581-244-5

Erhältlich bei www.oekom.de, kontakt@oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft



Festival Über Lebenskunst

Vom 17. bis 21. August wird Berlin durch das Festival Über Lebenskunst zum Umschlagplatz für künstlerische Positionen und praktische Modellversuche. Mit Installationen, Performances, Konzerten, Filmen, Workshops, Lesungen und Gesprächen im Haus der Kulturen der Welt und im Berliner Stadtraum eröffnet das Festival neue Perspektiven auf eine nachhaltige Lebenskunst. Die BesucherInnen sind stets aktiv dabei. Sie können mit einem Solarboot ankommen, in temporären Bauten des Festivals übernachten oder sich mit den KünstlerInnen austauschen.

Weitere Projekte und Veranstaltungen sind in Bearbeitung. „Mein Lieblings-teil“ erzählt Geschichten einzelner Kleidungsstücke und thematisiert zugleich Textilproduktion, -handel und -konsum. Urban Mobility will auf Grundlage von „Nutzungsinnovationen“ neue Ansätze städtischer Mobilität entwickeln und für das Festival modellhaft umsetzen. „Anthologie Über Lebenskunst“ versammelt neue literarische und essayistisch-philosophische Texte, die sich mit zukünftigen Lebensweisen unter den Bedingungen der ökologischen Krise auseinandersetzen. Der Über Lebenskunst.Klub widmet sich in experimentellen Formaten Fragen der Nachhaltigkeit. In WortWelten finden Gespräche und Lesungen mit ExpertInnen und AutorInnen aus aller Welt statt. Und nicht zuletzt gibt es natürlich Musik aus der internationalen Musikszene Berlins, speziell komponiert und live zum Projekt Über Lebenskunst. [Jürgen Forkel-Schubert]

▷ www.ueber-lebenskunst.org

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU Bayern plant Ernährungskampagne

□ Zwar ist erst 2012 Ernährung das Jahresthema der UN-Dekade BNE, doch eine gute Kampagne will auch gut vorbereitet sein. Die ANU Bayern will sich inhaltlich auf das Thema einstimmen und lädt zu einem Seminar am 7. Juni auf der Burg Schwaneck in Pullach ein. Dort sollen

Ideen für neue Kooperationen und Projekte gesammelt und die Grundlagen für die dritte bayernweite Umweltbildungskampagne gelegt werden. Kooperationspartner ist die Ökologische Akademie in Linden.

▷ Thomas Ködelpeter, E-Mail: oekologische-akademie@gmx.de, www.umweltbildung-bayern.de

Thüringen: Bildung für nachhaltige Entwicklung wird weiter gefördert

□ Der Arbeitskreis Umweltbildung Thüringen (akuTh) wird auch weiterhin vom Landesumweltministerium gefördert. Insgesamt 220.000 Euro werden aus EU- und Landesmitteln für die Jahre 2011 und 2012 für die Weiterführung der Koordinationsstelle zur Umsetzung der UN-Dekade BNE bereitgestellt. Angesichts einer stetig wachsenden Komplexität in Politik, Wirtschaft, Bildung und allen anderen Lebensbereichen soll der Arbeitskreis Vereinen, Verbänden, Kommunen und Unternehmen dabei helfen, ihre Bildungsangebote im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung weiterzuentwickeln. Außerdem sollen der Aktionsplan für Thüringen fortgeschrieben sowie Runde Tische und Aktionstage zur UN-Dekade organisiert werden.

▷ www.thueringen.de/de/tmlfun/themen/agenda/bildung

Geo-Zentrum ist 44. Umweltstation in Bayern

□ Das tiefste Loch der Welt haben Geowissenschaftler in Windischeschenbach (Oberpfalz) in die Erdkruste gebohrt, genau 9.101 Meter tief durch hartes Festgestein. An dem Ort gibt es seit 1998 eine Informations- und Begegnungsstätte für Wissenschaft, Schule und Öffentlichkeit: das Geo-Zentrum an der Kontinentalen Tiefbohrung. Es soll Umweltbildung um die geologische Komponente erweitern und das Bewusstsein für natürliche globale Kreisläufe und langfristige Zusammenhänge von Kontinentalplattenbewegung, Gesteinsarten, Klima, Boden, Flora und Fauna schärfen. Jetzt wurde das Geo-Zentrum als einzige Umweltstation mit dem Schwerpunkt Geowissenschaften in Bay-

ern anerkannt. Der Freistaat hat den Ausbau des Zentrums seit 2002 mit insgesamt rund 1,5 Millionen Euro gefördert, davon sind über 840.000 Euro Fördermittel der Europäischen Union.

▷ www.geozentrum-ktb.de

SCHWERPUNKT: NATUR ALS KULTURGUT

Projekt: Naturerfahrungsräume in Berlin

□ Naturerfahrungsräume motivieren Kinder zum Aufenthalt im Freien, fördern ihre Kreativität und ihr Konzentrationsvermögen und stärken die sozialen Kompetenzen. Das fand der hochrangig besetzte Arbeitskreis städtische Naturerfahrungsräume vor mehreren Jahren in einem Forschungsprojekt in vier baden-württembergischen Städten heraus. Das neue Projekt „Naturerfahrungsräume in Großstädten“ der Stiftung Naturschutz Berlin soll wieder Schwung in die Diskussion bringen und eine systematische Einrichtung, Beobachtung und Auswertung von Naturerfahrungsräumen im großstädtischen Kontext ermöglichen.

▷ www.stiftung-naturschutz.de/unsere-projekte/neraeume

▷ www.naturerfahrungsraum.de (Aktuelles)

Tagungsband: Nationalparkarbeit in Deutschland

□ Erst seit etwa 40 Jahren gibt es Nationalparke in Deutschland. Sie erfahren inzwischen eine hohe Wertschätzung in der Bevölkerung, müssen aber zugleich auch eine Vielzahl an Aufgaben erfüllen: Schutz der biologischen Vielfalt, Forschung, Gebietsmanagement sowie Bildung und Kommunikation. Wie das Ergebnis aussieht, bildet der Tagungsbericht „Nationalparkarbeit in Deutschland“ ab, der vom Bundesamt für Naturschutz herausgegeben wurde. Die Beiträge reichen vom Konzept „Wildnis für alle“ über das Besuchermonitoring bis zur internationalen Zusammenarbeit.

▷ www.bfn.de/0308_nlp.html

umwelt & bildung



Alles unter einem Hut

In die Fifties können wir Sie ...

... leider nicht beamen. Aber über die Weichen, die damals gestellt wurden, und über unsere Zukunft werden Sie als LeserInnen von **umwelt & bildung** bestens informiert, denn **umwelt & bildung** bringt alles unter einen Hut. Was auf den ersten Blick irritiert und den zweiten interessiert, lässt sich oft über originelle Zusammenhänge aufklären. Das ist unsere Stärke. Denn Umweltbildung entwickelt sich weiter – zur Bildung für nachhaltige Entwicklung.

umwelt & bildung

Lesen für eine lebenswerte Zukunft!

4 x im Jahr. Einzelheft: EUR 5,-,
Jahresabo: (Ö) EUR 14,-/(D, CH) EUR 19,-
(inkl. Versand)

**Jetzt bestellen:
Gratis Probeheft oder
gleich ein Abo!**

Bei: FORUM Umweltbildung,
Strozzigasse 10/7–9, 1080 Wien
Tel.: 0043/1/402 47 01,
Fax: 0043/1/402 47 01-51,
E-Mail: forum@umweltbildung.at
Oder www.umweltbildung.at



Broschüre: Landwirtschaft erleben

□ Landwirtschaft und Ernährung lassen sich sehr gut mit Bildung kombinieren. Das zeigt die kleine Broschüre „Entdecker-routen – Landwirtschaft und Ernährung in der Region“ am Beispiel der Region Lüchow-Dannenberg, Lüneburg und Uelzen auf. Nachdem sich ganz unterschiedliche Akteure dort an der bundesweiten Bio-Brotbox-Aktion beteiligt hatten, entstand der Wunsch, auch die Einrichtungen selbst abzubilden. Das Heft stellt 34 Lernorte vor, an denen Kinder, Familien oder Schulklassen Landwirtschaft erleben können – von der Apfelschule Plate über die Schülerfirma Backwahn in Embsen und Meyer's Windmühle in Bardowick bis zur Betriebsführung durch die Bohlener Mühle.

▷ www.boell-haus-lueneburg.de

Leitfaden: Schulhofdschungel

□ Was sich alles aus einem grauen Schulhof machen lässt, zeigt die Broschüre „Schulhofdschungel“ der Grünen Liga Berlin. Der Leitfaden zur naturnahen Umgestaltung von Schulhöfen ist das Ergebnis eines bundesweiten Wettbewerbs, an dem sich 91 Schulen beteiligt haben. Die Ergebnisse zeigen, dass Biodiversität kein Fremdwort bleiben muss, sondern gelebt werden kann: als Benjeshecke, Wanzenbeet, Insektenlehmwand oder intelligenter Blumenkasten.

▷ www.schulhofdschungel.de

Freiwilligenprogramm: Ehrensache Natur

□ In vielen Nationalparks, Naturparks und Biosphärenreservaten Deutschlands sind Freiwillige im Einsatz. Sie pflegen Streuobstwiesen, erneuern Wanderwege und Markierungen, zählen Zugvögel oder übersetzen Texte in Fremdsprachen. Bundeskanzlerin Angela Merkel fördert nun dieses Engagement mit einer halben Million US-Dollar, die sie zusammen mit dem internationalen Midori-Preis für ihr Engagement im Internationalen Jahr der Biodiversität erhalten hat. Das Freiwilligenprogramm „Ehrensache Natur“ wird

von Europarc Deutschland, dem Dachverband der Nationalen Naturlandschaften, getragen. Im vergangenen Jahr engagierten sich mehr als 2.900 Menschen mit über 100.000 Stunden Arbeit in den etwa 40 Nationalen Naturlandschaften.

▷ www.ehrensache-natur.de

UN-DEKADE BNE

BNE noch weitgehend unbekannt

□ Immer mehr Menschen in Deutschland kennen den Begriff Nachhaltigkeit. Rund 90 Prozent stimmen der Aussage zu, dass „wir auf lange Sicht nicht auf Kosten der Menschen in anderen Regionen der Erde und auf Kosten zukünftiger Generationen leben dürfen“. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) dagegen kennen nur 40 Prozent. Das hat das Institut YouGov im Auftrag der Karl-Kübel-Stiftung für Kind und Familie herausgefunden. Die Stiftung hatte deshalb dieses Jahr ihren Wettbewerb unter das Thema „BNE für Familien“ gestellt. Bis Ende Januar war eine Teilnahme möglich. Rund 150 Organisationen und Initiativen aus dem gesamten Bundesgebiet haben sich beworben. Der mit 50.000 Euro dotierte Preis wird in Kooperation mit der Deutschen Unesco-Kommission am 5. September in der Frankfurter Paulskirche verliehen.

▷ www.karlkuebelpreis.de

Bad Honnef ist Kommune der UN-Dekade BNE

□ Das Engagement der Bildungseinrichtungen in Bad Honnef (Nordrhein-Westfalen) kann sich sehen lassen: Die Internationale Fachhochschule für Tourismus veranstaltete im letzten Jahr eine Nachhaltigkeitskonferenz, viele Schulen engagieren sich in der landesweiten Kampagne „Schule der Zukunft – Bildung für Nachhaltigkeit“ und mehrere Unternehmen und Bildungseinrichtungen wurden als Dekade-Projekte ausgezeichnet. Bad Honnef trägt nicht nur die Titel Fairtrade-Stadt und Gesunde Stadt, es wurde auf der

Bildungsmesse Didacta 2011 im März in Stuttgart auch für seine herausragende Bildungsarbeit als „Kommune der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet.

▷ www.bne-portal.de (Kommunen der UN-Dekade)

Internetblog als Dekade-Projekt geehrt

□ Der Blogger Sebastian Backhaus wurde im März vom Nationalkomitee der UN-Dekade BNE für seine Internetarbeit als offizielles Dekade-Projekt ausgezeichnet. Die Jury sieht in der Wissensvermittlung zum Thema Nachhaltigkeit und der Vernetzung von Akteuren einen wichtigen Beitrag zur Bildung für nachhaltige Entwicklung. Der Berliner hat sich als Medienberater auf nachhaltige Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen und den Kulturbereich spezialisiert und hat auf seiner Webseite auch Informationen über umweltfreundliche Druckereien, Ökomode, Buchempfehlungen und eine Landkarte mit weiteren Nachhaltigkeitsblogs.

▷ www.sebastianbackhaus.de/2011/02/02

▷ www.dekade.org/datenbank

Top: Börsenspiel mit Nachhaltigkeitstouch

□ Seit vielen Jahren organisiert der Deutsche Sparkassenverband das Planspiel Börse. Dabei schließen sich Jugendliche in Teams zusammen und erarbeiten eine Anlagestrategie für ihr Depot mit 50.000 Euro virtuellem Startkapital. Wer am Ende über das meiste Geld verfügt, hat gewonnen. Über 44.000 Teams mit insgesamt fünf Millionen SchülerInnen aus sieben europäischen Ländern nehmen am aktuellen Börsenspiel teil. Seit 2009 sind auch nachhaltige Geldanlagen fester Bestandteil im Spiel. Diese inhaltliche Weiterentwicklung hat auch die Deutsche Unesco-Kommission überzeugt. Sie zeichnete das Planspiel Börse als Dekade-Projekt aus. Klarer Sieger des 28. Planspiels Börse wurde übrigens das Team Freeskier der Realschule Bonn-dorf mit 22 Prozent Kapitalzuwachs.

▷ www.planspiel-boerse.com

Zum vierten Mal ausgezeichnet: Licherode

□ Nur für jeweils zwei Jahre wird die Auszeichnung „Offizielles Projekt der UN-Weltdekade BNE“ verliehen. Wer erneut ausgezeichnet werden will, muss höheren Anforderungen genügen. Daher ist die vierte Auszeichnung für das Umweltbildungszentrum Licherode etwas ganz Besonderes. Bisher haben bundesweit nur zwölf Projekte diese Hürde genommen. Das zeigt, dass Licherode kein kurzlebiges Einzelprojekt ist, sondern BNE seit vielen Jahren erfolgreich umsetzt. Besonders gelobt wurde neben dem Projekt „Seniortrainer für Kinder“ auch das neue Modellvorhaben „Stadtfüchse“, bei dem engagierte Unternehmen Schulen in sozialen Brennpunkten finanziell unterstützen, damit alle Kinder an den Naturerlebniswochen teilnehmen können.

▷ www.dekade.org/datenbank

Nachhaltigkeit: Anspruch und Wirklichkeit

□ Wie weit unsere Gesellschaft auf dem Weg zur Nachhaltigkeit vorangekommen ist, war die zentrale Frage am 6. Runden Tisch der UN-Dekade BNE im vergangenen Herbst in Hamburg. Nun ist die Dokumentation erschienen. Albert Statz vom Nachhaltigkeitsrat Brandenburg forderte in seinem Hauptvortrag, den „kategorischen Imperativ der Nachhaltigkeit“ im Bewusstsein zu verankern und auszufüllen: „Handle so, dass zukünftige Generationen die gleichen Möglichkeiten haben, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen.“ Weitere Beiträge behandeln Nachhaltigkeit in Wirtschaft, Bildung und der Stadt Hamburg.

▷ Kostenloser Bezug per Post oder Download:
www.hamburg.de/runder-tisch

UNEP-Planspiel Internationale Umweltpolitik

□ Klimawandel, Wasserknappheit und Artenschwund sind nur einige der ökologischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Politische Lösungsstrategien auf internationaler Ebene erarbeitet das Umweltprogramm der Vereinten Nationen

UNEP. Um Jugendliche an diese Ebene heranzuführen, haben die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW und der Wissenschaftsladen Bonn ein fünfstündiges Planspiel entwickelt, bei dem Jugendliche die Rollen von UN-Delegierten verschiedener Staaten übernehmen und die Entscheidungsfindung auf internationaler Ebene kennenlernen. Alle Unterlagen sind kostenlos im Internet verfügbar.

▷ www.planspiel-umweltpolitik.de

VERSCHIEDENES

Neue Methoden braucht das Land!

□ Was ist ein Gruppenpuzzle oder eine Sprechmühle? Was verbirgt sich unter den sechs Denkhüten oder hinter dem Begriff Appreciative Inquiry? Die Lösung lautet: Es sind alles interessante Methoden, die in der Umweltbildung und der Bildung für nachhaltige Entwicklung eingesetzt werden können – wenn man sie kennt. Das Forum Umweltbildung Wien stellt auf seiner Internetseite etwa 20 neuartige Methoden vor, mit denen die politisch ausgerichtete Gruppenarbeit im BNE-Bereich Spaß machen kann.

▷ www.umweltbildung.at

MigrantInnen unterschiedlich ansprechen

□ Das Türkisch-Deutsche Umweltzentrum in Berlin hat eine Studie zur Verbesserung der Umwelt- und Nachhaltigkeitskommunikation mit MigrantInnen, speziell mit türkischem Migrationshintergrund, durchgeführt. Von Mai bis Oktober 2010 wurden dafür Interviews mit ExpertInnen geführt, Workshops veranstaltet und ein Podcast mit Jugendlichen erstellt. Die im Rahmen eines medienpädagogischen Projekts durchgeführte Studie empfiehlt, bei der Kommunikation zielgruppenorientierter vorzugehen und etwa Alter, Bildungsgrad und Lebensstil stärker bei der Planung zu berücksichtigen.

▷ www.kurzlink.de/tdz-umweltstudie.pdf

Nicht alle können Häuptling sein

Von den Hochbegabten in der Grundschule bis zu den Exzellenz-clustern an den Universitäten: Ständig ist von Eliten die Rede, die es zu fördern gilt, um Deutschlands Platz an der Weltspitze zu sichern. Dabei kann keine Gesellschaft alleine von Eliten leben. Markus Reiter zeigt, warum die Verherrlichung der Besten in die falsche Richtung führt. Sein Buch ist ein Plädoyer zur Wertschätzung des Mittelmaßes und ein Appell, die Bildung vieler ernster zu nehmen als die Förderung weniger.

M. Reiter

Lob des Mittelmaßes

Warum wir nicht alle Elite sein müssen

96 Seiten, Klappenbroschur, 12,95 EUR
ISBN 978-3-86581-239-1



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de



Schweizer Stiftung setzt „BNE-Radar“ ein

□ Die Stiftung Umweltbildung Schweiz hat einen Fonds für Umweltbildungsprojekte in Schulen aufgelegt. Vierteljährlich können Projekte mit maximal 2.000 Franken gefördert werden, wenn sie bestimmte Kriterien erfüllen. Sie müssen sich an bestimmten Lernfeldern orientieren, zum Beispiel Vermittlung sinnlicher Umwelterfahrung, eigenständigen Denkens und solidarischen Handelns. Daneben müssen methodische Standards erfüllt und die Projekte auf Nachhaltigkeit und Langfristwirkung ausgerichtet sein. Dabei nutzt die Stiftung eine Abwandlung des von der Universität Hohenheim entwickelten „Ökoradars“, um den erreichten Grad an Nachhaltigkeit abzubilden: Wie bei einem Spinnennetz bezeichnen die fünf Netzachsen wichtige Handlungsfelder: Handeln, vorausschauend denken, Werte kritisch hinterfragen, zusammenarbeiten und vernetzt denken. Je weiter das Netz nach außen zeigt, desto höher ist der erreichte Wert. Die Liste umfasst bisher sieben gute Beispiele, soll aber erweitert werden.

▷ www.umweltbildung.ch/schulprojekte
(Gute Beispiele)

UMWELTBILDUNGS-TERMINKALENDER

Weitere Termine unter www.umweltbildung.de.
Stellen Sie Ihre Termine dort selbst kostenlos ein!

04.–08.04., Schleswig-Holstein (D)

Waldpädagogik-Zertifikat. Modulare Fortbildung

▷ www.bnur.schleswig-holstein.de

06.04., Menden/Sauerland (D)

Zukunftsfähige Schule: Nachhaltigkeit im Unterricht einsetzen

▷ www.nua.nrw.de

08.–10.04., Hersfurt/Mittelfranken (D)

LandArt. Zeitlos im Wald. Multiplikatorenseminar

▷ www.naturkunstundspiel.de/
Flyer-Landart-Wald-April2011.pdf

09.04., Hamburg (D)

Schafe. Seminar für pädagogische Fachkräfte

in Kita und Grundschule

▷ www.natur-schafft-wissen.de

09.–10.04., Neuschönau/Bayerischer Wald (D)

natur.darstellen. Vermittlungswege für Naturschutz und Naturkunde. Fachsymposium

▷ www.nationalpark-bayerischer-wald.de/fachsymposium

11.–12.04., Wittenberg (D)

Planspiele zu Klimawandel und Gerechtigkeit

▷ www.ev-akademie-wittenberg.de

12.04., München (D)

Natur erfahren – Nachhaltigkeit erleben. Seminar mit der ANU Bayern

▷ www.mobilspiel.de/oekoprojekt

14.–17.04., Rott/Westerwald (D)

Grundlagen der Naturerlebnis-Pädagogik. Einführung in Theorie und Praxis

▷ www.crenatur.de

16.04., Dresden (D)

Naturpädagogik mit Kindern

▷ www.rucksackschule-dresden.de

30.04.–08.05., bundesweit (D)

NaturErlebnisWoche 2011. Eine Initiative der BANU-Akademien gegen die Wissenserosion

▷ www.naturerlebniswoche.info

03.–04.05., Hamburg (D)

Naturspürnasen. Umweltkrimis für Kinder im Vor- und Grundschulalter selber machen

▷ www.jordsand.de

Impressum ökopädNEWS

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),
jfs@oekopaednews.de; Lisa Hübner;
Birgit Paulsen, Webmaster, netzwerk@anu.de
ANU-Bundesverband Deutschland e.V.,
Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de